

Hans-Olaf Henkel
und
die CDU-Mittelstandsvereinigung
Sind seine „klaren Worte“ wirklich klar?

Gedanken aufgrund eines Vortrages über die Staatsverschuldung
am 4. November 2010 in Neustadt a. Rbge.

Von
Tristan Abromeit
November 2010

Text 86.0

Anhänge
mit einem Themenzusammenhang
zum Haupttext

86.1
Berichte der Lokalpresse

86.2
Stiftungen und Schuldnerberatung
Schuldnerberatungsstellen – ein Warnzeichen!
Mit problematischen Stiftungen Probleme lösen?

86.3.1
Motivation und Hintergrund des Verfassers
86.3.1.1
Dokumente zu 86.3.1 und 86.3.2

86.3.2
Ist der Streik ökonomisch sinnvoll
und rechtlich unbedenklich?
Ein Streit per Leserbriefe aus dem Jahr 1986

86.4
Das Geld, der Zins und die Theologie
Klausfütterer, 1985

Hans-Olaf Henkel als Ereignis

Neustadt am Rübenberge, die Stadt, von der man den Eindruck haben kann, daß sie sich bemüht, ihre Provinzialität zu überwinden und sich bemüht, nicht nur eine Vorstadt von Hannover zu sein, in der aber ein Streit über die Frage, ob die Parkgebühren erhöht oder abgeschafft werden sollen ein großes politisches Thema ist, hatte am 4. November 2010 die Ehre aufgrund einer Einladung der CDU-Mittelstandsvereinigung Hans-Olaf Henkel in einem Vortrag über die Staatsverschuldung zu lauschen. Henkel ist über die Grenzen Deutschlands hinaus als Wirtschaftsfachmann und Gast in Talkshows bekannt.

Es erscheint mir ganz natürlich, daß Zuhörer - die sich vorwiegend aus einem Umfeld rekrutieren, in der die große Welt nur medienvermittelt in Erscheinung tritt - einem Menschen, welcher der großen Welt zugerechnet wird und unmittelbar vor ihnen steht, andächtig lauschen. Ähnliches konnte man auch am 10. September d. J. erleben, als Joachim Gauck in Wunstorf das Theater füllte. Hans-Olaf Henkel und auch Joachim Gauck haben die Erwartungen des Publikums an ihre Vorträge voll erfüllt. Es ist auch keine Schande, einen Vortrag ganz unkritisch zu hören, wie man eine Schmonzette im Fernsehen genießen kann. Nur Berichterstatter sollten sich diesen Luxus nicht erlauben. Zu Gauck habe ich vor, mich an anderer Stelle zu äußern. Bei Henkel durften am Schluß seiner Ausführungen sogar noch Fragen gestellt werden. Aber abgesehen davon, daß mit einer Frage bei einem komplexen Thema in einer solchen – fast feierlichen – Stimmung dem Thema keine neue Wendung gegeben und auch keine Fehldeutung offengelegt werden kann, ist es klüger zu schweigen oder nur solche Fragen zu stellen, auf die der Referent dann Antworten mit der Funktion der Sahnehäubchen geben kann. Außerdem sah ich eine kleine Chance in einem nachträglichen (schriftlichen) Gespräch, weil ich für mich durchaus auch Übereinstimmungen mit Henkel sehe. Das mag wiederum Leuten nicht gefallen, die im Lagerdenken gefangen sind.

Mein Teilnahmemotiv

Mein Motiv für die Teilnahme an der Veranstaltung der CDU-Mittelstandsvereinigung war ja auch nicht die Suche nach einer Auseinandersetzung mit einem bekannten Zeitgenossen, sondern einfach das Bedürfnis, einen Mann zu hören und zu erleben, der wenige Jahre vor mir an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg studiert hat. Zu bewundern und zu beobachten gibt es für mich heute also den Hans-Olaf Henkel als beruflichen und auch politischen (wenn auch nicht parteipolitischen) Gipfelstürmer und zwar aus der Perspektive eines HWP-

Absolventen, der durch das Tal der Tränen, der Verlierer gewandert ist. Also auf dem Podium der freisprechende, gute Redner und im Parkett mich, der bei einer entsprechenden Einladung vielleicht 10 und nicht 230 Zuhörer angelockt und sich beim Versuch der freien Rede schon nach fünf Sätzen verhaspelt hätte.¹ Aber eines darf man nicht übersehen, die Fragwürdigkeit oder die Logik eines Gedankens hängen nicht von der gesellschaftlichen Stellung und dem Glanz eines Redners ab und Erfahrungen als Bausteine des Gedankens kann man auf ganz unterschiedliche Art sammeln.

Gedanken zur freien Rede

Beeindruckt vom Stil seiner freien Rede, habe ich meiner Frau davon berichtet. Sie meinte auf Grund ihrer Erfahrung in einem US-Konzern nur, das sei für amerikanische Topmanager eine Selbstverständlichkeit. Eine andere Äußerung von ihr, die nicht in diesem Zusammenhang fiel, ist mir dabei wieder eingefallen. US-Amerikaner könnten viel freier und besser ihre Interessen und Anliegen verbal vertreten als wir Deutsche. Mein Eindruck ist der, daß viel zu wenig die freie Rede in den Schulen und anderen Orten geübt wird. Die Freude der Zuhörer an der Häme eines Vortrages ist wohl größer als die Bereitschaft der oder den Vortragenden über Schwachstellen der Rede eine Brücke zu bauen, damit er so an Sicherheit gewinnt. Insgesamt ist doch zu beobachten, daß trotz gegenteiliger Behauptungen der Bildungspolitik unser Bildungssystem darauf ausgerichtet ist, funktionierende Arbeitnehmer zu produzieren, die aber bitte schön Anweisungen ausführen, aber sonst ihr Maul halten sollen. Dieser Satz ist schon ein Hinweis, daß mich Henkel nicht nur angeregt hat, mich mit der Wirtschaft als Teil der Gliederung der Gesamtheit „Wirtschaft, Staat und Kultur“² zu befassen, sondern auch mit dem verengten Begriff „die Wirtschaft“, der ideologisch, also durch Gruppeninteressen, die sich als Gesamtheitsinteressen ausgeben, aufgeladen ist.

Mein hoffentlich falscher Eindruck ist sowieso so, daß dem mittelständischen Unternehmer die Staatsform und Wirtschaftsordnung solange egal ist, wie bei ihm der Gewinn und Verlustrechnung ein positives Ergebnis zu verzeichnen hat und solange nicht übermäßig in die betrieblichen Belange von außen hineingewirkt wird. Ich vermute, nicht einmal bei den Mitgliedern der mittelständischen Vereinigungen ein echtes, auf die Gesamtheit der Gesellschaft aus-

1 Ich tröste mich bei dem Gedanken damit, daß ich in den Bekenntnissen von Jean-Jacques Rousseau (1712 – 1778) vor Jahrzehnten gelesen habe, daß er sich in öffentlichen Erörterungen blockiert sah und erst Zuhause wieder über den freien Gedankenfluß verfügte. Aber das ist ein Trost jener Art, der von der eigenen schlimmen Krankheit durch den Hinweis auf die noch schlimmere Krankheit des anderen ablenken soll.

2 Eine begriffliche Anleihe bei der Anthroposophie, die ich in Teilen sympathisch finde, aber nicht vertrete.

gerichtetes Interesse, sondern das Bedürfnis, für sich eine Flucht- und Schutzburg zu haben. Dafür habe ich ein volles Verständnis, denn die Selbständigkeit als Unternehmer ist heute so kompliziert, unsicher und risikoreich geworden, daß viele Zeitgenossen, die die Qualifikationen dafür mitbringen, den Schritt in die Selbständigkeit scheuen und lieber weisungsgebunden und oft unterbezahlt arbeiten.

Vom Zusammenspiel von Medien und Personen der Öffentlichkeit

Ich gehe nun auf das heutige Verhältnis der Medien zu bekannten Personen der Öffentlichkeit ein und stelle somit die Frage, ob (besonders) die Printmedien den Bürgern noch eine Hilfe beim Sortieren und Werten der großen Fülle der Informationen insbesondere zur Wirtschaft sind. Am Abend vor Henkels Vortrag in NRÜ las ich in der Zeitschrift *Humane Wirtschaft*, Ausgabe 06/2010 (www.humane.Wirtschaft.de) einen Artikel von Wolfgang Lieb zum Thema „Wirtschaftsjournalismus und Finanzkrise“. Dort ist u. a. zu lesen:

Lieb geht unter der Überschrift „*Ahnungslos und unkritisch*“ auf eine Untersuchung von Arlt und Storz zum journalistischen Versagen gegenüber der Finanzkrise ein. Ich bringe jetzt den folgenden Abschnitt:

Breit angelegter Diskurs erforderlich

So kritisch Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz an Hand der Berichterstattung über die Finanzmarktpolitik und die journalistische Aufarbeitung der Finanzkrise mit den untersuchten Medien umgehen und so wichtig ihre gut belegten Befunde sind, so sehr sind sie als Journalisten - verständlicherweise - Gefangene ihrer zugrunde gelegten Wertmaßstäbe, nämlich den Maßstäben eines qualitativ hochwertigen Journalismus.

Die Autoren plädieren deshalb im Ergebnis für eine öffentliche Debatte über die Produktionsbedingungen im Journalismus und geben dazu Anstöße. Ich halte diese Debatte für wichtig und richtig, ich fürchte allerdings, dass eine auf den Journalismus beschränkte Diskussion zu kurz greift.

Dabei bleibt z.B. das Phänomen ausgespart, dass sich in den letzten Jahrzehnten Verlage und von ihnen eingesetzte Chefredakteure mit den wirtschaftlich und politisch Mächtigen geradezu verbündet haben. Ja, noch mehr, einzelne Verlagshäuser versuchen erkennbar oder verdeckt die Po-

litik vor sich her zu treiben. Ich nenne dafür nur als Beispiel die Sarrazin-Kampagne von Bild oder dem Spiegel.

Albrecht Müller ist in seinem Buch „Meinungsmache“ diesen Phänomenen ausführlich nachgegangen.

Die Annäherung, ja die teilweise unkritische Identifikation eines großen Teils gerade der Verantwortungsträger in den Medien mit den Eliten in Politik und Wirtschaft war zwar nicht Gegenstand der Studie, doch sie erklären eigentlich erst ihre Befunde.

Zu einer umfassenden Analyse der Verfassung des Wirtschaftsjournalismus gehörte neben dem in der Studie genannten „Schmiergeld der Nähe“ zu den Subjekten und Objekten der Berichterstattung weiter der Einfluss des krebstartig wuchernden Lobbyismus und die Wirkung der wirtschaftsnahen Think-Tanks und ihrer Propagandaagenturen auf die veröffentlichte Meinung.

Es müssten darüber hinaus auch die Mechanismen durchleuchtet werden, wie etwa die Bertelsmann Stiftung oder die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ihr journalistisches „Agenda-Setting“ betreiben und wie wenig distanziert mit interessenbezogenen sogenannten „Experten“ in den Medien umgegangen wird.

In kaum einer Talkshow fehlt ein „Botschafter“ der INSM. Hans-Olaf Henkel, Arnulf Baring, Oswald Metzger und wie die „Botschafter“ dieser arbeitgeberfinanzierten PR-Organisation auch heißen mögen, werden höchst selten als wirtschaftsliberale Polit-Lobbyisten, sondern meist als „Experten“ eingeführt. Wenn man nur auf die Mainstream-Medien schaute, könnte man den Eindruck gewinnen, dass es in Deutschland nur ein paar Dutzend Ökonomen mit Reputation gäbe. Es werden immer dieselben gefragt und zitiert, also die Sinns, die Straubhaars, die Franzens, die Zimmermanns, die Hüthers, die Miegels und höchst selten und oft nur als Alibi noch Bofinger oder Hörn mit abweichender Meinung.

- Man fragt nicht nach dem Interessensbezug etwa von Herrn Raffelhüschen zur Versicherungswirtschaft,
- es interessiert offenbar nicht, wer die angeblich unabhängigen Forschungsinstitute finanziert, woher die Hauptauftraggeber kommen oder wer mit welcher wirtschaftspolitischen Ausrichtung in deren Beiräten sitzt.
- Niemand macht transparent, dass etwa das „Institut zur Zukunft der Arbeit“ weitgehend von der Deutschen Post

AG ausgehalten wird, dass dessen Chef Klaus Zimmermann gerne in Anzeigen für die INSM posiert, dass sich etwa der geschasste Bundesagentur-Chef und jetzige Präsident des selbst ernannten Arbeitgeberverbandes Neue Brief- und Zustellerdienste Florian Gerster oder Thilo Sarrazin „Policy Fellows“ dieses angeblich unabhängigen Wirtschaftsforschungsinstituts sind.

- Es lohnte sich fast immer einmal die Aufsichts- und Beiräte zu beleuchten, z.B. des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, des „Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung“ in Mannheim oder wie die neoliberalen Think-Tanks alle heißen mögen.
- Dass das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung eine Abteilung der Bundesagentur für Arbeit ist, und schon deshalb dem politisch vorgegebenen Auftrag der Bundesagentur nicht in die Parade fahren kann, weiß kaum jemand.
- Dass das frühere Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) aus der öffentlichen Förderung durch die Leibniz-Gemeinschaft herausgefallen ist, weil seine wissenschaftlichen Ergüsse zu dünn waren, hat dem publizistischen Renommee von Thomas Straubhaar und dessen nunmehr komplett privat gesponserten Institut unter dem neuen Namen HWWI offenbar nicht geschadet.

Ich will nun gar nicht bestreiten, dass einige dieser Institute eine hohe Reputation haben und viele ihrer Studien wissenschaftlichen Ansprüchen genügen, aber die allermeisten Wirtschaftsjournalistinnen und Journalisten haben offenbar vergessen oder haben nie darüber nachgedacht, dass die Wirtschaftswissenschaft keine „harte“ sondern eine Gesellschaftswissenschaft ist, mit zahllosen Schulen und kontroversen Lehrmeinungen. Zu welchem unterschiedlichen Ergebnissen Ökonomen kommen und wie weit ihre wissenschaftlichen Befunde von der Realität abweichen können, kann man regelmäßig etwa an den Konjunkturprognosen ablesen.

Dass ökonomische Studien einem Erkenntnis leitenden Interesse, ja sogar einem unmittelbaren Interessensbezug auf einen Auftraggeber unterliegen können, scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Ideologiekritik oder Ideologieverdacht wird sogar als Verschwörungstheorie beiseitegeschoben. In den Medien heißt es immer nur „wie eine wissenschaftliche Studie des So-und-so-Instituts festgestellt hat“ und das wird dann meist als wissenschaftlicher

Befund genommen oder jedenfalls unkommentiert berichtet.

In einem weiteren Beitrag in der bereits benannten Zeitschrift geht Angelika M. Wohofsky unter der Überschrift

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Stiefkind Nachhaltigkeitsjournalismus

auf die Bedingungen ein, unter der heute Printmedien erstellt werden:

Eine gute Meldung hat Aktualitätsbezug. Wenn dieser vom Journalisten nicht erkannt wird, fällt ein „One World Award“ oder eine Veranstaltung mit Alternativen Nobelpreisträgern aus dem Blickfeld der Massenmedien. Ist das unbewusste Zensur? Oder darf die Ursache in einer mangelhaften Fachkenntnis in Sachen Nachhaltigkeit der Redaktionsverantwortlichen gesehen werden.

Totale Überlastung

Redaktionen stehen unter Druck. Vielfach ist der klassische Journalistenjob auf Alleskönner reduziert. Da muss man Layout erstellen, die Grafik für PR-Artikel bauen, schreiben und auch noch recherchieren. Für letzteres fehlt oftmals die Zeit. Copy und Paste lautet dann die Lösung des Problems. Wozu gibt es PR-Agenturen? Am besten ist es, wenn Pressemeldungen schon vorgefertigt in die Redaktionen flattern, zumeist von Pressesprechern oder Presseagenturen verfasst. Wenn diese es nicht schaffen, für die Redaktion zu denken, also den Aktualitätsbezug herzustellen, dann heißt es: „Das kannst du in der Pfeife rauchen!“

Gerade Printredaktionen sind in den vergangenen Jahren bis auf ein Drittel der Belegschaft geschrumpft. Alle machen alles. Für Erklärungen und vor Ort Recherchen fehlt einfach die Zeit. Das gilt für Deutschland und Österreich, wohl auch für die Schweiz. So manches Printmedium bildet sich für einen solchen Arbeitsalltag seine Journalisten selber aus. Da wird man hausintern auf die eigene Gangart eingeschult. Wenn man daran nicht teilnimmt, hat man keine Chance als fixes Redaktionsmitglied aufgenommen zu werden - die Autorin bewarb sich bei einer österreichischen Tageszeitung und hätte sich nur über eine solche Akademie, trotz jahrelanger PR- und Medienerfahrung im Journalismus und einer bereits freien Mitarbeit bei besagtem Medium Zugang in die Redaktion verschaffen können.

Und heute, am 8. November 2010 heißt es in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung unter den Schlagzeilen

EKD nach Käßmann Schwieriges Erbe

von Michael Berger einleitend:

Es ist für Fotografen und Fernsehleute schwieriger geworden auf Synoden der evangelischen Kirche. Wen sollen sie fotografieren, jetzt, da Margot Käßmann nicht mehr da ist? Käßmann war, bis Mitte Februar dieses Jahres, das Gesicht des Protestantismus: attraktiv, jung geblieben, weiblich, unangepasst. Nun kann es passieren, dass Medienberichterstatter auf eine kirchliche Veranstaltung schneiden und erst mal ratlos fragen: Wer ist wer?

Aus den Zitaten ist zu schließen, die öffentliche Bedeutung einer Person ist nicht unbedingt das Ergebnis seiner Denkfähigkeit und seiner beruflichen und außerberuflichen Leistungen, sondern zu mindestens auch ein Zusammenspiel von Medien – die Interessen und Wissen und Anzeigenwerbung und Berichterstattung nicht mehr sauber trennen – und Interessengruppen. Hinzu kommt die Personalreduzierung der Verlage mit dem steigenden Arbeitsdruck der verbleibenden Mitarbeiter, die keine saubere journalistische Arbeit mehr zu läßt und ein Phänomen, daß sich schon bei Kindern beobachten läßt. Wir haben eine Neigung zu gleichen oder ähnlichen Geschichten mit immer den selben Figuren. Diese Neigung wird von den Medien gerne bedient, weil es viel zeitaufwendiger und kostenträchtiger ist, zu versuchen die Wirklichkeit mit ihrer Vielfalt an Personen, Strömungen und Widersprüchen abzubilden. Wir dürfen daher bei der Präsentation eines Inhaltes durch eine Person, die selbst Gegenstand dieser Präsentation ist, unser kritisches Bewußtsein abschalten und nur aufnehmend genießen. Aber hinterher, wenn wir bedenken, was wir gehört haben, müssen wir – und das ist ein Erfordernis einer Freiheit versprechenden Demokratie – uns wieder bewußt sein, daß jede politische Vereinigung oder Interessengruppe die Neigung hat, die Experten zu präsentieren, die ihrem Interesse Ausdruck verleihen. Solange es einen fairen Wettbewerb unter den politischen und ökonomischen Ideen gibt, hat die Wahrheit im Sinn von sachlich richtig, immer eine Chance. Unser Problem ist, daß es nicht nur in der Wirtschaft mit einem chancengleichen Wettbewerb hapert, sondern auch mit dem Wettbewerb in der Ideenwelt.

SPD und Bündnisgrüne als Schuldenverursacher

Wenn die Benennung der SPD und Grüne als Verursacher der Verschuldung des deutschen Staates durch Hans-Olaf Henkel mehr als eine Reverenz an die einladende CDU-Mittelstandsvereinigung³ sein sollte, dann stellt das seine wissenschaftliche Kompetenz in Frage. Unsere Parteien und ihre Vertreter in den Parlamenten und Regierungen sind nicht nur beim Verfassungsverrat im Einigungsprozeß von DDR und BRD sondern auch bei der Verschuldung der Kommunal- und Staatshaushalte Gemeinschaftstäter. So schmerzlich es auch für die jeweiligen Mitglieder der einzelnen Parteien – die ja im Regelfall nur Gutes wollen – ist, es gibt im politischen Schauspiel keine eindeutigen Besetzungen für die Rolle der Guten und Bösen. Der weiße Anzug der Guten steht keiner Partei zu Gesicht.

Eine Aufwertung, die wie eine Abwertung wirkt

Wenn man im Internet die Stichworte „Hans-Olaf Henkel Biographie“ eingibt, dann heißt es u.a. bei Wikipedia:

Nach einer kaufmännischen Lehre in Hamburg studierte Henkel an der [Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik](#), damals noch *Akademie für Gemeinwirtschaft*, seit 1961 *Akademie für Wirtschaft und Politik*, später Hochschule für Wirtschaft und Politik. Er hatte Kontakt zu den [Beatles](#) 1961 und 1962.

Hier wird durch eine falsche Betonung statt einer Aufwertung von HOH eine Abwertung seiner Person vorgenommen. Denn richtig müßte es heißen, daß er an der Akademie für Wirtschaft (oder an der Akademie für Gemeinwirtschaft bei einem Studium vor 1961) studiert hat. Und dann wäre der Hinweis richtig, daß die AWP über mehrere Entwicklungsstufen in die Universität aufgegangen ist. Die Verschmelzung dieser Institutionen war und ist eine auf den Bildungsmarkt bezogene wettbewerbspolitische Untat, wie die Verschmelzung und die Einverleibung von Unternehmen im wirtschaftlichen Bereich. Aber für die jungen Menschen, die damals an der AfG und der AWP ohne Hochschulreife studieren durften, war die bestandene Aufnahmeprüfung schon eine Auszeichnung. Von dieser Ausgangslage hergesehen, war die Lebensleistung von HOW viel höher, als ein Unterschieben eines Universitätsbesuches suggerieren will. Diese Aussage kann man noch dadurch erhöhen (toppen sagt man wohl heute) wenn man bedenkt, daß von der Gründungsidee der Akademie für Gemeinwirtschaft – die mit dem Namen Karl Schiller und vielen bekannten anderen Namen wie Ralf Dahrendorf auf der

³ Die ja sicher sein nicht bescheidenes Honorar aufzubringen hatte.

lehrenden Seite und meinen Ex-Kommilitonen und Ex-Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski auf der lernenden Seite verbunden sind – her gesehen HOH ja eher eine Rolle in einem gemeinwirtschaftlichen oder genossenschaftlichen Unternehmen zugeordnet war und er sich somit die Ausrichtung auf kapitalistische Unternehmen ideenmäßig frei geschwommen hat. Als ich von 1964 bis 1966 an der AWP studierte, waren die geschichtlichen Wurzeln dieser Bildungsinstitution noch zu spüren, aber nicht mehr prägend, obwohl ein großer Anteil der Studierenden aus dem Gewerkschaftsumfeld oder von sogenannten Gemeinwirtschaftsunternehmen kamen. Prägend war aber, daß die volkswirtschaftliche Theorie zu meiner Zeit an dem Keynesianismus ausgerichtet war, an der sich die SPD orientierte. Und diese Ausrichtung hat mit der Staatsverschuldung wenigstens genauso viel zu tun als die Wahlgeschenke der Politik, die statt über die Steuern über die Staatsverschuldung finanziert wurden. Ich werde noch versuchen, den Zusammenhang zu verdeutlichen.

oo

Geschichte der HWP und des DWP

Nach dem Zweiten Weltkrieg regen die Gewerkschaften und Genossenschaften bei der damaligen Hamburger Stadtregierung die Gründung einer Akademie an, die Führungsnachwuchs für die Gemeinwirtschaft ausbilden soll. Am 1. November 1948 ist es soweit. Der Studienbetrieb beginnt mit 71 Frauen und Männern in einer alten Villa in der Mollerstraße im Hamburger Viertel "Rotherbaum". Von Beginn an werden auch Personen ohne Abitur zum Studium zugelassen. Grund dafür ist die Annahme, dass auch Berufsausbildung und Berufserfahrung zum Studium befähigen können. Den Beweis dafür müssen die "Nicht-AbiturientInnen" in einem Eingangstest erbringen. Mit der "Akademie für Gemeinwirtschaft" ist der Grundstein für die spätere HWP gelegt.

1952 gründet sich die Gesellschaft der Freunde und Förderer (GdFF), die bis heute das Department Wirtschaft und Politik (DWP) finanziell und ideell unterstützt. Zur Zeit umfasst die GdFF rund 1000 Mitglieder, darunter auch Studierende der ersten Stunde.

1961 erfolgt die Umbenennung von "Akademie für Gemeinwirtschaft" in "Akademie für Wirtschaft und Politik". Ab 1963 vollzieht sich ein umfangreicher Ausbau: Der Abschluss wird aufgewertet. Statt eines Zertifikates erhalten die AbsolventInnen eine Graduierung und nennen sich nun Betriebs-, Volks- oder SozialwirtIn (grad.). Außerdem wird die Forschungsstelle erweitert, die regional wie überregional einen guten Ruf erworben hat. 1967 wird das Studium im Zuge einer Lehr- und Prüfungsreform von vier auf sechs Semester verlängert und die Zahl der StudienanfängerInnen pro Jahr auf 150 erhöht. Heute sind es dagegen rund 500 pro Jahr.

Fortsetzung siehe:

<http://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/ueber-uns/geschichte/>

oo

Ein Rückblick läßt auf konkurrierende Modelle schauen

Der Rückblick auf die ursprüngliche Akademie für Gemeinwirtschaft gibt die Gelegenheit, daran zu erinnern, daß im Nachkriegsdeutschland erst inhaltlich und politisch darum gerungen werden mußte, wie denn die Gesellschaft und die Wirtschaft zu gestalten seien. Daß dieser Findungsprozeß nicht voll zu Ende geführt wurde, macht uns heute noch zu schaffen.

Erst einmal ist festzuhalten, daß die Sozialdemokratie von ihrer Geschichte hergesehen marxistisch orientiert war. Wobei zu bedenken ist, daß der Marxismus ja kein Produkt intellektueller Böswilligkeit war, sondern eine geistige und soziale Reaktion auf das kapitalistische Elend des 19ten Jahrhunderts, wobei die Geschehnisse am Anfang des 20ten Jahrhunderts so gedeutet wurden, daß es richtig sei, an diesem Weg festzuhalten. Im Grunde ging es beim marxistischen und anders begründeten Sozialismus darum, die Menschen von wirtschaftlicher Not zu befreien und der Arbeit den vollen Arbeitsertrag zukommen zu lassen. Der Weg in den Zentralismus (in die Zentralverwaltungswirtschaft) war eigentlich nach Rudolf Bahro > „Die Alternative“, 1977 < von Marx gar nicht vorgegeben. Der Franzose, Pierre-Joeph. Proudhon, hat ausdrücklich davor gewarnt, die Idee des Sozialismus mit der Idee des Etatismus zu verbinden, weil dies die Menschen garantiert unfrei machen würde. Daß dann daraus der „Marxismus-Leninismus – Das Elend der halb deutschen halb russischen Ideologie“ > Buchtitel von Hermann v. Berg, 1986 < wurde, ist nicht nur den Marxisten anzulasten, die von ihrem Meister keine klaren Anweisungen erhalten hatten bzw. haben, wie sie mit seinen Weisheiten umgehen sollten bzw. sollen, sondern auch den Wirtschaftswissenschaften allgemein, die vom Ergebnis her gesehen, Stümper sein müssen.⁴

Im Nachkriegsdeutschland hatten die Menschen, die sich an der Sozialdemokratie orientierten, aufgrund des Informationsstandes über den zentralistischen Marxismus jedenfalls genügend Grund nach einem anderen Modell zu suchen. Dieses Modell hieß dann Gemeinwirtschaft. Es mußte letztlich inhaltlich scheitern, weil die Analyse des Kapitalismus und die Kenntnisse über die marktwirtschaftliche Ordnung zu ungenau waren.

Aber die Situation war bei den Mitgliedern und Wählern der CDU im Nachkriegsdeutschland auch nicht viel besser. Der Vorbehalt gegen eine staatswirtschaftliche Lösung wie auch gegen

4 Das soll keine Kränkung sein, schon deshalb nicht, weil unter ihnen Freunde von mir sind.

den Kapitalismus war auch hier berechtigt vorhanden und fand in dem Ahlener Programm ihren Ausdruck.

Die CDU als antikapitalistische Partei

Im Wikipedia heißt es dazu:

Das **Ahlener Programm** ist ein am 3. Februar 1947 im Gymnasium St. Michael in Ahlen beschlossenes Wirtschafts- und Sozialprogramm der nordrhein-westfälischen CDU.

Das Programm trat an die Stelle des 1946 beschlossenen Neheim-Hüstener Programmes. Das Ahlener Programm ist in der Geschichte der CDU einmalig, da sie sich zum christlichen Sozialismus bekannte, der in der Katholischen Soziallehre und der Evangelischen Sozialethik des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts (Christliche Soziallehre) wurzelte. Das Programm beginnt mit den Worten:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. (...) Inhalt und Ziel (einer) sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

– *CDU: Ahlener Programm 1947*

Es forderte eine teilweise Vergesellschaftung der Großindustrie und starke Mitbestimmungsrechte. Gleichzeitig sprach es sich gegen einen Staatssozialismus aus. Die Postulate des Ahlener Programmes sind nur aus dem historischen Kontext zu verstehen. Die damaligen westlichen Besatzungsmächte Amerika, Großbritannien, und Frankreich standen der deutschen Industrie und den Großkonzernen wegen deren früheren Verbundenheit mit den Nationalsozialisten skeptisch bis ablehnend gegenüber. Zugleich drohten der CDU - innere Orientierung suchend - von Seiten der sich konstituierenden Sozialausschüsse heftige Flügelkämpfe. Der linke Flügel der CDU war von erheblicher Stärke; unter Führung von Jakob Kaiser verlangte dieser eine stärkere Ausrichtung auf einen "Sozialismus aus Christlicher Verantwortung". Diesem Begehren kam Adenauer mit einem von ihm schon am 7. Januar 1947 formulierten Entwurf entgegen, der später fast wortgleiche Wiedergabe im Ahlener Programm fand. In den Jahren nach Verabschiedung des Ahlener Programms setzte sich innerhalb der CDU, maßgeblich vorangetrieben von Konrad Adenauer, eine wirtschaftspolitische Strategie durch, die sich an der sozialen Marktwirtschaft orientierte. Das Programm wurde durch die zwei Jahre später beschlossenen Düsseldorfer Leitsätze revidiert und weiterentwickelt.

Bleibende wirtschafts- und rechtshistorische Wirkung hat das Ahlener Programm auf die später im Grundgesetz aufgenommene Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art 14 Grundgesetz) und die Neuordnung des Verhältnisses von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Tarifautonomie, Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung.

Vom Sieg der Idee von der Sozialen Marktwirtschaft

Daß sich dann aber die Idee von der Sozialen Marktwirtschaft durchsetzen konnte, war nach meiner Einsicht nicht das Verdienst der noch vorhandenen Unternehmer und auch nicht das Ergebnis eines sachlichen und umfangreichen Denkprozesses der CDU-Mitglieder, sondern dem Erkenntnisstand einer kleinen Minderheit – die sich mit dem Wirkungszusammenhang der Marktwirtschaft und ihr Potential auseinandergesetzt hatten – zu verdanken. Ein Großteil der CDU-Mitglieder und -wähler war nach Kaiser und Hitler immer noch nach der Obrigkeit ausgerichtet. Die Kirchenhierarchie und die Parteispitzen waren daher für die an Führer gewöhnten Menschen ein Leuchtturm, ein Richtfeuer, woran sie sich orientieren konnten.

Die Installation der Sozialen Marktwirtschaft ist also auf die Einsicht einer kleinen einsichtigen Minderheit, die das Vertrauen einer Großgruppe mit Untertanengeist hatten, zurück zu führen und die zusammen gegenüber den Menschen, die eine gemeinwirtschaftliche oder marxistische Lösung suchten, in der Mehrheit waren.⁵ Die schwache inhaltliche Verankerung der Sozialen Marktwirtschaft in der Mitgliederschaft und Wählerschaft der CDU – bei der Stange hielten sie die sichtbaren Anfangserfolge dieses Modells – hat dann aber dazu geführt, daß dieses Modell, bevor es ausformuliert und politisch abgesichert werden konnte, von den restaurativen Kräften hin zum Kapitalismus verfälscht wurde. Man darf nicht vergessen, mit Sozialer Marktwirtschaft war nicht gemeint ein Kapitalismus, der durch ein zentralverwaltungs-wirtschaftliches soziales Sicherungssystem abgefedert werden sollte. Die Menschen sollten ihre volle ökonomische Autonomie bekommen, die eine Absicherung der ökonomischen Risi-

⁵ In der Buchbesprechung **“Haste was, biste was!”** heißt es:

Werbung für die soziale Marktwirtschaft

Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1999, 290 Seiten (zus. mit V. Ilgen), ISBN 3896781146

Haste was, dann biste was!? Im Sinne dieses Credo der deutschen Wirtschaftswunder-Zeit machte in den fünfziger und sechziger Jahren der in Köln eingetragene Verein “Die Waage”, eine Interessenvertretung der deutschen Unternehmerschaft, von sich reden. Die soziale Marktwirtschaft, ein für die meisten Deutschen zunächst inhaltsleerer Begriff, wurde von der “Waage” als Markenartikel kreiert und verkauft. Fritz und Otto, die Vertreter der Arbeitnehmerschaft in zahllosen gezeichneten Anzeigen, erklärten über ein Jahrzehnt lang in allen großen Tageszeitungen die Segnungen der Marktwirtschaft. Selbst Lorient’s “Knollennasenmann” wurde in den Dienst der “Waage” gestellt. Nach der Katastrophe des Nationalsozialismus sollte Wohlstand für alle in die Haushalte der Bundesrepublik einziehen. Das Buch zeichnet diesen Public-Relations-Prozess nach und bietet damit einen interessanten Einblick in die Wirtschafts-, Sozial- und Mentalitätsgeschichte der jungen Republik.

<http://dirk-schindelbeck.de/archives/193>

ken auf privatrechtlicher Ebene ermöglichen sollte. Mit dem Kapitalertrag wurde nur als einer zeitweiligen, vernachlässigbaren Restgröße gerechnet. Das, was das eigentliche Ziel des Sozialismus war, war der volle Arbeitsertrag, der Wohlstand für alle, stand bei dem ursprünglichen Modell im Vordergrund.

Von den Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft

Das Buch von Müller-Armack „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ von 1946 hatte wohl am Beginn der BRD einen so großen Erfolg, weil das marktwirtschaftliche Denken nicht mehr oder noch nicht in den Köpfen der Unternehmer und Wirtschaftsbürger vorhanden war. Für jene, die heute einen Mindestlohn ablehnen, sei gesagt, daß Müller-Armack ihn in besonderen ökonomischen Situationen befürwortet. Das ist auch durchaus sinnvoll, denn wo er nicht bezahlt und durch öffentliche Leistungen – die bei andern Unternehmern und Arbeitgebern vorher kassiert werden – ergänzt werden müssen, werden Unternehmen mit solchen Arbeitsverträgen subventioniert. Der Wettbewerb wird dadurch einmal mehr verfälscht. Für die Entwicklung des ursprünglichen Modells der Sozialen Marktwirtschaft halte ich (persönlich wertend) die Ordoliberalen oder Neoliberalen erster Prägung, Walter Eucken und Wilhelm Röpke für bedeutender. Über die andere immer wieder verdrängte und verleugnete Wurzel des Modells Soziale Marktwirtschaft, nämlich der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule, an der sich mein Denken geschult hat, von der in der AWP nur der alter Prof. Hummel hinter der vorgehaltenen Hand bekannte, daß er von ihr viel über Geld und Kredit gelernt hätte, wäre viel zu berichten. Im Internet und auch auf meiner Internetseite ist darüber einiges zu finden.⁶ Die Verdrängung dieses Wissens und die Verbannung aus wirtschaftswissenschaftlichen Hörschulen hat für mich drei Ursachen: a) die Wirtschaftswissenschaftler sind in der Mehrzahl Opportunisten, sie forschen nur in Bereichen und lehren dazu nur über Themen in einer antimarktwirtschaftlich geprägten Struktur, für die es Anerkennung in Form von Geld oder anderer Zuwendung gibt. Dadurch wird das große Vergessen des schon Gewußten gefördert. In der Wirtschaftswissenschaft sind starke Momente der Antiwissenschaftlichkeit erkennbar. Diese versteckt sich hinter Aktualität, Modernität und Formelhaftigkeit. b) Nach Meinung von John Maynard Keynes (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes) hätte die Linie Gesells, die sich aus seinem Hauptwerk „Die Natürlichen Wirt-

6 Der oder die Interessierte findet aber Herabsetzungen dieser Schule sowohl durch geistig verirrte rote Faschisten, die mit Faschismusvorwürfen eine konkurrierende Schule zum Schweigen bringen will, als auch an der „bürgerlichen“ Ökonomie geschulte Geister, die von ihrem eigenen Versagen mit dem Hinweis ablenken wollen, die Freiwirtschaftsschule betreibe eine Kryptoökonomie.

schaftsordnung“ (Marktwirtschaft in Konsequenz) ergibt den sanften Tod des Kapitalisten zur Folge. Dieser Tod des Kapitalisten wäre aber eine Befreiung der Menschen durch die Marktwirtschaft. Wer von denen, die mit Geld Geld verdienen, ist daran schon interessiert? c) Die Etatisten und Fiskalisten,⁷ die die Macht im Staat erstreben, nicht um den Bürgern die Freiheit zu bringen, sondern um sie nach ihrem Denken mit Zwang zu beglücken, sehen sich mit freiwirtschaftlichen Ansatz, in dem Freiheit und Leistungsgerechtigkeit den gleichen Rang haben, eher bedroht als beglückt. Machen wir uns doch nichts vor, die Wirtschafts-, Sozialpolitik und auch die Bildungspolitik ist seit Jahrzehnten eine Methode, mit der die BürgerInnen in der Unmündigkeit und Abhängigkeit gehalten werden. Jede „Wohltat“, die sie selber bezahlen müssen, wird als großzügiges Geschenk irgendeiner Partei „verkauft“.

Ludwig Erhard

Als Erhard in mein politisches Bewußtsein eindrang, mochte ich ihn nicht besonders, vor allem ab der Zeit, wo ich glaubte, die Grundzüge der Marktwirtschaft begriffen zu haben. Seine Maßhalteappelle paßten nicht in mein Verständnis von Marktwirtschaft.⁸ Wenn ich heute überlege, ob diese Appelle in einem Theoriedefizit, in Mangel an geeigneten Instrumenten oder in dem Machtgeflecht von CDU/CSU, Beratungsgremien und die neuen einflußreichen Kapitalisten ihre Ursache hatten und ihm die Handlungsfreiheit raubte, so neige ich zur letztgenannten möglichen Ursache. Nach seinen eigenen Bekundungen hat er die Opposition in der Hauptsache bestehend aus der SPD, nicht gefürchtet, weil die nach seiner Meinung wohl keine Ahnung von der Wirtschaft hätten. Die Opposition aus der eigenen Partei und das Gezerre um Ausnahmen von marktwirtschaftlichen Regelungen innerhalb seines eigenen politischen Umfeldes waren wohl sein Hauptproblem.

Als er später mit Karl Schiller eine Anzeigenkampagne zur Rettung der Marktwirtschaft startete, habe ich ihn und Schiller verbal angegiftet, weil da nach meiner damaligen Meinung zwei für die Verhinderung bzw. Zerstörung der Marktwirtschaft verantwortliche Zeitgenossen für die Rettung der Marktwirtschaft warben.⁹

Als sich 1966 in der AWP herum sprach, daß Karl Schiller Bundesminister für Wirtschaft werden sollte, glänzten die Augen einiger Dozenten, dachten sie doch, einer ihrigen würde es jetzt

7 Und das sind die Mehrheiten in allen Parteien, die eine politische Rolle spielen, also auch die CDU.

8 Sofern diese Appelle den Parlamenten und Regierungen galten, waren sie nicht richtig formuliert und adressiert.

9 Der Anzeigentext und meine Antwort darauf sind in meinem Text „Agenda Niedersachsen 2001“ / Teil 2 / Doku 4 unter der Text Nr. 19.1.4 zu finden.

richten. Ich wußte intuitiv, daß er letztlich auch scheitern würde. Ich habe meine Einstellung nicht verborgen, womit ich mich nicht beliebt machte.

Ich habe Ludwig Erhard persönlich erlebt. Es war in der Evangelischen Akademie Loccum in der Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft – Zwischenbilanz eines ordnungspolitischen Experimentes“ im Oktober 1972. Für mich war Erhard wirklich beeindruckend, auch dann noch, wenn man das Drumherum um einen Stargast berücksichtigt. Als ich bei einer Wortmeldung zu ihm sagte, ich würde meine Kritik marktwirtschaftlich begründen, grummelte er nur: „Das wird auch Zeit!“ Als ich dann später zum ersten Mal in der alten Ausgabe des Magazins DER SPIEGEL vom 9. 9. 1953 in der Titelgeschichte über Erhard las:

Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für Ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug: als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum Erhards vor. Außerdem kam Schäffer immer pünktlich zu den Kabinettssitzungen, Erhard nicht.

Da habe ich gedacht, die Journalisten konnten sicher die Begriffe freie Wirtschaft von Freiwirtschaft nicht unterscheiden. Die Entdeckung, daß sich Erhard doch wohl oder auch an der Freiwirtschaft orientiert hat, habe ich in meinem Text 76.3 näher beschrieben. Der Haupt- und Abteilungstitel lautet:

Gedanken vor, in und nach der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum

www.loccum.de

vom 2. - 4. November 2009

zum Thema

Bretton Woods reinvented?

Das internationale Währungssystem nach der Krise

Tagungsleitung: Dr. Marcus Schaper

- Ludwig Erhard und andere
zur Bedeutung der Währung
- War Ludwig Erhard ein Freiwirt?

„Ein System der organisierten Verantwortungslosigkeit“

Die Zwischenüberschrift ist eine Aussage von Henkel bezogen auf die Kompetenzen und Finanzen von Gemeinden, Länder und Bund. Die EU-Ebene hat er nach meiner Erinnerung nicht einbezogen, obwohl die hier genauso her gehört. Den Begriff Verantwortungslosigkeit könnte man noch ergänzen mit jenen von Trixerei, Mausehelei und Unübersichtlichkeit. Das solche Zustände zu beklagen sind, ist kein Ergebnis von ablaufenden Naturgesetzen und hängt auch nicht unmittelbar mit der föderativen Gliederung des Staates zusammen, sondern ist Ausdruck der Abwesenheit von Ordnungspolitischen Denken, von Besitzstandbewahren und Machtabsicherung. Wir haben ja nun eine Föderalismusreform gehabt, natürlich wieder durch die politische Klasse und ohne Beteiligung des Souveräns, des Volkes, wo kämen wir auch hin, wenn es in unserer „Demokratie“ demokratisch zuginge. Der Sinn einer Gliederung eines politischen Ganzen ist, daß die Teile sich in bestimmten politischen Feldern autonom entfalten können. Diese Entfaltung der Teile darf aber nicht finanziell zu Lasten anderer Teile gehen. Der Finanzausgleich zwischen den Ländern ist also von Anbeginn an ein systemfremdes Element. Die Befürworter dieses Systems nennen es vornehm kooperativen Föderalismus im Gegensatz zum konkurrierenden Föderalismus, wo jeder Einheit die finanzielle Verantwortung für sich selber trägt. Bei dem gegebenen System wiederholt sich auf der staatlichen Gliederungsebene nur das, was sich im Verhältnis vom Bürger zum Staat abspielt. Die Bürger merken und merken doch, daß die Bezeichnung „Soziale Marktwirtschaft“ für die real existierende Wirtschaft nur noch eine leere Hülse war und ist. Die Verzerrungen beim Einkommen und bei der Vermögenverteilung können doch nicht weg diskutiert werden. Und wenn die Arbeit keinen Lohn bringt, der die Familien entsprechend unserem durchschnittlichen Lebensstandard sichert oder wenn es gar keine Möglichkeit gibt, ein Arbeitseinkommen zu erzielen, dann ist es doch bei einem Mangel an Alternativen nicht verwunderlich, daß die Bürger von ihren Parteien erwarten, daß diese mittels der Hilfe des Staates in jene Taschen greifen, die tatsächlich oder nur vermutlich voller als die eigenen sind. Die Flucht in den Staat und der Mißbrauch des Staates für die Umverteilung wird eben ausgelöst durch die Mängel in der Ökonomie. Um das System der Verantwortungslosigkeit zu überwinden, ist der Einsatz an vielen politischen Baustellen gefordert.

Wenn über den Föderalismus gesprochen wird, dann darf nicht vergessen werden, daß sich dieser Begriff nicht nur auf eine staatliche Gliederung bezieht, sondern auch auf die gesellschaftliche. Der große französische freiheitliche Sozialist Proudhon stellte sich eine Gesellschaft von privatrechtlichen Föderationen vor. In diesen Föderationen sollen Bürger ihre An-

gelegenheiten bewältigen, die sie individuell nicht bewältigen können. Man darf dabei an Versicherungen, Schulen und Unternehmen denken. Als freiheitlicher Sozialist verstand sich auch Franz Oppenheimer, der Lieblingslehrer von Ludwig Erhard. Aber ein Synonym für freiheitlicher Sozialist ist das Wort Anarchie, der im Gegensatz zum häufigen fälschlichen Gebrauch nicht Terror und Gesetzlosigkeit sondern Herrschaftslosigkeit meint. Die Marktwirtschaft in Vollendung ist eine anarchistische Ordnung. Ich habe zu dem Thema gerade einen Text mit dem Titel „**Kybernetisch-anarchische Ordnung**“ von meinem verstorbenen ostfriesischen Freund Elimar Rosenbohm, der lange Zeit seines Berufslebens in der Landeszentralbank in Hannover verbracht hat, eingescannt. Der Text ist unter der Nr. 85.2 auf meiner Internetseite zu finden.

Mehr Bürgerbeteiligung und weniger Stellvertreterpolitik

Es ist positiv hervorzuheben, daß Hans-Olaf Henkel eine größere Bürgerbeteiligung in der Politik für wünschenswert hält. Solche Wünschen wachsen auf der Skepsis gegen das System der Stellvertreterdemokratie. Dieser Ansatz muß aber damit beginnen, daß dem Volk erst einmal zu seinem ersten Souveränitätsrecht, nämlich der Verfassungsgebung, verholfen wird, denn wir Deutsche haben uns als Volk oder Gesellschaft noch nie eine Verfassung gegeben. Die Verfassung der Weimarer Republik war eine Stellvertreterverfassung und das Grundgesetz, das das Verfallsdatum überschritten hat, war nicht einmal das, sondern ein Oktroy der Siegermächte, die der Parlamentarischen Versammlung auf die Finger schaute.

Vor einer Verfassungsdiskussion müßte es aber eine ausführliche Erörterung möglicher Ordnungsformen für die Teilbereiche unserer Gesellschaft geben. Bei allem Lob für unsere jetzige Verfassung, die so in erster Linie von ihren Mängeln ablenken soll und für einen Bestandschutz der politischen Klasse und für die wirtschaftlich Mächtigen sorgt, ist doch nicht zu übersehen, daß die Strukturen unseres heutigen Staates – wenn man von der StaSi und dem Naziterror absieht - eine viel zu große Ähnlichkeit mit den Vorläufern unseres Gemeinwesens haben. Von Freiheit und Gerechtigkeit faseln und diese in der Wirklichkeit zu gestalten, sind zweierlei. Man denke nur an den Schulzwang, der – so habe ich es gelesen – geht auf die Nazis zurück.

Schutzräume des Individuums auch vor gesetzlicher Fremdbestimmung

Neulich wurde im Zusammenhang mit dem Bemühen um den Erhalt der Stichwahl bei der Bürgermeisterwahl in der örtlichen Presse der Verein für mehr Demokratie erwähnt.

(www.mehr-demokratie.de) Die Mitglieder dieses Vereines arbeiten parteiunabhängig inzwischen seit Jahrzehnten für die Durchsetzung von mehr Elementen der direkten Demokratie. Ich begleite diesen Verein gedanklich und durch den Bezug der *Zeitschrift für direkte Demokratie* seit der Gründung. Diese Freunde der Demokratie konzentrieren sich als Dickbrettbohrer voll auf dieses Ziel. Nach meiner politischen Zielvorstellung von einer freiheitlichen Gesellschaft kommt dabei die Frage zu kurz, wo die Grenze für Eingriffe in den individuellen Bereich der Bürger sowohl durch die Vertreter- als auch durch die direkte Demokratie liegt.

Zur Verschuldungsgeschichte

Bei allem politischen Handeln müssen wir bedenken, daß der Mensch auch wesentlich von seinen Ideen und Vorstellungen geleitet wird. Diese Ideen entstehen in dem Spannungsfeld zwischen beobachtbaren Wirklichkeiten und dessen Deutungen und den gedanklich entwickelten Möglichkeiten und derer theoretischen und empirischen Überprüfung. Und dies ist ein Vorgang, der in der Geschichte wohl ein fortdauernder Prozeß ist. Die meisten Konflikte zwischen den Menschen entstehen vermutlich dadurch, daß sie nicht synchron denken, sondern aufgrund ganz unterschiedlicher Erfahrungs- und Entwicklungshintergründe ihre Schlüsse ziehen und Modelle entwickeln. Die Verständigung ist daher auch bei gutem Willen häufig äußerst schwer. Um nun vom Allgemeinen zum speziellen Thema der Verschuldungsproblematik zu kommen ist mir folgender Spruch eingefallen: „Borgen macht Sorgen!“ Diese Volksweisheit ist wohl durch -zigfache Beobachtungen der Wirklichkeit und wertendem Denken entstanden. Der Spruch gilt bei Leichtsinnigkeit oder Unachtsamkeit für die Schuldner, wie für die Gläubiger.

Henkel sagt, daß mit dem hoch geehrten Helmut Schmidt, als dieser 1974 Kanzler wurde, die Verschuldung begann. Ich habe nachgeschaut, die Verschuldung begann nicht 1974, aber die Verschuldungskurve stieg ab dieser Zeit stark an. Aber war das ein Handeln aus Leichtsinn oder Unkenntnis? Nein, denn inzwischen hatte sich mit dem politischen Bedeutungszuwachs der SPD – beginnend mit Karl Schiller – ein anderes Leitbild der Wirtschaftspolitik durchgesetzt. Mit diesen anderen Ideen reagierte man auf die ebenfalls rapide steigende Arbeitslosigkeit. Bundeskanzler Schmidt formulierte damals:

> „5% Inflation sind mir lieber als 5% Arbeitslosigkeit“.

Nach diesem Satz stand im Protokoll des Bundestages: „Tumulte bei der CDU/CSU Fraktion“. Nun haben wir seit 20 Jahren 1% „Inflation“ und 10 % Arbeitslosigkeit, in den jungen Bundesländern 20 %. <

So fand ich eine Aussage im Internet vom 11. 09. 03.

Auch wenn der Stabilitätswert unserer Währung auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit inflationär entwertetem Geld und im Hinblick auf geschäftliche Kalkulationen, Ehrlichkeit in Bezug auf geldliche Angaben in den Verträgen und als Vermögenssicherung der Sparer einen hohen Wert hat, ist eine begrenzte Inflation zum Abbau von Arbeitslosigkeit nicht ehrenrührig, wenn derjenige, der sie befürwortet, die Alternativen zur Lösung des Problems nicht kennt. Anders ist es, wenn die betreffenden Personen die Lösung verleugnen und verdrängen. Die aus der Abwehr eines erheblichen gesellschaftlichen Mangels abgeleiteten Fehlhandlungen der SPD sind durch das ordnungspolitische Versagen der CDU/CSU und der FDP vorbereitet worden. Das Versagen liegt auch bei den Wirtschaftswissenschaften, die die vorhandene Alternative der Gesellschaft nicht präsentiert hat. Betrachten wir in Kurzform den theoretischen Hintergrund des Geschehens. Nach dem Sayschem Theorem, das besagt, daß das Angebot sich selber seine Nachfrage schafft¹⁰ (http://de.wikipedia.org/wiki/Saysches_Theorem), dürfte es daher gar keine Arbeitslosigkeit geben, weil die Produzenten als Nachfrager den Markt räumen. Diese Annahme stimmt aber nur unter der Bedingung, daß die Nachfrage auch unmittelbar und konstant wirksam ist. Da aber unser Geld, das als Zwischenglied beim Tausch der Güter eingeschaltet wird, heute neben der Tausch- und Rechenfunktion auch noch als ein Instrument der Wertaufbewahrung dient, ist der Kreislauf des Geldes nicht gesichert. Zum besseren Verständnis ist es wichtig, den Unterschied zwischen *sparen* und *horten* zu verstehen.

Beim Sparen rufen Wirtschaftsteilnehmer berechnete in Geld ausgedrückte Ansprüche an den Markt nicht sofort ab, sondern überlassen anderen direkt oder über den Bankenapparat dieses Recht (Kreditnehmer) mit der Maßgabe, daß der Kreditnehmer zu einem späteren Zeitpunkt dann selbst erworbene Ansprüche an den Markt durch Tilgung an den Sparer überträgt. Der Kreislauf des Geldes und damit der Güterstrom von der Produktion zum Verbrauch wird dabei nicht unterbrochen. Anders ist es beim Horten. Der Kreislauf des Geldes und damit die Nachfrage wird um den Teil des Geldes verringert, der gehortet wird. Dieses Horten kann sich so entwickeln – besonders in einer Situation mit deflationistischen Tendenzen –, daß große Teile der wirtschaftlichen Tätigkeit eingestellt werden müssen. Die Konsequenz daraus ist, daß Unternehmenszusammenbrüche und Arbeitslosigkeit sich ganz automatisch einstellen, ohne daß ein böser Wille irgendwelcher Gruppen dafür verantwortlich gemacht werden kann.

Damit die Verfrachter und Frachtempfänger von Frachtgut die Waggons nicht als Lagerraum mißbrauchen (analog zur Wertaufbewahrung beim Geld) kassieren die Bahngesellschaften ein Standgeld, damit die Waggons wieder für den Verkehr frei geräumt werden. Beim Geld funk-

¹⁰ Die Kosten auf der einen Seite der Produktion werden ja zum Ertrag derer, die an der Produktion beteiligt sind.

tioniert das heute dadurch, daß eine Mindesinflationsrate eingehalten wird und dadurch, daß – umgekehrt wie bei der Bahn – dem Geldinhaber eine Belohnung in Form des Zinses für das In-den-Verkehr-bringen seines Geldes erhält. Es ist die Methode von Zuckerbrot und Peitsche. Die Methode hat gravierende Nebenwirkungen. Einmal werden alle auf Geld lautende Verträge verfälscht und zum anderen wird die Zinspumpe in Gang gehalten, die Geld von Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf pumpt, das dann die Spekulationsblasen verursacht. Aber dieses destruktive System der Umlaufsicherung des Gelde funktioniert nicht einmal immer. Ist die Inflationsrate zu niedrig, bleibt der Antrieb aus, ist sie zu hoch, wird dem Geld die Tauschfunktion verweigert. Und der Zins verliert seine Lockfunktion, wenn er unter einem Niveau von 3 - 2 Prozent fällt. Es öffnet sich in einer solchen Liquiditätsfalle des Geldes. Es ist für den Geldinhaber dann vorteilhafter eine gefüllte Spekulationskasse zu haben, als das Geld wieder über den Kreditweg in den Verkehr zu geben.

Zuerst hat Gesell diese Zusammenhänge beobachtet und beschrieben und dann John Maynard Keynes. Während Gesell mit seiner Indexwährung eine *konstruktive Umlaufsicherung* des Geldes entwickelte, das ein stabiles Preisniveau ermöglicht und die legitimen Ansprüche des gehorteten Geldes gegenüber dem Markt respektiert, hat Keynes sein System des *deficit spending* entwickelt. Bei einem Nachfrageausfall soll der Staat stellvertretend in die Bresche springen. Hierfür gibt es zwei Wege, a) einmal, daß sich der Staat mit einem für die Geldhorte (Geldanleger) interessanten Zinssatz verschuldet und als Ersatznachfrager auftritt und b), daß er die Notenpresse in Gang setzt. Vorgesehen ist zwar, daß dann bei anspringender Konjunktur die Verschuldung oder das Geldvolumen wieder zurück gefahren wird. Nur das klappt aufgrund der Begehrlichkeit der Politik nicht. Letzten Endes kam das heraus, was dann Stagflation genannt wurde: Inflation und Arbeitslosigkeit.

Es waren also die unbefriedigenden Ergebnisse des Keynesianismus und die mangelnde Bekanntheit und die starke Tabuisierung des freiwirtschaftlichen Lösungsansatzes, der mit Verleihung des Nobel-Preises an Milton Friedman beginnend, den Siegeszug des Neoliberalismus zweiter Prägung einleitete. Die Neoliberalen zweiter Prägung haben nur übersehen, daß die marktwirtschaftliche Ordnung kein Naturprodukt ist, sondern immer durch Gestaltungsakte der Menschen entsteht. Regelungen und Institutionen sind immer wieder zu überprüfen, aber nur vom Einreißen von Elementen einer Ordnung entsteht noch keine bessere.

Die Idee von Friedman, die Geldmenge einfach konstant entsprechend des Wachstums der Wirtschaft zu erhöhen, ist sicher besser als das Hüh und Hott unter der Herrschaft des Keynesianismus, fällt aber letztlich hinter die ältere Idee des Freigeldes von Gesell zurück. Friedman hat den Nobel-Preis für die Wiedereinführung der Quantitätstheorie des Geldes erhalten,

also für etwas, was in der Freiwirtschaftsschule durchgängig Gültigkeit hatte, aber von den anderen Schulen verspottet wurde. Warum die Politik das Lösungsangebot der Freiwirtschaftsschule nicht angenommen, wenigstens überprüft wurde, ist für alle, die sich damit beschäftigen ein Rätsel. Da wir mit dem freiwirtschaftlichen Angebot der Idee, der sich kybernetisch selbst steuernden Wirtschaft näher kommen würden, kann ich mir vorstellen, daß die auf den Staat fixierten Sozialdemokraten dem Keynesianismus den Vorzug gaben, weil dieser jenen, die den Staat besetzt haben, einen großen Handlungsspielraum ermöglichen. Aufgrund meiner Erfahrungen in der FDP mag ich hier gar nicht nach den Ursachen fragen. Ich halte diese durchaus sympathischen Aktivisten für eine Gruppe, die unter Fahne der Freiheit gegen die Freiheit marschieren. Bei der CDU/CSU vermute ich mal, daß die Mehrheit ihrer Mitglieder und Wähler die marktwirtschaftliche Ordnung nie analytisch erfaßt, sondern nur als Glaubensbekenntnis vor sich hergetragen haben, weil zu den Glanzzeiten ihrer Partei(en) die Erfolge so groß und eindeutig waren, daß man über die Weiterentwicklung des Modells gar nicht nachdenken mußte. Ein Hemmnis mag auch hier sein, daß die Freiwirtschaftsschule die Fahne der Bodenreformer aufrecht gehalten hat, nicht aus nostalgischen Motiven, sondern weil das heutige Bodenrecht nicht nur ein Störfaktor in der Marktwirtschaft ist, sondern auch Grund für soziale und internationale Spannungen. Für die Notwendigkeit der Bodenrechtsreform steht aber auch der Name des frühen Konrad Adenauers. Quellen dazu findet man in meinen Texten.

Die ökonomischen Probleme, die wir heute haben, sind also nicht auf parteipolitischer Ebene zu lösen. Was die freiwirtschaftliche Gründungsgruppe vor dreißig Jahren in die damals neue Partei DIE GRÜNEN einbringen wollte, ist in meinem Text „Der Dritte Weg ...“ von 1980 (Textnummer 2.0) zu entnehmen. Das wir zuletzt an den Marxisten, Sozialdemokraten und auch an den Nur-Ökologen gescheitert sind, liegt nicht an einem bösen Willen der Vertreter dieser Ideen, sondern einfach daran, daß bei uns viel über Freiheit und Gerechtigkeit geredet, aber nicht gezeigt wird, wie diese zu erreichen sind. Die Glanzzeiten der CDU waren auch die Zeiten der Konservierung von politischen Fehleinstellungen. Der Protest von 1968 war voll berechtigt, daß er nicht der Beförderung einer marktwirtschaftlichen, freiheitlichen Ordnung diene, sondern deren Verneinung war die Frucht der Saat der CDU-Herrschaft. Ich kam mir damals als freiheitliche Opposition in der Opposition ganz schön einsam vor.

Das klingt schon nach einem Schluß meiner Ausführungen, ist es aber nicht. Ich bin immer noch bei dem Vorwurf, die SPD und auch die Grünen hätten die Verschuldung des Staates zu

verantworten. Über die Grünen will ich mich nicht groß auslassen. Die einen setzten nur das um, was sie in den Hochschulen gehört haben und die anderen müssen aufgrund der großen Schwierigkeit, sich eine brauchbare Handlungsmaxime anzueignen, einfach nachziehen. Da meine Kraft nicht ausreicht, um sinnvoll dagegen zu steuern (und auch aus Altersmüdigkeit), bin ich aus der Partei ausgetreten.

Die Bedingungen der CDU nach dem Zweiten Weltkrieg im politischen Wettbewerb und in ihrem ersten Part der Parteienherrschaft waren günstiger als die der SPD im Zeitpunkt ihrer Regierungsverantwortung. Der Staat hatte sich durch die sogenannte ¹¹ Währungsreform entschuldet. Ich las in einem Beitrag, daß dies die eigentliche Ursache des sogenannten Wirtschaftswunders gewesen wäre. Das halte ich für falsch. Es war aber förderndes Element. Ein Wunder war vielmehr, daß sich eine kleine Minderheit, die marktwirtschaftlich denken konnte, in der CDU Raum fanden, um sich (begrenzt) zu entfalten. Aber darauf bin ich ja schon eingegangen. Aber auch das abschreckende planwirtschaftliche Handeln in der DDR, die damals noch SBZ genannt wurde, kam der CDU zur Hilfe. Wesentlicher für den Erfolg war in der damaligen Zeit aber, daß durch die Kriegszerstörungen und durch den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen der Markt wo aufnahmefähig war, daß die Produzenten sich um den Absatz keine Sorge machen mußten. Aus meiner Erinnerung: Wir waren eine große Familie. Wenn es vor der Währungsumstellung irgendwo ohne Bezugsschein für das alte Geld etwas zu kaufen gab, wurde das sofort in der Familie berichtet und die Information nur an gute Freunde weitergegeben, damit man selber nicht hinten in der Schlange vor dem Geschäft stand und erfahren mußte, daß der Vorrat alle sei. Teller müssen bei uns zu Hause wohl eine Mangelware gewesen sein, denn als ich nach der Währungsumstellung in einem der dann gefüllten Schaufenster Teller sah, bin ich nach Hause gerannt und habe schon von weitem gerufen: „Mama, Mama bei Fresmanns gibt es Teller!“. Ich konnte mir wohl gar nicht vorstellen, daß es am nächsten Tag auch noch Teller geben würde. Und wenn ich mich recht erinnere, waren am Anfang der Währungsumstellung und der Freigabe der Preise, die Lager manchmal schneller leer, als sie aufgefüllt werden konnten.

Und was in der Regel übersehen wird, der Start in die marktwirtschaftliche BRD war mit einer viel geringeren Zinslastquote versehen, als beim Start der Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung. Nach der Grafik 035 „Relation Einkommen und Verschuldung“ von Helmut Creutz (http://www.helmut-creutz.de/pdf/grafiken/035_creutz.pdf) war 1950 das Verhältnis des Haushaltseinkommens zur Gesamtschuld 1 :1 und die Zinlast betrug in diesem

11 „sogenannt“ darum, weil ja nur der Name der Währung geändert und das wertmäßige Volumen des Geldes im Verhältnis zur vorhandenen Gütermenge geändert wurde. Sonst war die neue Währung die alte Währung.

Jahr mit 105 Euro 6 % vom Haushaltseinkommen. 1975 war das Verhältnis 1 : 2 und die Zinslast betrug 13 % vom Haushaltseinkommen. 2000 war das Verhältnis dann Haushaltseinkommen zur Gesamtschuld 1 : 5 und 28 % des Haushaltseinkommens machte die Zinslast aus. In den Erläuterungen heißt es:

Rechnet man diese Prozentzahlen in Arbeitszeiten um, dann musste jeder Erwerbstätige 1950 etwa 3 Wochen für die Zinsbedienung arbeiten, 1975 rund sieben Wochen und 2000 bereits fast 15 Wochen, also mehr als ein Vierteljahr.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß im Jahr 2000 bei der Gesamtverschuldung der Staat mit 20% den kleinsten Block bildet. Der Block der Privatschulden beträgt 24 % und der Anteil der Unternehmen beträgt 56 %. Berücksichtigt man dann noch, daß es beim Saldieren der Soll- und Habenzinsen nur 10% Gewinner und 80 % Verlierer gibt – bei 10 % kommt ein Plus-Minus-Null heraus – dann ist es kein Wunder, daß nichts mehr in der Wirtschaft rund läuft.

An den wenigen Zahlen wird schon deutlich, daß nicht die Verschuldung das eigentliche Problem ist, sondern die an der Verschuldung gekoppelten Zinsströme. Die Verschuldung sollte man bei dem Staat bis auf Notfallsituationen durch Naturkatastrophen und Krieg und kurzfristige Überziehungskredite im angemessenen Rahmen ganz verhindern. Wobei bei der Kreditaufnahme für einen Krieg in jedem Fall das Volk als Gesamtheit zustimmen sollte. Kreditaufnahmen für das laufende politische Geschäft gaukeln den Wählern eine Leistungsfähigkeit des Staats vor, die er gar nicht besitzt.

Zur Verschuldung im nichtstaatlichen Sektor

Die Verschuldung von Privathaushalten und Unternehmen kann man gar nicht verurteilen, denn wenn sich niemand verschuldet, dann kann auch niemand sparen (im schon erläuterten Sinn). So viel niedriger der Zinssatz ist und eine Dauerkonjunktur mit Vollbeschäftigung herrscht, die auch heute bei Schließung des Geldkreislaufes und eventueller Verkürzung der Arbeitszeit auf 25, 20, 15 oder 10 Wochenarbeitsstunden zu erreichen ist, soviel leichter ist eine Geldschuld zu tilgen. (Es kommt ja nicht darauf an, die Leute möglichst lange im Betrieb zu haben, sondern einen möglichst guten Überschuß zu erzielen. Und dieser gute Überschuß ist bei einer Wochenarbeitszeit von 20 Stunden mit guten Rahmenbedingungen leichter zu erzielen als mit einer Wochenarbeitszeit von 40, 50 oder 60 mit schlechten Rahmenbedingun-

gen.) Dieses alles schließt nicht aus, daß wohl überlegt sein will, wofür wir uns verschulden. Verschulden wir uns für ein Haus, dann haben wir bei der letzten Tilgungsrate auch noch einen Nutzen oder Genuß vom kreditfinanzierten Gut. Nehmen wir einen Kredit für eine Reise auf, wissen wir bei einem Blick auf den Kontoauszug vielleicht gar nicht mehr, wofür unser Konto belastet wurde. Es ist auch ganz sinnvoll neue Sparformen zu entwickeln. Ich denke dabei an den Erwerb von befristetem Eigentum an Kindergärten, Schulen, öffentlichen Gebäuden, Unternehmen und auch Anteilseigentum an Genossenschaftsbanken und Sparkassen (Der öffentlich-rechtliche Status der Sparkassen, kann m. E. auf Dauer nicht erhalten werden und war meines Wissens auch nicht Bedingung ihrer Anfangsgeschichte.).

Inflationsgefahr und zum Sinn oder Unsinn einer Euro-Aufspaltung

Hans-Olaf Henkel empfahl in Neustadt (und sicher auch anderswo) sich im Hinblick vor der nicht ohne Grund befürchteten ansteigenden Inflation zu verschulden und Immobilien zu kaufen. Die Empfehlung ist – wenn sie nur von wenigen befolgt wird – richtig. Wenn das aber massenweise geschieht, dann spiegelt sich die erwartete Inflationsrate in den Kaufpreisen wider. Es besteht nur noch ein Vorteil, wenn der Euro wie die Reichsmark endet. Als wirtschaftspolitische Empfehlung ist das aber eine Bankrotterklärung des analytischen Verstandes und im hohen Maße asozial und ein Förderprogramm für einen Bürgerkrieg. Außerdem schon jetzt gilt:

Kampf um Ackerboden

Wie nach der Finanzkrise Renditejäger jetzt Landwirte von ihren Äckern vertreiben Renditejäger haben ein neues Spekulationsobjekt entdeckt:

Ackerböden. Sogar der Bund macht mit beim neuen Investoren-Megatrend, verkauft große Flächen an Meistbietende. Die Folge: rasant steigende Preise. Immer weniger Bauern können ihr Land halten und Lebensmittel anbauen – immer mehr Obst und Gemüse müssen importiert werden. [mehr]

<http://www.daserste.de/plusminus/>

Die Differenz und damit die Spannungen zwischen den Vermögenden und den Habenichtsen würden noch größer. Auf dieses Problem komme ich später zurück. Die Warnung Henkels vor der Inflation ist berechtigt, die Flucht in die Immobilien ist kein Lösungsweg. Die Schlagzeilen über den Ankauf von Staatsanleihen unter der Haushaltsnot leidenden Staaten durch die

EZB sind noch im Internet abrufbar. Am 11.11. 2010 meldet die Hannoversche Allgemeine Zeitung: „Merkel und Obama gehen beim Gipfel auf Kollisionskurs – Kanzlerin rügt US-Geldpolitik und lobt China“. Wie wir sehen sind die Geldprobleme weder national, noch europaweit, noch weltweit geklärt und gelöst, jedenfalls nicht in den Köpfen der Zentralbanker und der Politiker. Aber ist es eine Lösung, einem befürchteten Zusammenbruch des Euro durch eine Zweiteilung zu entrinnen?. Die bestehenden Währungsprobleme wurden nicht dadurch gelöst, daß über ein Dutzend nationale Zentralbanken zu einer Einheit zusammengefügt wurden, aber umgekehrt werden die Probleme auch dadurch nicht gelöst, wenn die EZB jetzt in zwei Einheiten aufgelöst würde. Hans Olaf Henkel schreibt im *Hamburger Abendblatt*:

Der deutsche Bürger hatte zu keiner Zeit mehrheitlich die Einführung des Euro gutgeheißen. Dass der Euro trotzdem eingeführt wurde, galt damals als Beweis politischer Führungskraft. Inzwischen ist die Geschäftsgrundlage zur Einführung des Euro völlig abhanden gekommen. Es wurde nicht „nur“ gegen den Geist und Buchstaben der Verträge von Maastricht und Lissabon verstoßen, es wurde ein zwischen deutscher Politik und deutschen Bürgern geschlossener Vertrag gebrochen.

Schon deshalb muss das Ruder herumgerissen werden. Eine teilweise Rückabwicklung der Währungsunion in zwei unterschiedliche Währungsblöcke wäre allemal besser, als sehenden Auges auf Grund zu laufen.

<http://www.abendblatt.de/hamburg/article1523366/Hans-Olaf-Henkel-Den-Euro-zweiteilen-und-damit-retten.html>

Die Vorbehalte der Deutschen gegen die Aufgabe der DM und Einführung des Euro waren in der Tat groß und man kann heute noch damit Punkten, wenn man gegen die Einführung wettert und für eine Rückabwicklung wirbt. Aber von einem Vertrag zwischen der politischen Klasse und den von ihr als inkompetent betrachteten Bürgern zu sprechen, verhöhnt die Bürger. Es ist schlechte Tradition der Parteien – besonders der CDU – die Bürger als Stimmvieh zu mißbrauchen, sie aber von der politischen Gestaltung fern zu halten. Henkel schreibt einleitend:

Ich bekenne mich schuldig: Ich war ein überzeugter Anhänger des Euro. Natürlich wusste ich damals schon um die Risiken, jedoch erschienen mir die von Finanzminister Waigel durchgeboxten Sicherungen als ausreichend. Die Vorteile lagen für mich weniger im Wegfall des Hantierens mit unterschiedlichen Währungen, sondern im Zwang zur Haushaltsdisziplin, denn dieser würde es auch den deutschen Sozialpolitikern schwerer machen, sich weiter zu Lasten unserer Kinder zu profilieren. Das Regelwerk des Euro würde auf die Politik ähnlich stabilisierend wirken wie das Grundgesetz, das Bundesverfassungsgericht und die Bundesbank.

Sich von einer Währung eine Haushaltsdisziplin zu erwarten, ist ein oft gemachter Denkfehler. Der Staatshaushalt – ob verschuldet oder mit Juliusturm – hat, solange der Finanzminister keinen Zugriff auf die Notenpresse hat, keinen Einfluß auf die Währungsstabilität. Ich hoffe, daß ich die Aussage noch verdeutlichen kann. Ich will aber erst auf die Gegenspieler von Wai-gel, Henkel etc. eingehen.

Die vier bekanntesten sind wohl Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty. (Siehe: „Die Euro-Klage – warum die Währungsunion scheitern muß“ rororo aktuell, 1998) Zu Starbatty siehe meinen Text 79.1 „Verleihung des ORDO-Preises für ordnungspolitische Innovationen am 5. Februar 2010. Hankel habe ich auf einer währungspolitischen Tagung der GRÜNEN in Hannover gehört; von der es kein sonst übliches Protokoll gibt. Vermutlich, damit das Thema besser unter dem Deckel gehalten werden konnte. Schachtschneider habe ich in den Mündener Gesprächen¹² der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft erlebt oder auch nur Texte von ihm gelesen. Bei der Fülle der Informationen, die auf einen einströmen, fällt es schwer die Quellen auseinander zu halten. Ich blende das Generalthema und Schachtschneiders spezielles Thema ein:

[16. Mündener Gespräche am 29. und 30. Oktober 1994](#)

“Vom Superstaat zum Wettbewerbsverbund ‚schlanker‘ demokratischer Gemeinwesen”

Prof. Dr. Karl-Albrecht Schachtschneider, Universität Erlangen-Erlangen:
Auch um Europas willen - unaufgebbare Grundfesten des Grundgesetzes

<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/index.html>

Mit Wilhelm Nölling kommen wir wieder zu einem Menschen, der wie Henkel durch die Akademie für Gemeinwirtschaft / Akademie für Wirtschaft und Politik ebenfalls einen Kick für eine ungewöhnliche Karriere bekommen hat. Er war mehrmals Senator in Hamburg, Bundestagsabgeordneter, Landeszentralbankpräsident und zuletzt auch Professor. Ich habe ihn 1966 noch eine kurze Zeit als Assistent von Professor Hummel erlebt. Aber die genannten Herren waren nicht die einzigen Akteure an der Front des Kampfes um die Währung. Ich berichte darüber in meinem Text 50.0 „Interne Klärungsversuche“ vom 20. 11. 93.

12 Die Mündener Gespräche wurden von meinem Freund Ekkehard Lindner ins Leben gerufen. Er war Lehrer, Ratsherr und Volkshochschuldirektor in Northeim.

Aktion Verfassungsklage

Wir beklagen uns schon lange und zu recht darüber, daß über freiwirtschaftliche Problemanalysen und Lösungsvorschläge in den Massenmedien gar nicht oder zu wenig berichtet wird. Die Folge ist, daß der Bekanntheitsgrad des freiwirtschaftlichen Wissens in der Öffentlichkeit sehr gering ist. Daraus folgt wiederum, daß der Markt für freiwirtschaftliche Produkte schriftlicher Art sehr gering ist. Der Öffentlichkeit von der bei uns schlummern- den Möglichkeit einer menschen- und umweltfreundlichen alternativen Ökonomie mittels Flugblätter und Leserbriefen zu informieren, ist sehr mühselig. Auch wenn es nicht auszuschließen ist, daß es Menschen und Gruppen von Menschen gibt, deren Interesse es ist, daß dies so bleibt, haben wir den Umstand des mangelnden Echos in den Massenmedien auch uns selber zuzuschreiben.

Erstens machen wir es potentiellen Interessenten immer noch zu schwer, freiwirtschaftliche Menschen und ihr Spezialwissen zu entdecken; zweitens fehlen kurze parteiunabhängige Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen, die ohne weitere Recherche von den Redaktionen übernommen werden können und drittens bieten wir nichts für eine aktionsorientierte Berichterstattung. Es ist ein altes Klage lied, daß die Präsentation und Pressearbeit der freiwirtschaftlichen Gruppen mangelhaft ist. Von Michael Wüstel, der die Geschäftsstelle der CGW übernommen hat, wurde die Bereitschaft signalisiert, eine professionelle Pressearbeit aufzubauen. Ob er mangels Zuspruch inzwischen resigniert hat, weiß ich nicht.

Die Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht zu Maastrichter Verträgen waren ein Thema für die Massenmedien, aber auch für die Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaften. Sie haben dem FDP-Politiker Manfred Brunner und auch den Grünen-Europaparlamentariern Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Claudia Roth, Wilfried Telkämper und Hiltrud Breyer und ihren Rechtsanwalt Christian Ströbele Sympathien und einen relativ hohen Bekanntheitsgrad eingebracht. In FOCUS (32/93) ist zu lesen: "Der Bonner Staatsrechtler Fritz Ossenbühl, einer der angesehensten seiner Zunft, sieht deshalb in dem bevorstehenden Karlsruher Richterspruch einer der 'wichtigsten Gerichtsentscheide, die unter der Geltung des Grundgesetzes getroffen worden sind'. ... Einzig Manfred Brunner habe aufgepaßt, lautet die Laudatio des Rechtsprofessors: 'Der Brunner ist ein Held. Er hat seine Karriere aufgegeben, im Kampf um Maastricht. Sonst wäre Deutschland sang- und klanglos untergegangen.'"

Der wesentlichste Teil der Maastrichter Verträge ist die Währungsunion. Wo waren wir - die wir uns als Spezialisten in Sachen Währung verstehen - in dieser Auseinandersetzung? Das, was wir im stillen Kämmerlein gedacht haben, gilt nicht, weil es nicht öffentlichkeitsrelevant ist. Dirk Löhr (Sozialwissenschaftliche Gesellschaft hat eine Studie zum Thema Maastricht

unter dem Titel "Europäische Zentralbank - Europäische Währungsunion: Das Ende der Stabilitätskultur" vorgelegt. Dieser Beitrag wurde in der Zeitschrift für Sozialökonomie (93.Folge /Juni 92) und als Schrift der SG veröffentlicht. Sicher finden sich auch Beiträge im DRITTEN WEG und den anderen freiwirtschaftlichen Publikationen. Diese Veröffentlichungen haben aber offensichtlich auf kurzzeitig ablaufende rechtliche und politische Vorgänge keinen Einfluß. Oder ist das zu pessimistisch gesehen, weil über von der Allgemeinheit nicht wahrgenommene Wege doch unsere schriftlichen Stellungnahmen zu jenen gelangen, die sich ein Urteil bilden müssen?

Im Oktober 1992 habe ich meine „Verfassungsbeschwerde über die Entmündigung bei der Formulierung und Verabschiedung der fälligen neuen Verfassung und Antrag auf einstweilige Anordnung der Unterlassung der Ratifizierung der Maastrichter Verträge zur Europäischen Währungsunion durch den Deutschen Bundestag“ beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die Landtage, der Bundesrat, der Bundestag, das Europaparlament, die Verfassungskommission u.a. haben Kopien meiner Klage erhalten. Das Verfassungsgericht hat als Anlagen Karl Walkers Neue Europäische Währungsordnung und die oben angeführte Stellungnahme von Dirk Löhr erhalten. In der Beschwerde habe ich die verfassungsrechtlichen Passagen aus meinem Schriftsatz Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik vom Oktober 1989, der an den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank gegangen ist, übernommen.

Im STERN 40/92 hatte ich den Artikel „Die Menschen blicken nicht durch“ gelesen. Es handelt sich um ein Interview mit dem entlassenen EG-Kabinettschef Manfred Brunner. Es wurde berichtet, daß Brunner eine D-Mark-Partei gründen wolle. Eine Überlegung, die ich persönlich nicht für erfolgversprechend hielt. Ich habe Brunner am 3.11. 92 angerufen und ihm berichtet, daß ich mich bezüglich der Maastrichter Verträge an das Bundesverfassungsgericht gewendet hätte. Aus seinen Reaktionen am Telefon war eindeutig abzuleiten, daß er diesen Gedanken bis dahin noch nicht gehabt hatte. Er bat um Zusendung von Kopien meiner Unterlagen, die ich ihm auch postwendend zugesandt habe. Eine Rückmeldung oder ein Dankeschön habe ich nicht erhalten. Daß ich den Impuls für die Verfassungsbeschwerde der grünen Europaparlamentarier ausgelöst habe, ist wahrscheinlich. Einmal habe ich, wie berichtet, dem Europaparlament eine Kopie meiner Verfassungsbeschwerde eingereicht zum ändern besteht zwischen den Europaparlamentariern und der IDEE (Initiative Demokratie Entwickeln) in Bonn meines Wissens ein enger Kontakt. Am 24. 11. 92 erhielt ich folgenden Brief von Thomas Mayer (IDEE): „... herzlichen Dank für die Verfassungsbeschwerde, die Sie uns zugesandt haben. Uns interessiert sehr, wie es damit weitergeht, da wir auch mit dem

Gedanken an dergleichen spielen. Wissen Sie, daß die Bayernpartei auch eine Verfassungsbeschwerde eingereicht hat?“

Ich habe dann der IDEE eine Kopie der Antwort des Bundesverfassungsgerichtes vom 13. 11. 92 zugesandt. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die Beteiligung des einzelnen Bürgers an der Formulierung des Verfassungsentwurfes und die Beteiligung an der Wahl der Verfassungskommission und ein Recht auf die Beteiligung an der Abstimmung über die Verfassung vom Verfassungsgericht nicht als ein grundrechtsähnliches Recht gesehen wird. Das ist zwar eine merkwürdige Auffassung davon, was Demokratie ist; aber ich mußte das erstmal so hinnehmen. Da die Massenmedien, die Verbände und Parteien die Verdrehung demokratischer Prinzipien nicht sehen, kann man vorerst nur fluchen, aber nichts Konkretes dagegen unternehmen. Anders war die Nachricht des Bundesverfassungsgerichtes zu der Beschwerde gegen die Maastrichtverträge. Hier war ich mit meiner Verfassungsbeschwerde zu früh gekommen. Hier war erst die Zustimmung des Bundestages zu den Verträgen erforderlich aber noch nicht die Ausfertigung durch den Bundespräsidenten und die Verkündung erforderlich.

Da ich nach der Verabschiedung der Verträge durch den Bundestag wußte, daß andere Beschwerden zu den Maastrichtverträgen dem Verfassungsgericht vorlagen und ich meine Bedenken ja vorgetragen hatte, fühlte mich moralisch nicht mehr zu einer persönlichen Verfassungsbeschwerde verpflichtet. "Es war mir ein Stein vom Herzen genommen", denn die Klage hätte mich in verschiedener Hinsicht stark belastet. Aus strategischen Gründen sah ich für eine Klage durchaus noch einen Bedarf, einmal, weil so präzise Einwände gegen die Währungsunion, wie wir sie hätten vortragen können, von anderen nicht formuliert werden können (Dies ist kein Satz, der von Hochmut geprägt ist, sondern von Einsicht.), zum anderen, weil damit unser Anliegen mehr als bisher in die Öffentlichkeit transportiert worden wäre. Nur leider ist es so, daß unsere strategischen Fähigkeiten und Möglichkeiten im Verhältnis zu unseren riesenhaften Ideen zwerghaft entwickelt sind. Ich habe im Geiste mir bekannte Personen und Organisationen Revue passieren lassen und kam zum Schluß, daß ich mit Mitstreitern und Förderern nicht rechnen kann.

Wenn die Wissenschaft das Buch „Neue Europäische Währungsordnung / Indexwährung * flexible Wechselkurse * Europa-Mark“ von Karl Walker aus dem Jahr 1962 zur Kenntnis genommen hätte, dann wäre eine gründlichere Vorbereitung des Euro-Projektes möglich gewesen und wir würden dann nicht von neuen Ängsten und Schuldgefühlen geplagt. Mein Brief an den Zentralbankrat mit diversen Anhängen ist zu finden unter der Ziffer 5.0 mit dem Titel:

GLASNOST und PERESTROIKA
in der
WÄHRUNGSPOLITIK
Anmerkungen und Anfragen
zur Währungsverfassung und den Wirkungen
der Politik der Deutschen Bundesbank
- Ein Brief an den Zentralbankrat -
von
Tristan Abromeit
Mardorf am Steinhuder Meer im Oktober 1989

Eine blühende Wirtschaft, die allen dient,
bedarf einer soliden Währungsbasis

Am 12. November 2010 war in der HAZ unter der Schlagzeile: *Frauen-Uni würdigt Merkel* zu lesen, daß sie in Südkorea die Doktorwürde verliehen bekommen hat. >Ausgezeichnet wurde die deutsche Kanzlerin für „herausragende Leistungen“ in ihren öffentlichen Ämtern, vor allem für ihre Bemühungen um gesellschaftlichen Zusammenhalt, Frieden und Umweltschutz.< Ich gönne der Bundeskanzlerin ohne einen Funken Neid oder Häme die Auszeichnung. Nur muß man diesen Vorgang auf dem Hintergrund sehen, daß eine funktionierende Währungsverfassung sowohl bei uns wie in anderen Wirtschaftsräumen eine Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaften, den Frieden zwischen den Völkern und die Entwicklung eines nachhaltigen Umweltschutzes ist, aber bisher noch jede Bundesregierung und jeder Bundestag eine Aufklärung dieses Problemkomplexes nicht nur nicht in Angriff genommen, sondern verhindert hat. Wer schon einmal versucht hat, auch nur ein Problembewußtsein über den Parteienweg in das Parlament oder die Regierung zu transportieren, kann davon ein Lied singen. Wer versucht über den Petitionsweg hier etwas in Gang zu bringen, wird bestenfalls erfahren, daß die befragten Ministerien geantwortet hätten, daß der Petent Unsinn vorgebracht hätte. Aber die Ministerien in dieser Angelegenheit zu befragen ist so, als würde ein Atheist im Priesterseminar um eine Argumentationshilfe nachfragen.

Die Schwierigkeiten fangen doch schon mit der Definition des Geldes an. Da werden Forderungen auf (Bar-)Geld, das sogenannte Giralgeld, in die Definition von Geld hineingenommen. Das ist so, als wenn ein Buchhalter ausstehende Forderungen als einen Kassenbestand ausweist. Auch Geldübertragungstechniken – wie der Gebrauch von Scheckkarten - werden häufig als Geld bezeichnet. Und dies ist so, als wenn man die Bierflasche als Bier betrachtet. Denn Banken wird nachgesagt, sie könnten Geld schöpfen, aber wenn sie es wirklich könnten,

müßten ihnen die Staatsanwälte doch mehr auf die Pelle rücken als den Fälschern von Banknoten. Das Schlimme ist die Schizophrenie der meisten Bankleute. Der Schöpfungstheorie folgend glauben sie – so wie Christen die jungfräuliche Geburt Jesu -, daß sie Geld schöpfen können, wenn man aber einem praktischen Nachweis fordert, verneinen sie diese Möglichkeit.

Ich habe schon erwähnt, daß Milton Friedman für die Wiedereinführung der Quantitätstheorie den Nobel-Preis erhalten hat und daß in der Freiwirtschaftsschule – die nebenberuflich von Bürgern¹³ mit den verschiedensten Berufen getragen wurde und wird, dieses Wissen durch die Zeit getragen hat. Die Quantitätstheorie¹⁴ des Geldes besagt, daß ein stabiles Preisniveau (in dem die Einzelpreise sich bewegen können) von dem Gleichgewicht zwischen der Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit (Umschlaghäufigkeit oder Ausnutzungsgrad des Geldes) und der Gütermenge abhängt. Da die Güter- und Leistungsmenge eine Stromgröße ist, die nicht unmittelbar beeinflußbar ist, muß das Gleichgewicht von der Seite des Geldkreislaufes her gesichert werden. Hierzu ist aber erforderlich, daß eindeutig feststeht, was Geld ist und zum ändern muß die Zentralbank ein Instrument haben, daß die Konstanz des Umlaufes des Geldes sichert (Umlaufsicherung des Geldes.) Eines der Probleme der heutigen Zentralbanken ist, daß sie zwar wissen, wie viel Geld sie in den Verkehr gebracht haben, sie wissen aber nie, wie viel davon nachfragewirksam umläuft. Und da eine Deflation zu Recht mehr gefürchtet wird als eine Inflation, geben sie eher zu viel Geld über den Bankenapparat in die Wirtschaft als zu wenig. Nun wäre es verwunderlich, wenn es keine Zweifel an der Quantitätstheorie gäbe. Aber wenn sie nicht richtig wäre, gäbe es keine rationale Basis für eine brauchbare Währungspolitik. Gute Ergebnisse wären dann ein Glücksfall oder ein Geschenk der Götter. Um überhaupt die Preisniveaustabilität messen zu können, ist natürlich ein Meßinstrument erforderlich. Dieses Meßinstrument nennt sich Preisindex, der mit Hilfe eines Warenkorbes gebildet wird. In der letzten Zeit tauchen Zweifel an der Korrektheit der Handhabung dieses Meßinstrumentes auf.¹⁵ In der Tat besteht die Gefahr, daß Regierungen und auch Zentralbanken durch die Manipulation des Index eine Inflationsrate nach unten korrigieren wollen. Es ist daher erforderlich, daß die Institution, die für die Messung verantwortlich ist, von Regie-

13 Leider noch zu wenig Frauen, obwohl Gesell vielleicht der erste Ökonom war, der die Frau in seinem Denken einbezogen hat. Ich weise aber auf Prof. Margrit Kennedy hin, die von Steyerberg aus die Welt in Sachen Regionalwährungen bereist. („Geld ohne Zinsen und Inflation“, 2006), auf Silvie Führer mit ihrem Märchenroman „Die Münze Nuria“ und auf Wera Wendnagel, die sozusagen ein Kind eines Geldexperimentes aus der Weimarer Zeit ist. Ihr Buch trägt den Titel „Mariannes Vermächtnis oder wie mir meine Mutter die Freiwirtschaft vererbte“.

14 Mein verstorbener Freund Elimar Rosenbohm hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es sich eigentlich nicht um eine Theorie, sondern um eine Tatsachenbeschreibung handelt.

15 Zum Beispiel in dem Buch „Zu Geld und Ökonomie“ von Simon Bichlmaier, 2009.

rungen und von den Zentralbanken unabhängig ist.

Aus der Quantitätstheorie ergibt sich aber auch, daß die Staatsverschuldung, sofern sie nicht mit Hilfe der Notenpresse betrieben wird, ein Geldsystem nicht gefährden kann. Denn alles, was der Staat in Geldform ausgibt (direkt oder Transferleistungen), muß er vorher über Steuern oder über Anleihen jenen endgültig oder leihweise¹⁶ wegnehmen, die legitime Ansprüche auf Güter im Markt haben (nichts anderes ist Geld). Es findet also keine Verwässerung der Kaufkraft des Geldes statt. Aus diesen Überlegungen ergibt sich aber auch, daß die Verschuldungsgrenze für die Euro-Mitgliedsländer im Maastricht-Vertrag kein Sicherungsinstrument für den Euro ist. Daß die Staatsverschuldung trotzdem ein Problem ist, wird dabei nicht übersehen. Daß eine hohe Verschuldung von Staaten trotzdem Währungsturbolenzen auslösen können, hängt meines Erachtens einmal damit zusammen, daß den Notenbanken immer noch erlaubt wird, in den Devisenmarkt interventionistisch einzugreifen und damit eine Vorlage für die privaten Spekulationen gibt und auch an dieser Stelle die nicht vorhandene Umlaufsicherung des Geldes sowohl national wie international nicht vorhanden ist. Hier müßte ich auf den IVA (Internationale Valuta Assoziation) von Gesell und auf den Bancor von Keynes eingehen. Das führt an dieser Stelle nicht nur zu weit, sondern ich müßte mich selbst erst wieder in das Thema einlesen.

Die Verweigerung von Aufklärung heute bedeutet Krieg morgen

Inzwischen taucht der Begriff Währungskrieg in der Presse wieder auf. Milder ausgedrückt heißt das dann „Notenbanken auf getrennten Wegen – Die Fed dreht den Geldhahn auf – die EZB beginnt zu bremsen.“ Dem Ersten und Zweiten Weltkrieg gingen auch Währungskriege voraus. Im ersten Weltkrieg war es die Situation, daß in einem auf Gold basierten Währungssystem wachsende Volkswirtschaften auf Exportüberschüsse angewiesen waren, damit sie Gold in den Keller legen konnten, um mehr Banknoten in den Umlauf zu bringen. Da der eine aber nur einen Überschuß haben kann, wenn der andere einen Unterschuß (also mehr importiert als exportiert hatte) war der Krieg vorprogrammiert. Der eigentliche Grund mußte – da er auch von der Mehrheit nicht verstanden wurde – mit anderen Motiven verschleiert werden. Der Zweite Weltkrieg, der ja auch als Fortsetzung des ersten verstanden wird, begann in seiner kalten Phase ja schon vor der Hitlerzeit (oder anders: Die Nazis waren das Ergebnis des

¹⁶ Eigentlich müßte man „mietweise“ sagen, da die Leihe unentgeltlich ist und für Anleihen Zins gezahlt wird.

kalten vorgelagerten Kriegen. Die Goldlobby hatte es fertig gebracht, daß die Währungsverwaltung des demokratischen Staates hochverzinsliche internationale Kredite aufgenommen hatte, um damit Gold zu kaufen und es wiederum in den Keller zu legen. In der dann auftretenden Weltfinanzkrise wurden die Kredite gekündigt, die Notenbank sah sich gezwungen, das Gold wieder zu verkaufen und aufgrund ihrer verbohrten falschen Theorien, die Geldmenge nach unten anzupassen. Was dann in der Deflation geschah, ist bekannt, wird aber meistens einem überbordenden Nationalismus und Antisemitismus zugeschrieben. Dieser Goldwahn, gegen die Freiwirte mit wenigen etablierten Professoren vergeblich angekämpft haben, dessen Folgen noch heute in Holocaustgedenkveranstaltungen gegenwärtig sind, spukt schon wieder zu vielen Menschen als Rettung vor dem Währungswirrwah in den Köpfen herum. Von Weltbank-Präsident Robert Zoellick berichtet die HAZ am 9. 11. 2010: >Gold könne dabei „ein internationaler Referenzpunkt für die Markterwartungen bezüglich Inflation, Deflation und dem Wert der Währungen sein.“< Vertritt Zoellick die Interessen der USA, die wahrscheinlich noch eine Menge Gold im Fort Knox liegen haben und sicher gerne zu einem möglichst hohen Preis an den Mann bringen möchten. Das Gold ist eine Ware mit schwankenden Preisen und außer für Schmuck und Zahnkronen wenig nützlich. Wenn die Notenbanken ihre Goldvorräte abstoßen würden, würden die Preise für Gold in den Keller gehen. Außerdem ist das Gold so ungleichmäßig auf der Welt verteilt, daß es sofort neue Konflikte gäbe, wenn es wieder in den Währungen eine Rolle spielen würde.

Deutschland wird ja wegen seiner Exportüberschüsse kritisiert (es exportiert mehr als importiert), der Vorwurf ist aber nur dann gerechtfertigt, wenn der Überschuß, der sich ja in Geld ausdrückt, nicht über den Kreditweg oder durch einen Transferweg (z.B. Entwicklungshilfe) an Drittländer weitergeleitet wird und somit dort als Nachfrage wirksam wird, wo er entstanden ist. IVA und Bancor waren ja schon die – von mir nicht ausgefüllten – Stichworte. Vorhin kam eine Mail von Attac herein, darin wird eine globale Verrechnungseinheit Globo ins Spiel gebracht. Ich werde gleich noch aus der Meldung zitieren. Ich möchte aber vorher auf die Ursache der starken Exportorientierung Deutschlands eingehen. Diese wurde angelegt, als für uns Deutschland noch die alte BRD war. Die BRD war in einem System der fixierten Wechselkurse, die im Abkommen von Bretton Woods verankert waren, eingebunden.

<http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/bretton-woods-abkommen/bretton-woods-abkommen.htm>

Diese Wechselkursfixierung brachte es mit sich, daß die DM im Verhältnis zum Dollar unterbewertet war. Weil die Bundesbank verpflichtet war, die Dollar zu dem überhöhten Kurs anzukaufen, bekamen die deutschen Exporteure und die ausländischen Investoren für jeden Dollar der letztlich bei der Bundesbank landete eine Prämie. Da aber nichts von nichts kommt oder daß den Gewinnern auch immer

Verlierer gegenüber stehen, ist die Frage: Wer waren die Verlierer? Da der Ankauf der Dollar zu einer Vermehrung des Geldumlaufes führte, war die Folge eine Inflationierung der DM. Die Verlierer waren also alle, die nicht am Export verdienten: Unternehmer, Arbeitnehmer und Rentner. Es war somit eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen zu Gunsten der Exportwirtschaft. Außerdem war es die Ursache für die überschäumende Konjunktur mit der Folge, daß Gastarbeiter ins Land kommen mußten. Ich zitiere jetzt aus dem schon erwähnten Buch von Karl Walker aus dem Jahr 1962 mit dem Titel „Neue Europäische Währungsordnung“ folgenden Abschnitt (ohne Hervorhebungen und Fußnote)

Die Alternative zur bisherigen Währungspolitik

Um nun aber diesen Teil unserer Überlegungen nicht abzuschließen, ohne wenigstens die Alternative zur bisherigen "Währungspolitik noch kurz skizziert und insbesondere ihre Konsequenzen sichtbar gemacht zu haben, wäre jetzt der Unterschied zwischen dem Bisherigen und den projektierten anderen Möglichkeiten noch etwas markanter herauszustellen:

Wenn es nach der derzeitigen "Währungsverfassung und nach dem Abkommen von Bretton Woods bisher üblich war, die Wechselkursstabilität zu respektieren und die Geldschöpfung der Notenbank vom Devisenangebot bestimmen zu lassen, wird es beim System der Indexwährung darauf ankommen, die Kaufkraftstabilität zu respektieren und in diesem Sinne die Geldschöpfung der binnenwirtschaftlichen Wertschöpfung anzupassen.

Die Notenbank hätte unter diesem System keine andere Aufgabe als die: die einheimische Volkswirtschaft mit dem für den Binnenmarkt erforderlichen Zahlungsmittelumlauf zu versorgen. Die Grundsätze der Indexwährung, bei zunehmender Güterproduktion und etwa einsetzendem Druck auf das Preisniveau die Geldmenge zu vermehren, und im umgekehrten Fall, bei offensichtlichem Übergewicht der monetären Nachfrageentfaltung gegenüber einem nicht mitkommenden Güterangebot die Geldmenge zu drosseln, wurden schon dargelegt (s. S. 20 ff.). Geldschöpfung und Mengenregulierung stünden beim System der Indexwährung also ausschließlich im Dienste der Sicherung der Kaufkraft des Geldes.

Dieses System schließt den Außenhandel nicht aus. Für den ausländischen Interessenten an inländischen — in unserem Exempel an deutschen — Erzeugnissen, Waren, Maschinen usw. ist entscheidend, was diese Güter am Markt des Ursprungslandes in der Währung dieses Landes kosten. Er wird demgemäß, wenn er deutsche "Waren kaufen will, vor der Frage stehen, was diese Waren in D-Mark kosten. Und danach wird er überlegen müssen, wie er zu dem in Betracht kommenden D-Mark-Betrag gelangen kann. Das ist aber nach den Klassikern der Nationalökonomie noch nie ein Problem gewesen — wenigstens nicht, solange die Politiker die Finger davon gelassen haben; es ist eine Frage des Preises, des Handelns, es entscheidet sich auf dem Devisenmarkt, der nicht von fixen Wechselkursen abhängig ist.

Wenn irgend etwas in einer freiheitlichen Ordnung ganz sicher ist, dann ist es dies, daß sich auf jedem Markt nicht nur die Leute einfinden, die etwas haben möchten, sondern auch jene, die etwas anzubieten haben. Auf dem Devisenmarkt werden sich also Angebot und Nachfrage von Mark und Dollar, Pfund und Gulden, Franc und Lira und Kronen usw. begegnen; und so wird es Sache des Marktes sein, herauszubilden, zu welchem Kurs oder

- 51 -

Preis der Holländer oder Schwede die Deutsche Mark bekommen soll, die er für den Erwerb der deutschen Erzeugnisse benötigt.

Das mögen nun zwar mehr oder weniger nationalökonomische Gemeinplätze sein. Da aber unsere Experten manchmal den Wald vor Bäumen nicht mehr sehen, kann zuweilen auch eine Repetition von Elementarsätzen noch einmal nützlich sein. Der charakteristische und entscheidende Unterschied gegenüber den bisherigen Gepflogenheiten liegt nämlich bei unseren Prinzipien darin, daß der Empfänger des D-Mark-Betrages, für den er einem deutschen Kaufmann oder Unternehmer einen beliebigen Betrag (Gold oder) Devisen gegeben hat, seinen D-Mark-Betrag aus dem deutschen Markt herausgekauft haben muß. Das bedeutet, daß sein deutscher Kontrahent bei diesem Devisenhandel seinen eigenen Anspruch an den deutschen Markt gegen einen Anspruch an den französischen oder holländischen oder schwedischen Markt verkauft hat. Das ist, wie schon oben gesagt, gegenüber der bisherigen Praxis, wonach die Notenbank - ohne die Wirtschaft zu befragen - in der Form geschöpften Geldes zusätzliche Ansprüche an die deutsche Industrie einfach in unbegrenztem Umfang gegen Gold und Devisen „verkaufen“ kann, ein währungspolitisch sehr bedeutungsvoller Unterschied.

Niemals werden nach unserem Prinzip zusätzliche, mit neugeschöpftem Geld zur Wirksamkeit erweckte Ansprüche auf das binnenwirtschaftliche Produktionsvolumen in Bewegung gesetzt, sondern es werden hier nur bereits vorhandene legitime Ansprüche der Verfügungsberechtigten in genauer Höhe der umgewechselten D-Mark-Beträge lediglich gegen Ansprüche an das Ausland ausgetauscht. Dadurch entsteht keine inflationistische Aufblähung der Nachfrage wie aus der Geldvermehrung der Notenbank; folglich entfällt auch die Notwendigkeit, mit Abschöpfung von „Liquidität“ die Geldvermehrung zu Lasten Dritter zu korrigieren.

Sicherlich ist bei der Aufstellung des Abkommens von Bretton Woods wie auch beim späteren Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Abkommen die volle Tragweite und Konsequenz der getroffenen Wechselkursregelungen nicht erkannt worden. Dennoch aber ist es ein erstaunlicher Vorgang, daß sich eine Konstruktion, die einer Notenbank erlaubt, mit ihrer Geldschöpfung Ansprüche gegen den inneren Markt in unbegrenztem Umfang für ihre Devisenthesaurierung mit der Notenpresse zu finanzieren, überhaupt so lange halten konnte. Es ist ein Vorgang, der nur so zu erklären ist, daß die Notenbankpraxis offenbar jeden theoretisch fundierten Kontakt zu einer währungspolitischen Leitvorstellung verloren hat und nur noch in

pragmatischem Weiter-Improvisieren operiert. Auf dieser Grundlage — die sich aus der kritiklosen Übernahme der Prinzipien von Bretton Woods anbietet

- 52 -

oder einfach ergibt -, kann eine Neuordnung nicht möglich sein. Deshalb müssen auch die Bemühungen um den Gemeinsamen Markt nunmehr mit Bemühungen um die Ordnung des Geldwesens in ein neues Stadium gebracht werden.:

Als ich 1966 meine Abschlußarbeit an der AWP über die Flexiblen Wechelskurse als Instrument des Zahlungsbilanzausgleichs schrieb, mußte ich mit meiner Argumentation für flexible Wechselkurse gegen die Lehrmeinung der Prüfer anschreiben. Diese sahen darin einen „Weltuntergang“.

Zu dem Thema der Ungleichgewichte noch ein Auszug aus der Attac-Pressemitteilung vom 12. Nov. 2010:

"Die harten Realitäten der ökonomischen Konkurrenz haben die Grenzen der G20 gezeigt", stellte Peter Wahl fest. Wenn es um die Eigeninteressen der jeweils nationalen Wirtschaft gehe, sei schnell Schluss mit der Harmonie. Darüber könne auch die wohlklingende Diplomatenlyrik in der Abschlusserklärung nicht hinwegtäuschen. "Besonders negativ ist die Selbstgerechtigkeit aufgefallen, mit der Angela Merkel den deutschen Exportwahn rechtfertigte."

Immerhin sei das Thema globale Ungleichgewichte aber nicht mehr vom Tisch zu bekommen. So soll eine Arbeitsgruppe bis zum nächsten Gipfel in Frankreich Kriterien dafür entwickeln, was unter "exzessiven Ungleichgewichten" verstanden werden soll. Der internationale Druck auf die Bundesregierung bleibt damit aufrechterhalten. Zur Lösung der globalen Handelsungleichgewichte forderte Attac erneut eine Ausgleichsunion (Clearing Union) mit einer globalen Verrechnungseinheit (Globo). "Eine solche Verrechnungseinheit, verbunden mit Sanktionen für Handelsbilanzüberschüsse und -defizite wäre ein Gewinn für alle Staaten", betonte Detlev von Larcher vom Attac Koordinierungskreis.

Warum lösen wir (oder die Welt) das Problem nicht so oder ähnlich, wenn es möglich ist? Es ist schwer zu sagen. Da spielen sicher Gewohnheiten und auch Interessen am jetzigen Zustand eine Rolle. Der Hauptgrund wird sein, daß man ja wenigstens das ABC beherrschen muß, wenn man ein Gedicht oder gar einen Roman schreiben will. Im Währungsbereich herrscht bei einer großen Mehrheit bei uns und in der Welt aber der währungstheoretische Analphabetismus vor. Dabei kann man von Gedanken von Erhard wie auch von Gesell ableiten, daß ohne Verständnis für die Währung keine sinnvolle Wirt-

schaft zu gestalten ist und in Folge die Demokratie ein politischer Kümmerling bleibt. Oder mit Gedanken von Franz Oppenheimer formuliert: Ohne Lösung der ökonomischen Probleme bleibt auch der Verfassungsstaat ein Klassenstaat und die Parteien sind dann Ausdruck dieses Klassenstaates.

<http://www.franz-oppenheimer.de/staat0.htm>

Von dem nachfolgenden Interview von Michael M. Grüter mit dem „Wirtschaftsweisen“ Peter Bofinger in der HAZ vom 12. 11. 2010 wollte ich erst nur ein Zitat bringen. Da ich Bofinger mit seiner ganzen Aussage besser gerecht werde und weil sich der Text als Ganzes verständlicher kommentieren läßt, folgt das ganze Interview.¹⁷

„Wir sollten mehr Geld ausgeben“

Im Gespräch / Hannoversche Allgemeine Zeitung, 12. 11. 2010

Der Wirtschaftsweise Peter Bofinger
warnt vor hohem Leistungsbilanzüberschuss

*Herr Bofinger, wer sitzt auf dem G-20-Gipfel in
Südkorea auf der Anklagebank?*

Es gibt zwei Linien. Viele Schwellenländer des DollarRaums wehren sich gegen den Versuch der USA, mit extrem expansiver Geldpolitik ihre Konjunktur am Laufen zu halten. Diese Länder haben drei unangenehme Alternativen. Entweder werten sie ihre Währung auf und bremsen ihre Exporte, oder sie senken ihre Zinsen, um den Zustrom von Dollar zu bremsen, und überhitzen ihre Konjunktur. Schließlich können sie auch Dollar-Reserven anlegen, die aber wahrscheinlich entwertet werden. Eine andere Linie richtet sich gegen exportstarke Länder. Da sticht Deutschland hervor, weil unser Leistungsbilanzüberschuss bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt besonders hoch ist.

Kann zu viel Leistung schaden?

Die Leistungsbilanz weist nicht nur die Leistungskraft eines Landes aus, sondern auch sein Ausgabeverhalten. Einen Leistungsbilanzüberschuss erzielt ein Land dann, wenn es mehr einnimmt als es ausgibt. Und da liegt das Problem. Deutschland und China verhalten sich einfach wie die Dagobert Ducks der Weltwirtschaft. Was unsere Kanzlerin nicht versteht, ist, dass niemand verlangt, dass wir weniger leisten. Unser Problem ist, dass wir nicht genug ausgeben.

¹⁷ Und für die HAZ ist es eine bessere Werbung, als wenn sie versucht, mit Werbegeschenken neue Leser zu finden.

Kommen China und Deutschland auf vergleichbare Weise zu Überschüssen?

Es ist ein ähnliches Phänomen. Beide Länder haben einen sehr schwachen Konsum. In China ist das noch ausgeprägter.

Die Konsumquote der Chinesen liegt bei 35 Prozent.

So ist es. Und vor zehn Jahren lag sie in China noch bei 50 Prozent des Inlandsproduktes. In Deutschland ist der Rückgang deutlich geringer, die Konsumquote liegt bei 57 Prozent des Volkseinkommens. Aber unsere Lage kennzeichnet, dass der private Konsum seit zehn Jahren stagniert. In den letzten zehn Jahren hat man politisch alles dazu beigetragen, dass die Löhne nicht richtig steigen, unter anderem durch die Liberalisierung der Leiharbeit und den Verzicht auf einen gesetzlichen Mindestlohn.

Auch unsere Investitionen gingen zurück.

Genau. Die Investitionstätigkeit in Deutschland ist bei der öffentlichen Hand, den Privaten, aber auch in den Unternehmen schwach. Die Nettoinvestitionsquote hat sich in den letzten zehn Jahren halbiert auf vier Prozent. Damit riskieren wir die Grundlagen unserer Wettbewerbsfähigkeit.

Es ist ja nicht eine böse Zumutung, wenn Obama erwartet, dass Deutschland sein Ausgabeverhalten verändert. Wir haben ja auch davon profitiert, dass die USA lange Wachstumslokomotive der Weltwirtschaft waren.

Deutschland steht gut da. Warum sollen wir den Kurs ändern?

Weil wir nicht allein auf der Welt sind. Wir haben zwei Möglichkeiten: Entweder wir überlegen uns, wie wir mehr Geld ausgeben können. Wenn wir das nicht machen, werden die Amerikaner so lange ihre Geldbestände aufblähen, bis bei uns die Exporte einbrechen. Auch dann wären wir auf die Binnennachfrage verwiesen. Es wäre doch besser zu überlegen, was wir freiwillig tun können.

Interview: Michael M. Grüter

Meine Anmerkungen und Fragen dazu:

Wenn die USA-Notenbank das Dollar-Bargeld wirklich massiv erhöht, ist zu fragen welche Wirkungen das hat, wer den Nutzen zieht und wer den Schaden zu tragen hat. Wenn die Inflationsrate bei 5% p.a. gehalten wird und alle auf Geld lautenden Verträge indexgebunden würden – also wertmäßig bei Fälligkeit auf dem Abschlußtag umgerechnet würden, könnte man das noch als ein einigermaßen korrektes System der Umlaufsicherung des Geldes (mit Nebenwirkungen) bezeichnen. Die Wirkung wäre, daß brachliegendes (gehortetes) Geld das tut,

wozu es da ist, nämlich Nachfrage zu halten. Der Effekt wäre eine Steigerung der Beschäftigung. Aber es ist unwahrscheinlich, daß man so vorgehen wird, weil man vermutlich noch ein zweites Ziel verfolgt, nämlich a) die Entschuldung des Staatshaushaltes und eine Erleichterung der Hypothekenlast der überschuldeten Hauseigentümer. Der Schaden liegt bei den us-internen und us-externen Gläubigern. Aber auch die Steuerzahler würden zur Kasse gebeten, - sofern es dort ein Steuersystem mit progressiven Steuersätzen bei steigendem Einkommen gibt. Einen Vorteil hätten die US-Exporteure, weil sie bei einem dann sinkenden Dollarkurs gegenüber Fremdwährungen eine bessere Exportchance hätten. Einen Nachteil hätten alle binnenländischen Einkommensbezieher, weil ihr Einkommen real fällt und eine Anpassung – wenn überhaupt – nur mit zeitlicher Verzögerung vorgenommen wird. Ein neuer Grund für den inneren Unfrieden wäre damit in den USA vorprogrammiert. China könnte ein unangenehmer Handelspartner werden, wenn ihre Dollarreserven einen wesentlichen Wertverlust erleiden würden. Was noch schlimmer für die USA werden könnte, ist folgendes, wobei ich bemerken muß, daß ich keine klaren Vorstellungen davon habe, wie viel US-Dollar-Bargeld sich genau im Ausland befindet. (Die Suchmaschine ergibt zwar viele Links zu US-Schuldtitel im Ausland, aber mich interessiert hier das wertbestimmende Bargeld.) Da aber der US-Dollar die Funktion einer Weltwährung ziemlich lange unbestritten innegehabt hat - aber mit Unbehagen immer noch hat -, dürfte das Bargeldvolumen im Ausland möglicherweise genauso groß sein wie im USA-Inland. Abgesehen davon, das der Auslandsbestand an Dollars ein langfristiger zinsloser Kredit an die US-Volkswirtschaft war, denn dieses US-Bargeld stellt ja einen Anspruch auf Güter im US-Markt dar, kann es passieren, daß bei einer zu starken Inflationierung des US-Dollars dieses Geld im Sinne „Rette sich, wer kann!“ sich auf den Weg in die USA macht. Dort hätte man dann eine Inflation in einer Höhe, die man nicht wollte und auch nicht in Alpträumen geschaut hat.

Wenn die chinesische Währung, der Renminbi (Yuan), tatsächlich unterbewertet ist, dann hat das auch innerhalb der chinesischen Volkswirtschaft Verwerfungen zur Folge wie in der BRD zu jenen Zeiten, als die DM unterbewertet war. Gewinner sind die chinesischen Exporteure (egal ob privatwirtschaftlich oder staatlich organisiert), denn sie erhalten in diesem Fall beim Einlösen von Devisen aus dem Exporterlös mehr Yuan als die Devisen entsprechend ihrer Kaufkraft wert sind. Verlierer sind die chinesischen Binnenmarktakteure, denn sie können ihre Geldforderungen nur mit einem entwerteten Yuan einlösen. Wenn für die chinesische Notenbank ein Ankaufzwang besteht, führt das zu einer Geldaufblähung und damit zur Inflation. Es sei denn die chinesische Wirtschaft wächst im Tempo dieser Geldvermehrung mit und es wird

nicht auf andere Weise zusätzlich Geld in den Umlauf gebracht. Aber auch in diesem Fall streichen die Exporteure die Seigniorage (der Geldschöpfungsgewinn) ein. Wenn aber die Regierung die Devisen aufkauft und nicht an die Notenbank weitergibt, dann ist das eine eindeutige Subvention des Exportes zu Lasten der Nichtexporteure. Diese Manipulierung funktioniert nur bei einem System der fixierten Wechselkurse. In einem System flexibler Wechselkurse kann bei Abwesenheit von Notenbankinterventionen keine Spekulation eine Währung auf Dauer weder oberhalb noch unterhalb ihrer Kaufkraftparität mit anderen Währungen halten. Auf der www.china-Seite.de ist zu lesen:

Früher galt ein festes Verhältnis gegenüber dem Dollar: 1 Dollar = 8,28 Yuan. Inzwischen ist die chinesische Währung aber an einen Pool von westlichen Währungen gekoppelt.

Das System des fixierten Wechselkurses besteht auch dann, wenn eine Währung an einen Block von Währungen gebunden wird. Wenn die Fakten zur chinesischen Außenwirtschaft stimmen, dann betreibt die Chinesische Regierung einen Handelskrieg, der ihr aber nicht nur Feinde nach außen schafft, sondern auch nach innen. Aber die westliche Welt hat keinen Grund, dieses zu verurteilen, solange sie selbst mit indirekten und direkten Exportsubventionen und Abwehrröllen arbeitet. (Auch hier kann ein Grund liegen, daß der deutsche Export größer ist als der Import. Es muß gar nicht die Tüchtigkeit der deutschen Exportwirtschaft sein)

Wenn wir nun mehr Geld ausgeben sollen, um den Leistungsbilanzüberschuss abzubauen, ist zu fragen, wer ist mit *wir* gemeint und *wie* soll das gehen? Sicher kann man unsere Außenwirtschaft mit der Klammer „deutsche“ versehen und zusammen fassen. Aber die Überschüsse gehören nicht dem Fiskus, nicht der Summe der Menschen, die im Erwerbsleben stehen, sondern die Erträge aus dem Export fließen doch in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Und ob dann die Aktionäre ihre Dividende für Spekulationen oder für Einkäufe im Ausland einsetzen, darauf hat die Politik keinen Einfluß. Nun kann man Bofingers Aussagen ja auch so lesen, daß die Deutschen allgemein mehr Geld für die Ware aus dem Ausland, insbesondere aus den USA, ausgeben sollen. Nun, allgemein geht das schon gar nicht, weil die Einkommensentwicklung, die Steuerlast und vor allem die Zinslast den Arbeitnehmern, Produzenten und Rentnern nicht viel Spielraum für zusätzliche Einkäufe im Ausland lassen. Da der Zinslast ja auch der Zinsertrag gegenübersteht, aber Lasten und Erträge so verteilt sind, daß ein Überschuß bei nur einem Zehntel der Haushalte landet, könnte man dem Gewinner des Sys-

tems ja sagen, kauft im Ausland. Nur die Zinssystemgewinner sind doch Menschen mit vollen Kassen ohne Bedarf und setzen daher ihr Geld für Spekulationen und gut verzinslichen Wertpapieren zur Finanzierung des Staatsdefizites ein – mit der Wirkung, daß die Last der Verlierer immer größer wird. Was in diesem Zusammenhang die Sparquote soll, verstehe ich nicht. Da das Sparen nicht ein Horten ist, steht die Sparsumme nicht zur freien Verfügung für einen Abbau des Leistungsbilanzüberschusses. Aus der Sparquote speist sich das Kreditvolumen. Über den Kreditweg bleibt das gesparte Geld im Kreislauf und wird zur Nachfrage für den Konsum und für die Investition. Man könnte hier also nur zu den Kreditnehmern sagen: Kauft im Ausland oder kauft ausländische Waren. Selbst die Verfolgung dieser Empfehlung klappt nur im Einzelfall, weil auf diesem Weg vielfältige Hürden zu überwinden sind.

„Schwarzarbeit muss zur Weißarbeit werden“

Diese Forderung von Henkel wurde nach meiner Erinnerung nicht von ihm bei seinem Vortrag in Neustadt ausgesprochen, sondern ich las sie im Manager Magazin vom 14. 10. 2010 (Netzausgabe). Es folgt die Einleitung von Arne Gottschalck und Katja Zieroth und ein Zitat von Henkel:

Politikern würde Hans-Olaf Henkel vermutlich gern einiges ins Stammbuch schreiben. Aber auch ansonsten macht sich der ehemalige BDI-Präsident auf einer Veranstaltung in Barcelona ganz eigene Gedanken - mit Blick auf den Euro, aber auch auf den deutschen Arbeitsmarkt.

...

"Wir zahlen zuviel für Nichtarbeit. Es lohnt sich nicht, Geld zu verdienen. Die Schwarzarbeit muss zur Weißarbeit werden. Da muss der Staat ansetzen."

Als noch der Eiserne Vorhang bestand, wurde in den Medien über Schwarzmärkte berichtet, die sich immer wieder in den kommunistischen Kommandowirtschaften durchsetzten. Sie wurden als Beweis dafür angeführt, daß die Zentralverwaltungswirtschaften in den sozialistischen Ländern eine Fehlkonstruktion seien. Die Schwarzarbeit ist auch ein Schwarzmarkt für Arbeit, der aufgrund der Behinderungen, die den freien Märkten für Arbeit durch die staatliche Abgabenlast des Staates entgegen stehen, sich bildet. Die Schwarzarbeit ist also ein eindeutiges Signal, daß etwas in unserer Wirtschaftsordnung nicht stimmt. Die Fehler im System können auf Dauer auch nicht mit moralischer und gesetzlicher Verurteilung der Schwarzarbeit behoben werden.

Als ich vor einiger Zeit im Fernsehen einen Einsatz von Zollbeamten auf einer Baustelle zur Überprüfung der Legalität der Arbeit sah, da habe ich ganz automatisch – also ohne bewertende gedankliche Durchdringung – diesen Vorgang einem Regime wie dem SED-Staat oder dem Nazistaat zugerechnet und nicht einer Gesellschaft, die sich als eine freie versteht.¹⁸ Die Möglichkeit, sich durch seine Hände oder mit Hilfe seines Kopfes die leibliche Existenz zu sichern, ist genauso ein unmittelbares aus der Natur sich ergebendes Recht, wie die Gleichberechtigung bei der Nutzung der Erde als Existenzvoraussetzung des Menschen. Ohne diese Rechte sind die Grundrechte nur schmückende Redewendungen in Sonntagreden und nicht tragenden Verfassungen. Jedes positive Recht, daß diese Basis der Grundrechte verweigert, trägt in sich das Zeichen des Unrechts. Die meisten „zivilisierten“ Länder sind in dieser Beziehung rechtlich gesehen Entwicklungsländer. Auch hier hilft bei der gedanklichen Durchdringung des Themas eigenes Erleben weiter. Als ich 1957 von Ostfriesland kommend mit meinem Faltboot in Trelleborg in Schweden landete - ich wollte die See einmal unmittelbar spüren und in Nordschweden im Wald arbeiten – bin ich als braver Bürger zur Paßkontrolle gegangen. Dort wurde ich gefragt, was ich in Schweden wolle. Von der Arbeit als Nutzen der Gemeinschaft überzeugt, sagte ich wahrheitsgemäß „arbeiten“. Ich wurde daraufhin gefragt, ob ich denn eine Arbeitsgenehmigung hätte. Ich war so perplex, das ich fragte, wozu ich denn so etwas bräuchte. Die Antwort, um in Schweden arbeiten zu dürfen, ohne Erlaubnis dürfe ich das nicht, aber als Urlauber könnte ich mich in Schweden aufhalten. Da ich das Wort Urlauber zwar kannte, aber den Inhalt nie selbst erfahren hatte, waren Urlauber für mich nur Leute, die nichts taten, also so gut wie faul waren. Die Vorstellung, daß Menschen abgewiesen wurden, die arbeiten, also den Schweden etwas Gutes tun wollten und Menschen, die „faul“ waren, willkommen geheißen wurden, war mir so befremdlich, daß ich mich tief gekränkt fühlte. Ich bin dann nach einigen Tagen mit der Fähre nach Travemünde zurückgefahren und habe dort durch Arbeit bei einem Bauern meine Reisekasse aufgefüllt. Wenn da einer gekommen wäre und zu mir gesagt hätte, das sei Schwarzarbeit, das dürfe ich nicht, wäre das für mich ein Grund gewesen, mich nach einem Land zu erkundigen, wo man ohne Genehmigung und ohne Abzocke durch den Staat arbeiten kann.

Ich weiß nicht, ob ich bis hierhin mit Hans-Olaf Henkel inhaltlich gleichziehe. Der Widerspruch zwischen uns tritt aber vermutlich dann auf, wenn wir den Begriff *Nichtarbeit* getrennt erläutern würden. Henkel denkt bei „zahlen für Nichtarbeit“ bestimmt an die Transferleistun-

¹⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkontrolle_Schwarzarbeit_der_Bundeszollverwaltung#Kontrolleinheit_Pr.C3.A4vention_KEP

gen für die Menschen, die nicht durch eine Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt verdienen können oder dürfen und durch Transferleistung ruhig gestellt werden. Und in der Tat liegt hier ja auch ein großes Problem, nicht nur für die Gesellschaft als Ganzes, sondern auch für die Betroffenen. Aber nicht einmal den Menschen, die sich auf die Nichtarbeit hier eingerichtet haben,¹⁹ kann man einen Vorwurf machen. Eine Gesellschaft, in der die Nichtarbeit einen höheren Anreiz hat als die Arbeit – weil sie unterbewertet oder abgezockt wird - ist einfach falsch gestrickt. Die Verantwortung hierfür liegt aber eindeutig bei den Sozialwissenschaften und der Politik, die sich als Leitbildproduzenten einfach verrannt haben. Soweit mag Henkel mir vielleicht auch noch zustimmen. Aber das klassische Verständnis von Einkommen aus Nichtarbeit sind ja nicht die Leistungen aus dem Sozialtransfers, sondern jene Erträge aus dem Kapitaleinkommen. Es sind die Einkommen, die die marktwirtschaftliche Ordnung zum Kapitalismus verfremden, das Leistungseinkommen mindern und letztlich die Gesellschaften durch die Akkumulations- oder Konzentrationsprozesse immer wieder im mörderischen Zusammenbruch enden lassen. Hier ist der Grund zu suchen, warum so viele Menschen den staatlichen Schutz suchen und sich in der Folge dadurch den Reglementierungen unterwerfen (müssen). Alles nur darum, um nicht dem immer wieder drohenden sozialen Absturz schutzlos ausgeliefert zu sein, der sonst als unvermeidbar erscheint. Für den Schutz vor dem sozialen Absturz verlangt der Staat aber eben ein Schutzgeld und zwar ohne verbindliches Versprechen, die Ursachen der Schutzbedürftigkeit der Bürger aufzudecken und zu beheben. Das über Steuern und Sozialabgaben zu zahlende Schutzgeld – für dessen Eintreibung viele Vollzugsbeamte benötigt werden – wird dann wieder als ungerechte Bedrohung der eigenen Existenz empfunden. Die Schwarzarbeit wird dann berechtigt als Abwehr dieser Bedrohung, die aus dem Schutz durch Zwangskollektive resultiert, empfunden.

Nun gibt es ja viele Rechtfertigungstheorien für den Kapitalertrag. Die meisten Wirtschaftswissenschaftler lassen sich ja für die Verbreitung dieser Theorien bezahlen und sie hüten sich davor, das Rentabilitätsprinzip in Frage zu stellen, weil das die Karriere kosten könnte. Und der ARD hat ja extra Sendungen (vor den Nachrichten) für die Anbetung des goldenen Kalbes eingerichtet. Und für jene, die das „Beste“ aus ihrem Geld machen möchten, hat z. B. Prof. Daniel Rösch vorgesorgt, in dem er seine wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Verfügung stellt.²⁰ In diesem Bereich werden viele Erkenntnisfallen aufgestellt, damit der Mensch in der Rolle als Maus den Kapitalertrag als Köder akzeptiert und den Faden abbeißt und so sein Be-

19 Auch hier habe ich meine eigenen Erfahrungen gemacht.

20 Siehe HAZ vom 29. 10. 2010 „Für Gewinner“ in der Rubrik Hannover, S. 17

gehren nach Gerechtigkeit und eigener Entfaltung selber den Garaus macht. Aber für jene, die die Kapitalrente, den Zins, als Köder erkannt haben, heißt es dann: „Da beißt keine Maus den Faden ab!“²¹ Boden, Sachkapital und Geld (Forderungen auf Güter im Markt) sind Bedingungen dafür, daß die Arbeit produktiv Leistungen erbringen kann, sind aber selbst nicht Leistung, die einen Anspruch auf Entgelt haben. In seiner Schrift „Die Todsünde der Nationalökonomie“ drückt Otto Conrad – damals Privatdozent für politische Ökonomie an der Technischen Hochschule in Wien – es 1934 den Sachverhalt bildhaft so aus: Der Geiger (Arbeiter) geigt (arbeitet), die Geige (das Werkzeug) könne nicht geigen (arbeiten). Das ist durchaus in Übereinstimmung mit der alten kirchlichen Soziallehre, in deren Folge die Überschreitung des Zinsnahmeverbotes eine Exkommunikation bedeuten konnte. Heute ist unter Kirchenleuten die gegenteilige Haltung zu registrieren. Der Zins dient zur Unterhaltung des Personals und mit den Stiftungen (siehe Anhang „segensreiche Stiftungen“) sollen Angebote der Kirche finanziert werden. Aber es gib auch Gegenstimmen: Eine davon ist die von Klaus Fütterer, ehemals Studienleiter in der Ev. Akademie Bad Boll. Er schreibt in seinem Beitrag „Das Geld, der Zins und die Theologie“²² auf das 5. Buch Mose eingehend:

Daß der Herr den Wohlstand des auserwählten Volkes segnen wird, daß der unaufhaltsame eigene Aufstieg und der Niedergang aller Konkurrenten vorgezeichnet ist, das könnte noch heute in der Regierungserklärung Ronald Reagans stehen oder in der Verkaufsschulung eines Unternehmens gelehrt werden. Und dies entspricht ja auch jenen neosozialdarwinistischen Tendenzen, mit denen eine wachsende Verteilungsungerechtigkeit gerechtfertigt wird: „Die Tüchtigen müssen belohnt werden, man darf nicht auf die Opfer sehen. Eine solidarische Gesellschaft ist nicht innovativ; wir aber wollen vor allem eine innovative Gesellschaft sein.“ „Wer hat, dem wird gegeben, und wer wenig hat, dem wird auch das Wenige noch genommen.“ Diese Aussage aus dem Gleichnis von den anvertrauten Zentnern (Matthäus 25) scheint die leider auch von der Kirche wenig kritisierte weithin akzeptierte Maxime zu sein. (Auf die sachgerechte Interpretation des Gleichnisses kann hier nicht eingegangen werden).

Das darf nicht so bleiben. Zweifellos gehört es heute zu den wichtigsten theologischen Aufgaben, den ideologischen Dunstkreis zu erhellen, in dem sich der Kapitalismus verbirgt: An keiner Stelle rechtfertigt die Bibel die Vorstellung von Selbstvermehrungskräften des Geldes und damit den Zinsautomatismus. Eine breite theologische Kritik von den Propheten bis zu Jesus warnt

21 <http://www.karl-heinz-hentschel.net/Mausefallentext.html>

22 Aus Protokolldienst 18/85 der Ev. Akademie Bad Boll, zur Tagung „Wer hat dem wird gegeben ...?“ im März 1985. Ich werde den ganzen Beitrag von Fütterer als PDF-Fotodatei unter der Nr. 86.4. in den Anhang stellen. Auf andere Beiträge der Tagung komme ich noch zurück.

davor, sich dem Geld (Mammon) und seinen Gesetzen zu unterwerfen.

Und schließlich kritisiert die theologische Kritik, wenn sich Reiche auf Kosten der Armen bereichern in aller Deutlichkeit. Wer die Bibel in ihrem Zusammenhang liest, wird feststellen, daß das Heilsgut sich wandelt mit der religiösen Entwicklung. Auf den Segen, gedeutet als materielles Wachstum, in der eher magischen Frühphase, folgt das Heilsgut des Friedens, verbunden mit einer wieder gut machenden Gerechtigkeit. Das ist es, was die Heilshoffnung eines Jesaja kennzeichnet und was sich bei Jesus aktualisiert: „Freut euch, ihr Armen! Ihr werdet mit Gott in der neuen Welt leben. Freut euch, die ihr jetzt Hunger habt! Gott wird euch sattmachen. Freut euch, die ihr jetzt weint! Bald werdet ihr lachen...“ (Lukas 6, 20/21).

Das Thema dieses Abschnittes ist ja „Schwarzarbeit muß Weißarbeit werden“ und die Frage „Zahlen wir zu viel für Nichtarbeit?“ Die Frage ist eindeutig zweifach zu beantworten:

a) Wir müssen zu viel für Nichtarbeit im Sinne des Sozialtransfers zahlen, nicht weil die Menschen zu faul sind, sondern weil die Bundesregierung und auch der Deutsche Bundestag (einschließlich der Oppositionsparteien) sich weigern, die Ursachen für die Unterbeschäftigung zur Kenntnis zu nehmen und sie zu beheben.

b) Die Arbeit zahlt zu viel Kapitaltransfer, weil die Wissenschaft und in Folge die Politik nicht zur Kenntnis nehmen will, daß der Zins die Pumpe ist, die Einkommen von Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf pumpt²³ (Verteilung von Arm nach Reich).

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Hier wird nicht für ein Verbot der Zinsnahme argumentiert. Die Geschichte lehrt, daß ein solches Verbot nicht durchsetzbar wäre. Im übrigen hängt auch die Leidensgeschichte der Juden indirekt mit dem Zinsverbot der Kirche zusammen. Durch die religiös verbrämten Berufsverbote für die Juden – die nach meiner Ansicht eine reine Konkurrenzabwehr war – und ihr auf die eigenen Glaubensgenossen eingeschränktes Zinsnahme Verbot wurden sie direkt in das Geld- / Bankgeschäft hineingedrängt. Da aber die Art des Geldes – vielleicht deutlicher Verfassung der Währung genannt - von Alters her mit funktionalen Problemen belastet ist, dies aber vom breiten Publikum nicht erkannt wurde, wurden die oft erheblichen Störungen (Deflationen, Unterbeschäftigung, Zinslast) den Juden angelastet. Hier ist eine wesentliche Ursache des Antisemitismus zu suchen.

23 Eine Formulierung von Prof. Dieter Suhr (ehemals Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Rechtsinformatik und Rechtsphilosophie und bayrischer Verfassungsrichter), der 1990 bei der Rettung einer Tochter tödlich verunglückt ist.

Den Zins zu verbieten, wäre auch ein ökonomischer Unsinn. Denn der Zins ist ein Preis für die Überlassung von Liquidität. (Der Zins des Realkapitals ist aber bis auf zeitweilige Knappheitsrenten ein vom Geldzins abgeleiteter Zins und fällt mit dem Geldzins, der Bodenzins oder die Bodenrente kann gar nicht vermieden, sondern nur neutralisiert werden.) Es geht eigentlich nur darum, die Liquidität konsequent dem Gesetz von Angebot und Nachfrage zu unterwerfen und die Verweigerungsschwelle (Die Liquiditätsfalle / die Hortung ²⁴) für das Angebot nach unten (etwa bei einem Zinssatz von 3%) aufzuheben, so daß der reine oder Ur-Zins um Null Prozent herum pendeln kann. Das klingt für eingeritzte Denkgewohnheiten auf Anhieb ungewöhnlich, erschließt sich aber jenen schnell, die sich auf die dem Gedanken innewohnende Logik einlassen. Im übrigen sollten sich die Parteien, die sich christlich nennen und das Vorgetragene für abwegig halten, die Beifügung kapitalistisch geben. Auch die Berufung auf die Soziale Marktwirtschaft sei ihnen dann nicht mehr gewährt, denn in diesem Modell wurde ursprünglich gedacht, daß der Kapitalertrag mit Einführung der SM eine vernachlässigbare Restgröße würde.

Zwei Bedingungen für die Aufhebung oder Reduzierung der Bezahlung von Nichtarbeit wurden herausgearbeitet. Die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen würden den Anreiz für die Schwarzarbeit mindern: a) weil die Steuerlast merklich gesenkt werden könnte und b) weil die sinkende Zinslast die Waren stark verbilligen würde, ohne daß die Produzenten dadurch eine Einkommensminderung erfahren würden. Aber die Schwarzarbeit würde dadurch noch nicht ganz zur Weißarbeit. Was jetzt noch zu sagen ist, kann leicht hysterische Abwehrreaktionen hervorrufen. Eine leichte Form dieser Abwehr dokumentiere ich in dem Text unter der Nr. 86.4. Die Denkgewohnheiten sind bei der Frage von Arbeit, Einkommen und sozialer Sicherheit so eingeschliffen, daß die übergroße Mehrheit gar nicht mehr offen und ohne Vorurteile nach besseren Möglichkeiten und Wegen sucht, sondern einfach ruft: „Mehr Staat ist die Lösung!“ Das hängt auch damit zusammen, daß die Entwicklung einer ausbeutungsfreien Marktwirtschaft mit Vollbeschäftigung und Dauerkonjunktur nicht einmal von den Liberalen in allen Parteien für möglich gehalten wird.

Wer schon einmal die Implikationen der marktwirtschaftlichen Ordnung und der Zentralverwaltungswirtschaft (egal mit welcher Ideologie diese unterfüttert wird) gedanklich erfaßt hat, wird leicht feststellen, daß mit jedem Schritt der Näherung an das marktwirtschaftliche Modell die individuelle Freiheit größer werden kann und mit jede Annäherung an die Zentralverwaltungswirtschaft – ein Begriff, den Walter Eucken geprägt hat – muß zwangsläufig die indi-

24 <http://de.wikipedia.org/wiki/Liquidit%C3%A4tsfalle>

viduelle Freiheit abnehmen. Analog dazu können wir auch feststellen: Je weniger der Staat als Verteiler von Gütern und als Zuteiler von Leistungen in Anspruch genommen wird, je weniger sind staatliche Kontrollen, Bürokratien und Zwangsmaßnahmen erforderlich. Umgekehrt können wir dann logisch feststellen, daß so viel mehr Leistungen über den Staat in Anspruch genommen werden, je mehr Kontrolle, Zwangsmaßnahmen und Bürokratie müssen wir in Kauf nehmen. Die Schwarzarbeit würde also dann zur Weißarbeit werden können, wenn die Vollbeschäftigung gesichert ist, wenn die Ausbeutung bis auf zeitweilige Knappheitsrenten aufgehoben wurde und der einzelne Mensch seine volle individuelle Autonomie über seine eigene Ökonomie erhalte und nur da kollektiv agiert, wo es sein eigener Wille ist. Das würde auch bedeuten, daß er selber und nicht der Staat seine soziale Absicherung organisiert (z.B. durch Beitritt zu privatrechtlichen Föderationen nach der Idee von Proudhon, der den Begriff Anarchie kreierte und wie Ludwig Erhards Lieblingslehrer Oppenheimer ein liberaler Sozialist war). Wie weit wir noch von einer Gesellschaft der Freien (Franz Oppenheimer) weg sind, zeigen die Ängste, die Menschen bei der Vorstellung eines solchen Gedankens bekommen und wie weit die Bereitschaft fehlt, in einem ruhigen und sachlichen Gespräch diese Zusammenhänge zu erörtern. Man könnte diese Haltung drastisch auch so formulieren: „Lieber vom Chef sich jeden Tag zusammenschießen lassen, als selber Chef zu werden.“ „Lieber sicher 500 oder 1000 € Staatsknete bekommen, als selbstverantwortlich das Doppelte zu verdienen.“

14. 11. 2010: Neben an läuft die ARD Sendung mit Anne Will mit dem Thema „[Illegale in Deutschland - welche Zuwanderer wollen wir?](#)“, Hier geht es auch um Schwarzarbeit. Die Illegalen sollen mit einem Drittel daran beteiligt sein, aber zu miserablen Bedingungen. Rupert Neudeck machte in dem Abschnitt, den ich verfolgt habe, die sinnvollste Anmerkung, nämlich, jenen Menschen die Europa als Ziel haben, um aus ihrer prekären Lage zu entfliehen, müssen Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten in ihren Heimatländern geboten werden. Uwe Schünemann, Niedersächsischer Innenminister, erläuterte in durchaus sympathischer Weise, daß Illegale, wenn sie aus der Illegalität heraustreten, sofort Rechte hätten und auch Geld bekämen. Geld erhalten, aber nicht dafür Arbeiten zu müssen oder zu dürfen ist aber in einer Welt, wo -zig Millionen ums tägliche Überleben kämpfen, ein Signal für die tüchtigen und überlebenswilligen unter diesen Elenden für den Aufbruch nach Europa, nach Deutschland. Die Umkehrung des Signals – Du darfst kommen, bleiben und bekommst nur Geld, wenn Du dafür arbeitest, genügt alleine auch nicht. Einmal, weil es zu viele sind und werden, die sich auf den Weg nach Europa machen, zum anderen weil sie die Funktion des Lohn-

drückers übernehmen und so den sozialen Frieden noch mehr gefährden würden, als er es jetzt schon ist und drittens würde durch eine massive Zuwanderungswelle die Bodenrente wesentlich ansteigen und die Einkommens- und Vermögensverteilung noch mehr verzehren, worauf ich im nächsten Abschnitt eingehe.

Daß Afrikaner schon jetzt massenweise versuchen, mit Booten über das Mittelmeer Europa zu erreichen und viele es auch tatsächlich schaffen, ist schon Gegenwart. Daß sie auch große Schiffseinheiten kapern können, ist ständig in den Medien zu lesen. Am 1. 5. 01 schrieb ich:

Was ist z.B., wenn sich die Hungernden in den verschiedenen Erdteilen organisieren und von Einpeitschern animieren lassen, gen Norden zu ziehen? In dem geplanten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven würden keine Güter gelandet, sondern Menschenmassen, die ungefragt zu uns kämen: Zehntausende, Hunderttausende dann in Millionenschüben. Mit welchem Recht? Mit dem gleichen Recht, das sich der weiße Mensch nahm, als er sich mit Landnahme, Mord, Versklavung und Mission die Welt in Besitz nahm und ihr seinen kulturellen Stempel aufdrückte. Nicht nur die Deutschen würden mit Entsetzen den Vorgang erleben, aber wir wären zusätzlich durch den auf uns lastenden Holocaust gelähmt, um uns mit Gewalt dagegen wehren zu können. Es ist ein Entwicklungsmodell, was wir nicht ernsthaft fördern können, was uns aber ernsthaft bedroht, wenn wir so weitermachen wie bisher.

Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil, S. 67/68

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/a%20b%20Offener%20Brief%20Nds.Landtag.pdf>

Ich wiederhole es bis zum Erbrechen: Deutschland hat in der Weimarer Republik ökonomisch, sachlich richtige Problemlösungen ignoriert und verhindert, dadurch den Naziterror mit dem Mord an Juden und anderen Menschen ermöglicht. Bei dem Versuch der Wiedergutmachung gegenüber den überlebenden Juden hat Deutschland dann geholfen, den Palästinensern das Existenzrecht zu rauben. Aber diejenige Wiedergutmachung, die in Form einer heilenden Ökonomie möglich gewesen wäre, hat Deutschland sich und der Welt vorenthalten. Eine Bevölkerung, die solche Parlamentarier und Regierungen duldet, hat es verdient, einfach von andern Völkern überrannt zu werden.

Die Vermögensverteilung nach dem Krieg

Die CDU hält in diesen Tagen ihren Bundesparteitag ab. Der eine oder andere Redner wird sicher auch die großen Zeiten der CDU in den ersten Jahren ihres Wirkens nach dem Zweiten Weltkrieg anklingen lassen. Es war eine Zeit, als die oppositionellen Geister vom CDU-Staat sprachen (Ein Buchtitel, der sich in meinem Bestand befinden muß.) Die Frage ist doch, ob die CDU nach dem Krieg ihre Stärke genutzt hat, um für das geschlagene Volk eine gerechte Lastenverteilung herzustellen? Auch wenn man die Situation von damals als schwierig einstuft und die Konfusion über ökonomische Inhalte damals sicher nicht geringer war als heute,

muß man wohl sagen, daß ihr mehr oder weniger deutliche Versprechen für Gerechtigkeit zu sorgen nur Alibiversuche waren. Die Großzahl der CDU-Mitglieder und -Wähler war mit der Überwindung der individuellen Not und dadurch mit dem wirtschaftlichen Aufbau beschäftigt und konnte durch Verbesserung ihrer Lage vom Thema abgelenkt werden. Aber es muß auch neben den partiellen ökonomischen Blinden und Gutwilligen auch solche Mitglieder und Lobbyisten gegeben haben, die genügend Vermögen durch den Krieg gebracht hatten und wußten, wie sie es vor Zugriffen zwecks Umverteilungen retten mußten. Diese damals durch die Politik sanktionierte ungleiche Vermögensverteilung hat sich doch durch die besseren Chancen nach der Währungsumstellung und durch die Verzinsung dieses Vermögens in den Folgejahren noch vergrößert und wirkt auch heute noch wettbewerbsverzerrend – auch im selbständigen Mittelstand. Jedenfalls ist die Rede von den gleichen Startchancen nach der Währungsreform ein Ammenmärchen. Ich komme aus zwei Gründen darauf. A) Hans-Olaf Henkel sagte – wenn auch als Nebenbemerkung – daß man die Wiedervereinigung ökonomisch hätte besser machen können. Die Chance dazu war in der Tat da. Aber die blinden Flecken in der ökonomischen Sichtweise bei der CDU (und den konkurrierenden Parteien) war in der Wende genauso vorhanden, wie nach dem Krieg. Ich selbst habe mich noch 1989 ins Zeug geworfen (Siehe meine Texte „Darauf kommt es an!“ (Texte 6.1, 6.2 und 6.3). Aber mit einer in diesen Fragen blinden Partei im Rücken, war das nicht viel mehr als eine Produktion für den Papierkorb. Jedenfalls war die Vereinigung der beiden Restdeutschlands wie das Aufstehen der BRD aus den Ruinen des Dritten Reiches nicht mit einem marktwirtschaftlich geordneten Start verbunden. Den Reibach haben in der Vereinigung doch jene gemacht, die Geld hatten und die Lasten dürfen bis heute Arbeitnehmer und Gewerbetreibende tragen, die beim Verschleudern des verstaatlichten Vermögens der ehemaligen DDR-Bürger nicht zum Zuge kamen. Besonders ärgerlich und traurig ist, daß die deutschen Sozialwissenschaftler und Politiker vergessen oder nicht einmal zur Kenntnis genommen haben, daß das geltende Bodenrecht ein erstrangiges ökonomisches, soziales und ökologisches Problem ist. Es ist eine rechtlich abgesicherte Sabotage der Grundrechte und auch eine Verhinderung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die ihren Namen verdient. Privates Eigentum kann nur sein, was der Mensch erarbeitet und nicht das, was die Natur als Voraussetzung der Arbeit zur Verfügung stellt. An der Natur kann es nur individuelle Nutzungsrechte geben, wobei der Ertrag aus den Nutzungsrechten der Allgemeinheit gehört. (Das ist ein Fall, wo ein bedingungsloses Grundeinkommen – das manche „Menschenfreunde“ als zusätzliches Ausbeutungsinstrument der Arbeit installieren möchten - berechtigt ist.) Diese Aussagen decken sich mit der christlichen Soziallehre – wie sie z.B. die Professoren und Priester Johannes Kleinhappl („Kirchliche Kapitalismuskritik“) und Johan-

nes Ude vertreten (Stichwort in die Suchmaschine eingeben). Aber auch die Intentionen der Bodenreform waren die gleichen. Auch der Geist der SPD war über die Gründerzeit hinaus mit den Bodenreforminhalten gefüllt, wenn auch unglücklicherweise einer Orientierung an den Marxismus und mit mangelndem Feuer für die Freiheit.²⁵ Aber die SPD hat diese Inhalte zu Gunsten des Machtzugewinns und -erhaltung zu den Akten gelegt. Von Winston Churchill habe ich eine Aussage vorliegen, die besagt, daß der Staat keine Investition tätigen kann, ohne daß ein privater Bodeneigentümer seinen Nutzen daraus zöge. Von Conrad Adenauer bringe ich – entgegen meiner ursprünglichen Absicht - doch ein Zitat zum Bodenrecht, damit CDU-Mitglieder wenigstens eine Ahnung davon bekommen, was in ihrer Partei verkümmert ist. Vor Adenauer lasse ich aber noch zwei große Amerikaner zu Wort kommen.²⁶ Weiteres zum Thema findet man in meinem Reader „Das Boden(un)recht“, (Texte 22.1 , 22.2 und 22.3)

„Wiederholt zitiert er (Ezra Pound TA)
Thomas Jefferson (1743-1826), den Verfasser der
Unabhängigkeitserklärung und dritten Präsidenten der Vereinigten Staaten.
Jefferson schreibt über das Staatsschuldensystem: >Die Kapitalisierung der
Staatsschuld betrachte ich als von Rechts wegen auf die Tilgung innerhalb
der Lebensspanne der Generation, die sie einging, befristet; das jede
Generation nach dem Gesetz des Schöpfers dieser Welt in den freien Besitz
der Erde, die zu ihrem Unterhalt geschaffen, geboren wird, unbelastet von
ihren Vorgängern, die gleich ihnen nur Pächter auf Lebenszeit waren.<“ ...

Aus: Ezra Pound, Usura – Cantos XLV und LI, herausgegeben von Eva
Hesse, Verlag: Die Arche, Zürich 1985

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/72.0%20Schuldenbremse_Ja_Nein.pdf

Und nun die zweite Stimme aus der USA-Vergangenheit, damals mit weltweitem Gehör:

Obgleich oft durch Gewohnheit, Aberglauben und
Selbstsucht auf das Ärgste verzerrt, bildet das
Gerechtigkeitsgefühl doch die Grundlage des
menschlichen Geistes, und welcher Streit immer die
Leidenschaften erregen mag - der Konflikt wird sich
nicht so sehr um die Frage: »Ist es weise?« drehen,
wie um die Frage: »Ist es recht?«
Die Neigung der Erörterung des Volkes, eine

25 Das ist kein Versuch, Marx abzuwerten. Bei Marx kann man auch lesen, daß dem Unternehmer vom Unternehmensertrag nur bleibt, was ihm das Kapital übrig läßt. Egal an welcher historischen Größe wir uns orientieren. Wenn wir als Gegenwärtige verantwortlich handeln wollen, müssen wir immer die Anwendbarkeit einer Lehre im Hinblick auf die konkret zu gestaltende Ordnung überprüfen.

26 Manche Zitate tauchen in meinen Texten wiederholt auf. Da es aber unwahrscheinlich ist, daß ein Leser mehrere Texte von mir liest, sind sie für ihn keine Wiederholung.

ethische Form anzunehmen, hat ihren Grund. Sie entspringt einem Gesetze des menschlichen Geistes; sie beruht auf einer vagen und instinktiven Anerkennung dessen, was vielleicht die tiefste Wahrheit ist, die wir zu erfassen vermögen. Weise ist nur, was gerecht ist; dauernd ist nur, was recht ist.

Henry George

Aus der Zeitschrift *Fragen der Freiheit* (Hrsg.: www.sfo.de),
Heft 245, Okt.-Dez. 1997 mit dem Generalthema „Fortschritt und Armut – Leben und Werk

Henry George“

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/Begleitschreiben.pdf>

Konrad Adenauer

aus:

„Die Bodenreform“ von Adolf Damaschke, 20. Auflage von 1923.

„Oberbürgermeister Dr. Adenauer = Köln, der Präsident des Preußischen Staatsrates, führte aus:

„Wir sind die erste deutsche Generation, die Großstadtleben wirklich durchlebt hat. Das Ergebnis kennen Sie alle. Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserem Volke an der falschen Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden.

Die Stadt Köln hat ja auch schwer unter der Vergangenheit zu leiden. Sie wissen, daß wir über hundert Jahre Festung gewesen sind und daß daher auch beim besten Willen, und selbst wenn früher ein größeres Verständnis gewesen wäre, doch manches nicht hätte gebessert werden können. Der Festungsgürtel ist jetzt gefallen. Wir haben einmal und zum letzten Male die Gelegenheit, für viele Generationen, die nach uns kommen, wirklich ein bodenpolitisches Werk ersten Ranges zu vollbringen. Ich meine die Anlage des äußeren Festungsrayons. Die Gegner des Plans sind auf dem Posten - aber die Freude des Plans lassen einige wenige für sich arbeiten und beschränken sich darauf, vielleicht später die Früchte zu genießen. Das ist natürlich ein unmöglicher Zustand.

Die bodenreformerischen Fragen sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit. Es nützt Ihnen alles nichts, was Sie sonst machen, im Schulwesen, mit Kultur - mit dem Wort wird ja solch furchtbarer Mißbrauch getrieben - die ganze Volkskunst, Volksbildung, alles das nützt Ihnen nichts, wenn sie nicht das Übel an der Wurzel fassen!“ (S. 476)

Vor einiger Zeit war ich mal wieder auf der Suche nach einem Textbeleg. Dabei kam das bereits erwähnte Heft „Protokolldienst 18/85“ zu der Tagung der Ev. Akademie Bad Boll vom März 1985 mit dem Thema „Wer hat, dem wird gegeben ...? / Die Verteilung des Volksvermögens in unserer Gesellschaft“ zum Vorschein. Aus dem Beitrag des Studienleiters Klaus Fütterer habe ich schon zitiert. Sein kompletter Beitrag befindet sich unter den beigegeführten Texten.²⁷ Ich bringe nachfolgend aus weiteren drei Beiträgen Auszüge. Auch wenn diese Tagung in 1985 stattgefunden hat, sind die Texte von Bedeutung, weil man bei einem Vergleich der Aussagen von damals mit Erhebungen von heute vermutlich feststellen kann, daß sich das Verteilungsproblem nicht verringert, sondern verstärkt hat. Wir dürfen bei den Klagen der Verschuldung nicht vergessen, daß das Spiegelbild dazu das Vermögen ist. Wir wissen – oder könnten wissen – daß zu der Funktionsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung sowohl wegen der Verfügungsgewalt, des Gestaltungsrechtes und wegen der Haftung Privateigentum gehört. Aber zu wenig wird darüber nachgedacht und gesprochen, welche Güter denn überhaupt die Voraussetzungen für das Privateigentum haben. Auch wurde in der Vergangenheit unter der roten Fahne die halbe Welt mit Gewalt und Terror umgepflügt mit der Behauptung, daß Privateigentum sei Grund der Ausbeutung. Stimmt das überhaupt? Und wenn vielleicht doch, wäre zu fragen: „Welches Eigentum?“. Da durch die Blindheit oder den Widerstand der „verfassungstreuen“ Parteien – die glauben, die Verfassung ganz nach ihrem Belieben ändern zu können – diese Fragen nicht geklärt werden, darf man der Linkspartei auch nicht vorwerfen, daß mit dem Programmmodul „Enteignung“ bei den Wählern punkten zu können glaubt. Im übrigen befinden sich im Anhang des Protokolls auch zahlreiche Grafiken zur Verteilungsproblematik von Helmut Creutz, die nicht in der Übersicht ausgewiesen sind. Diese brauche ich hier inhaltlich nicht wieder geben, weil sie im Netz vielfach und aktualisiert präsentiert werden. Ich empfehle darüber hinaus seine Bücher: „Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“ und „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“. Creutz gehört zum Jahrgang 1923, er war unternehmerisch tätig und kam zu seinen Geldstudien erst im Rentenalter und das auch nur, weil er Aussagen überprüfen wollte, die im falsch oder verwunderlich erschienen. Helmut Creutz hat am 20. 3. 1984 in Neustadt im Freizeithaus über die Problematik der Zinsen gesprochen. Da aber unter Parteimitgliedern die Fehleinstellung herrscht: „Man brauche gar nicht zuzuhören, wenn ein Vortrag von einer konkurrierenden Partei organisiert wird, weil diese doch nur Unsinn verbreiten würden.“, war die Zahl der Zuhörer im Verhältnis der Bedeutung des Themas nicht groß genug. Ähnlich war es zu einem Vortrag zum gleichen

²⁷ Frank Bohner sandte mir aus Stuttgart ein Buch von Fütterer mit dem Titel „Streit um die Arbeit“. Ich habe das Buch noch nicht gelesen, es erscheint mir aber vielversprechend.

Thema zur anderen Zeit im Hotel Schewe mit Prof. Roland Geitmann von der Verwaltungshochschule in Kehl. Als der verstorbene Astrophysiker Peter Kafka in der Stadtbibliothek sprach, hat vermutlich keiner mitbekommen, daß er die soziale Problemlage genauso sah. Vor längerer Zeit habe ich versucht, die Musikschule, die Bibliothek und die Michael Ende Schule für die Aufführung von Endes Oper „Der Rattenfänger von Hameln“ zu begeistern. Bei mir reichte damals wahrscheinlich nicht die Energie, das Geld und das Ansehen, um ein solches Projekt wirklich anzuschieben. Aber Michael Ende hat mit dichterischen Mitteln genau das gesagt, was Kafka mit seinem naturwissenschaftlich geschulten Verstand, Geitmann mit juristischer Argumentation und Creutz mit seiner rechnerischen Analyse vorgetragen hat. Bei den Vortragsveranstaltungen verhalten sich die Menschen offensichtlich so wie in der Rolle der Käufer auf dem Wochenmarkt: Sie laufen dort hin, wo schon Andrang ist, weil sie glauben der Andrang stehe für die Qualität des Angebotes.

Die Beiträge des Protokolls, aus denen ich Auszüge bringe, habe ich als PDF-Bilddatei eingescannt. In Einzelfällen kann ich die Dateien für Interessenten als E-Mail-Anhang versenden. (Ich habe einen super-langsamem Internetanschluß, weil die Telecom oder wer auch immer nicht in die Pötte kommt.) Bei größerem Interesse an den alten Texten sollte die Ev. Akademie Bad Boll eingeschaltet werden.

Aus:
(ohne Endnoten)

AM ANFANG 40 MARK FÜR JEDEN - ZUR ENTWICKLUNG DER
VERMÖGENSBILDUNG IN DER BUNDESREPUBLIK
Prof. Dr. Harald WINKEL, Stuttgart-Hohenheim

I. Ausgangslage

"Das wirtschaftliche Wachstum der Bundesrepublik in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg war mit einer Konzentration der Vermögensbildung bei den Selbständigen und in der öffentlichen Hand verbunden, während die unselbständig Beschäftigten zwar ihr Gebrauchsvermögen vergrößern, jedoch nur in sehr bescheidenem Maße disponibles Vermögen in Form von Sparkonten und Effekten ansammeln konnten ... Da die kleinen Einkommen fast vollständig zu Verbrauchsausgaben verwendet werden, während ein sehr erheblicher Teil der großen Einkommen gespart wird, da andererseits die hohen Einkommen vorwiegend aus Gewinnen und Zinsanteilen bestehen, also Besitzeinkommen sind, fällt zwangsläufig der weitaus größte Teil des jeweils neu geschaffenen Volkseinkommens denjenigen zu, welche bereits besitzen. Wer hat, dem wird gegeben!" - mit diesen deutlichen Worten kritisierte

1964 Carl Föhl die Entwicklung der Vermögensbildung in den zurückliegenden 15 Jahren bundesrepublikanischer Geschichte. Veröffentlichungen namhafter - und auch weniger namhafter - Wissenschaftler ließen im folgenden Jahrzehnt in der Bevölkerung gar den Eindruck aufkommen, der westdeutsche Staat habe den größten Teil des Weges von der Marktwirtschaft zum Monopolkapitalismus bereits hinter sich. 74% des gesamten Produktivvermögens - so ein vielzitiertes Untersuchungsergebnis aus dem Jahre 1971 - befände sich in den Händen von nur 1,7% der privaten Haushalte. Daß diese "ungerechte" Verteilung keinesfalls bestehen bleiben dürfe, brauchte vielen Institutionen des öffentlichen Lebens nicht erst mühsam verdeutlicht zu werden. Zahlreiche Reformvorschläge aus den Reihen der Gewerkschaften, Parteien und von einzelnen Wissenschaftlern zeugen vom Gewicht, daß man dieser Problematik beimaß. Die Lösungen reichten dabei von durchaus ernst zu nehmenden Ansätzen bis hin zu dunklen und nebelhaften Empfehlungen: Angesichts "chronischer Sparimpotenz" der abhängig Beschäftigten - so 1974 die Landeszentrale für Politische Bildung in Hannover - könne die Lohnpolitik allein die exorbitante Vermögenskonzentration keinesfalls mindern. Es scheine daher, "als sei ohne einen entscheidenden wirtschaftspolitischen Eingriff an der bisherigen Entwicklung nichts zu ändern". Was immer das heißen mochte, die Untertöne waren unüberhörbar und dürften die Investitionsfreude der Wirtschaft wohl kaum gestärkt haben.

...

Läßt man die kaum hilfreiche - weil zu wenig spezifizierte - Unterscheidung nach "Selbständig" und "Unselbständig" außer acht und betrachtet die Vermögensverteilung innerhalb des gesamten Privaten Sektors, so ergibt sich ein wenig erfreuliches Bild. 1969 verfügten:

- 11% aller Haushalte über 50% des gesamten privaten Vermögens
- und 26% aller Haushalte nannten 75% des Privatvermögens ihr Eigen. .
- Demgegenüber verfügten 55% aller Haushalte lediglich über 10% des Gesamtvermögens.

Ohne wesentlich zu übertreiben, kann man deshalb die Verteilung des Privaten Vermögens in der Bundesrepublik als "höchst ungleich", "extrem schief" und - postuliert man Gleichverteilung als Ziel der Vermögenspolitik - "unbefriedigend" bezeichnen. ...

IV. Zusammenfassung

Versuchen wir zusammenfassend die eingangs aufgeworfenen Fragen zu beantworten:

- 1) Die Chancen im Jahre 1948, bisher angesammeltes Vermögen zu erhalten und zukünftiges zu erwerben, waren in der Tat extrem ungleich verteilt. Daran vermochte auch der Lastenausgleich (zu seiner Zeit, als man die weitere Entwicklung noch nicht kannte, als "Jahrhundertwerk sozialer Gerechtigkeit" bezeichnet), wenig zu ändern.
- 2) Verantwortlich dafür waren zum einen die Nationalsozialisten, deren Wirtschaftspolitik die Geldsparer bereits vor dem Krieg "kalt" enteignete und deren Politik dann zu außerordentlichen Verlusten deutscher Sachvermögen führte. Auch die westlichen Alliierten, die ja für die Währungsreform verantwortlich zeichneten, können für sich das zweifelhafte Verdienst in Anspruch nehmen, in erheblichem Maße zur Vermögenskonzentration in der Bundesrepublik beigetragen zu haben. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf die Gesetze zur Entflechtung und Dezentralisierung der deutschen Wirtschaft, die keine Enteignung ohne Entschädigung kannten und damit lediglich zu Umschichtungen im Vermögenbestand der Betroffenen führten. Die vornehmlich an Wachstumszielen orientierte Politik der Bundesregierung hat in den 1950er Jahren diese Konzentration weiter verstärkt. In gewissem Umfang wurde die Entwicklung durch die Vermögensbildungsgesetze korrigiert. Arbeitnehmer am unteren Ende der Einkommenspyramide bilden heute mehr Geldvermögen als je zuvor. Gravierende Änderungen in der Vermögensverteilung stellten sich allerdings nicht ein.
- 3) Große Vermögen können eine Gefahr für die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft wie der Demokratie bilden. Gegenkräfte, die eine breitere Streuung des Vermögens bewirken, sind daher zu fördern. Sie müssen allerdings systemkonform, das heißt an marktwirtschaftlichen Zielen orientiert sein und dürfen die grundsätzliche Garantie des Privateigentums nicht verletzen.

DIE VERMÖGENSVERTEILUNG IN DER BUNDESREPUBLIK UND IHR EINFLUß AUF DIE EINKOMMENSVERTEILUNG

Claus SCHÄFER, Dipl.-Volkswirt, WSI, Düsseldorf

Einleitende Thesen

Eine erste These lautet: Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik bestimmt immer noch die Einkommensverteilung, und zwar in dem Sinne, daß jährlich bestimmte Einkommensteile als Vermögenszuwächse mehr oder weniger automatisch den schon Vermögenden

zufallen, aber auch in dem Sinne, daß die Vermögensverteilung die Lebenslagen aller Einkommensbezieher in jeder Situation und in jedem Alter festlegt.

Eine zweite These lautet: Diese Tatsache ist ein großes Problem; es wird aber leider in der Bundesrepublik nicht öffentlich diskutiert, ja, es wird sogar davon abgelenkt; nicht zuletzt das, was man als Vermögenspolitik bezeichnet bzw. was in den vergangenen Jahrzehnten in der Bundesrepublik an vermögenspolitischen Maßnahmen betrieben worden ist, muß teilweise als Ablenkungsmanöver von diesem Problem gekennzeichnet werden.

Eine dritte These lautet: Die Bestimmung der Einkommensverteilung Und der Lebenslagen durch die Vermögensverteilung ist mit den herkömmlichen Instrumenten nicht zu ändern. ...

...

Bemerkungen zur Vermögenspolitik

Ich möchte an dieser Stelle einige Bemerkungen zu der sogenannten Vermögenspolitik machen, die frühere Bundesregierungen bis zur heutigen betrieben haben, um die Vermögensverteilung zu korrigieren - auch wenn dieses Thema im folgenden Referat noch einmal ausführlich zur Sprache kommt.

Die Vermögenspolitik hat nichts an Veränderung bewirkt. Soweit Sparförderung betrieben wurde, die nicht nur für Arbeitnehmer, sondern für alle Bürger galt, wurde sie um so häufiger in Anspruch genommen, d.h. es wurden auch um so häufiger die damit verbundenen Prämien und Steuererleichterungen kassiert, je höher das Einkommen war. Es ging also auch hier um das Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. Dieses Ergebnis war nicht beabsichtigt, aber es ist herausgekommen. Selbst die Sparförderung, die vom Wortlaut des Gesetzes her nur auf Arbeitnehmer zielte - im 312-Mark-Gesetz, im 624-Mark-Gesetz und neuerdings im 936-Mark-Gesetz -, hat nichts bewirkt, weil die vermögenswirksamen Leistungen in dieser Höhe ja gar keine zusätzlichen Einkommen waren, so daß auch kein zusätzliches Vermögen gebildet werden konnte. Die 312 Mark oder andere Beträge in diesem Zusammenhang, die der Arbeitgeber per Tarifvertrag an den Arbeitnehmer zahlen muß, sind Kosten, die den Arbeitgeber drückten und die er deswegen selbstverständlich bei den Lohnverhandlungen einkalkulierte. Das Geld wurde ja während der Sparfrist von sechs bis sieben Jahren vom Arbeitgeber nicht dem Arbeitnehmer, sondern auf das Konto einer Bank, einer Bausparkasse oder einer Versicherung ausbezahlt. Das heißt, hätte es die vermögenswirksame Leistung per Tarifvertrag nicht gegeben, wäre die Barlohnerhöhung um den Betrag der vermögenswirksamen Leistung höher ausgefallen und hätte der Arbeitnehmer selbst entscheiden können, ob er diesen Betrag spart oder ausgibt. Im Grunde genommen

stellen vermögenswirksame Leistungen per Tarifvertrag ein vertraglich verordnetes Zwangssparen durch die Tarifpartner für die Arbeitnehmer dar und nichts weiter. Aber unabhängig von dem Aspekt des Zwangssparens kann durch vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers an Arbeitnehmer kein zusätzliches Einkommen und damit kein zusätzliches Vermögen gebildet werden. Erst recht können die durch diese Sparform erzielbaren Sparbeträge nicht das soziale Netz ersetzen.

...

IST DIE VERMÖGENSPOLITIK FESTGEFAHREN?

Zum aktuellen Stand der vermögenspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik

Gunter HUONKER, MdB, Bonn

Meine Ausführungen werden deutlich machen, daß es beispielsweise zwischen den beiden großen Volksparteien im Hinblick auf das Thema Vermögensbildung wenig Anlaß zum üblichen parteipolitischen Hickhack gibt, sondern daß die Probleme zwar zum Teil unterschiedlich gesehen werden, daß man aber in der Zielsetzung und in vielen Einzelfragen gleicher Meinung ist. Meine Ausführungen werden des weiteren deutlich machen, daß es gerade auch auf dem Hintergrund der Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften zu diesem Thema außerordentlich schwierig ist, eine Lösung zu schaffen, die eine Chance besitzt, zu einer wirklich deutlich verbesserten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital zu kommen.

Zwischenzeitlich sandte mit mein Sohn Falk, der als Sozialarbeiter die Schattenseite der herrschenden Ökonomie täglich erlebt, einen Link zu einer Kolumne von dem Unternehmer Götz Werner, darin heißt es u.a.:

Fakt ist: Vermögenseinkommen wachsen seit Jahren schneller als Einkommen aus Arbeit. Hier herrscht ein Ungleichgewicht: Milliarden Menschen brauchen Arbeit, weil sie Einkommen aus dieser Arbeit benötigen, das Geld dagegen kann warten. Ich kämpfe deshalb für ein Grundeinkommen, weil ein Einkommen für jeden geeignet ist, den Bezug zwischen Realwirtschaft und Geldwirtschaft wiederherzustellen.

http://www.dm-drogeriemarkt.de/dmDHomepage/generator/dmD/Homepage/Serviceangebot/Kundenmagazin_alverde/Kolumnenarchiv.html

Was ist eigentlich Mittelstand

Am Sonntagmorgen saß ich alleine am Frühstückstisch und hatte keine Lust auf die Tageszeitung. Ich hatte mir das mehrfach zitierte Protokoll zurecht gelegt, um zu entscheiden, welche

Passagen ich in meinen Text einbauen sollte. Da viel mein Blick auf das *P.T. Magazin* (6/2010), das am Tag zuvor mit der Post gekommen war. Ich lese die Titelschlagseite >>WirtschaftswunderMacher – Preisträger und Finalisten im Wettbewerb „Großer Preis des Mittelstandes“ 2000.<< Da ich das Stichwort „Mittelstand“ in meinem Text noch abhandeln wollte, weil ich mich doch mit einer Mittelstandsvereinigung auseinandersetze, kam ich ins Grübeln, wie man diesen schwammigen Begriff eigentlich fassen soll. In der Literatur von gestern gibt es bestimmt eine andere Vielfalt der Inhaltsbeschreibungen als in der von heute. Die Kriterien Vermögen, Einkommen, Bildung, der Grad der Selbständigkeit wären möglich, um eine Mitte herauszufiltern. Auf die Idee, das Stichwort in eine Suchmaschine einzugeben, war ich noch nicht gekommen, das habe ich jetzt gemacht und einen Link geöffnet. Dort ist unter anderem zu lesen:

Der Begriff „Mittelstand“ wird häufig von Politik, Behörden, Medien und Banken verwendet. Jedoch liegt dort oftmals ein unterschiedlicher Definitionsrahmen zu Grunde, was zu Irritationen und Missverständnissen führt. Selbst Behörden, Ämter, staatliche Institutionen und zahlreiche Verbände sind von der Abgrenzungsproblematik betroffen, da Gesetze (z. B. HGB, GWB) differente Größenabgrenzungen in Bezug auf Mittelstandsunternehmen geben. Eine eindeutige Definition ist daher notwendig, um das Mittelstandsunternehmen als Objekt und Mittelpunkt dieser Arbeit zweifelsfrei identifizieren zu können.

...

http://www.mittelstand-optimierung.de/definition_mittelstand.shtml

Aber gestern am Frühstückstisch brach ich mein Sinnieren dadurch ab, daß ich das *P.T. Magazin* (www.pt-magazin.de) aufschlug und beim Editorial landete. Und was steht dort als Überschrift? „Was ist Mittelstand?“ Es geht mir oft so, daß ich über etwas nachsinne und wie von Zauberhand erschließt sich mir ein Hinweis, eine neue Frage oder eine Antwort. Aber lesen wir erstmal, was Dr. Helfried Schmidt uns zum Stichwort Mittelstand zu sagen hat.

Was ist Mittelstand?

Der typisch deutsche Begriff „unternehmerischer Mittelstand“ lässt sich nicht übersetzen. „Middle class“ meint den Mittelstand nur als soziale Kategorie, nicht als Wirtschaftsbegriff. Die Europäische Union spricht von „smalland medium-sized companies“ im Unterschied zu Konzernen und Staatsbetrieben. Eingedeutet wurden daraus „KMU“, „kleine und mittlere Unternehmen“. Aber lässt sich „Mittelstand“ darauf reduzieren? Wenn eine

Kreisgeschäftsstelle einer deutschen Volkspartei zehn Beschäftigte bezahlt und deshalb als „Betrieb“ den Arbeitsrechtsgesetzen unterliegt, ist sie doch noch lange kein wertschöpfendes Unternehmen.

Was unternehmerischer „Mittelstand“ wirklich ist und welche Rolle er in der Gesellschaft spielt, ist nicht nur Amerikanern und Franzosen schwer verständlich zu machen, sondern auch den Deutschen. Für 90% der Absolventen unserer Hochschulen sind Mittelständler häufig unattraktive Aschenputtel. Sie zahlen niedrigere Einstiegsgehälter als Konzerne, fordern mehr Leistung und Verantwortung und gehen in der Krise dennoch eher pleite: Bei Quelle kommt die Kanzlerin, beim Quelleshop nur der Gerichtsvollzieher.

Mittelstand, das ist gelebte unternehmerische Eigenverantwortung bei immerwährendem Konkurrenzdruck und bei stets unsicheren politischen Rahmenbedingungen. Unsichere Rahmenbedingungen? In Deutschland? Ja, in Deutschland. Nicht mal auf das Grundgesetz ist Verlass: Es wurde in 60 Jahren Bundesrepublik 57mal geändert.

Mittelstand, das ist gelebte Eigenverantwortung für die Einnahmen am Markt und die gesamte Wertschöpfungskette, statt sich auf Subventionen und Kostensenkungsprogramme zu Lasten Dritter zu verlassen. Mittelstand, das ist gelebte Eigenverantwortung für die Produkte und Leistungen, die abgesetzt werden, für die Gewinne, die damit erzielt werden, für die Investitionen, die damit getätigt werden, für die existentielle Verflechtung des Unternehmens mit der Region.

Denn Mittelstand schafft existentielle Sicherheit. Eine Region mit vielfältigen mittelständischen Unternehmen übersteht jede Krise besser als eine Region mit wenigen Großunternehmen. In einer solchen Region finden Familien Arbeit und Broterwerb. Jugendliche finden Ausbildung. Lehrer finden Praxispartner. Verwaltungen und Vereine finden Unterstützer. Miteinander werden hier Probleme gelöst. Auch und gerade soziale Probleme. Miteinander werden Entwicklungen und Strukturumbrüche gemeistert. Miteinander werden Chancen erkannt. Miteinander wird die Region in die Zukunft geführt.

Mittelstand, das sind die „kreativen Zerstörer“, die Schumpeter meinte, die zugleich alte Zöpfe abschneiden und Traditionen bewahren. Mittelstand, wie er im Wettbewerb „Großer Preis des Mittelstandes“ gesucht wird – das ist Ethos, Lebensleistung, Verpflichtung auch über das eigene Leben und über die eigene Generation hinaus. Da werden Lebenswerke geschaffen und das Lebenswerk anderer geachtet. Mittelstand – dieses Wort sollte alle mit Stolz erfüllen: Unternehmer, Mitarbeiter, Familien, „Verbraucher“, Journalisten...

Und zwar unabhängig davon, ob die Titelseiten der Leitmedien oder die Kapitelüberschriften der Regierungserklärungen diese Wahrheit reflektieren.

Dr. Helfried Schmidt

Ich kann nachempfinden, was Helfried Schmidt meint. Auch finde ich es berechtigt, daß selbständige Mittelständler sich wie die Bauern oder andere Berufsgruppen lobend auf die Schulter klopfen lassen oder sich selber gegenseitig als Anerkennung auf die Schulter klopfen. Auch ist gegen Wettbewerbe unter ihnen nichts einzuwenden, wenn nicht der Staat für die Kosten aufkommen muß und mit der Preisverleihung oder die Aushändigung eines Ordens wirklich eine Leistungssteigerung verbunden ist. Aber hier höre ich schon wieder die Frage aus dem Hintergrund: „Leistung? Leistung mit Bezug auf ...? Auch müßte bei dem Komplex *selbständiger Mittelstand* das Umding der Zwangsmitgliedschaften in den Kammern mit erörtert werden. Sind Apotheker, Ärzte, Architekten und Rechtsanwälte die einzeln oder in Gruppen selbständig sind, nicht auch unternehmerischer Mittelstand?²⁸ Eine weitere Frage ist, ob der Wortbestandteil *Stand* in *Mittelstand*, das ausdrückt, was gemeint ist. Der Mittelstand als Glied zwischen Bauern- und Adelstand? Das ist alles zu rückwärtsgewandt, zu statisch und strukturkonservativ. Es macht auch keinen Sinn den gewerblichen Mittelstand zu idealisieren. Selbstverständlich können hier Erfolgsgeschichten erzählt werden, aber eben auch Leidensgeschichten, von solchen Menschen, die ein Unternehmen betrieben haben oder betreiben und von solchen Menschen, die als Arbeitnehmer dort gearbeitet haben oder arbeiten. Vom Menschentyp her gesehen, gibt es hier alles: Vom Despoten über den jovialen Gutsherrn bis hin zum Partner seiner unselbständigen Mitarbeiter, vom kühlen Rechner, bei dem auch das „gute Wort“ einem Kalkül unterliegt bis hin zu jenem Unternehmer, der Empathie für seine Mitarbeiter und Kunden empfindet.

Das, was ich hier versuche in Bezug auf Verschuldung, Vermögensverteilung, und konjunkturellen Störungen von der Geldseite her zu verklären, zu erklären, trifft auch voll oder gerade auf den Mittelstand zu. Da ich mich für die Marktwirtschaft einsetze, weil ich wenigstens ein Atom zum Bau von Gesellschaft mit individueller Freiheit – die es nicht wirklich ohne ökonomische Sicherheit gibt – und Leistungsgerechtigkeit – die nicht nur eine ideologischer Floskel sein darf - einsetze, steht für mich der chancengleiche Wettbewerb als eine Bedingung der Freiheit, aber auch als Voraussetzung der gerechten Bewertung von Leistung im Vordergrund. Welche Formen von Unternehmen das sein werden und wie weit sich ihre Tätigkeitsfelder erweitern, ist für mich noch offen. Wenn die Tributpflicht der Arbeit gegenüber dem Kapital aufhört, werden sich die Konzerne auflösen – denn ihre Bildung ist nicht das technische oder betriebswirtschaftliche Optimum, sondern der Einsatz des gebündelten oder zentrierten Kapi-

²⁸ Sicher ist für den Unternehmer die freie Preisbildung ein Wesensmerkmal. Daß die freie Preisbildung bei den genannten Berufen dies nicht der Fall ist, ist kein Naturgesetz, sondern Ausdruck der ordnungspolitischen Entgleisung der Politik.

tals mit dem Ziel der Marktbeherrschung in ihrem Segment. Kleinunternehmen, die immer gerade an der Pleite vorbei schrammeln, werden nur noch als Absonderlichkeit zu bestaunen sein. Aber der Weg ist lange. Das Ziel kommt nicht zum Start, sondern will mit Anstrengung erreicht werden. Es gilt viel zu bedenken und zu bearbeiten. Zum Beispiel erscheint mir zu beobachtende Flucht von der Einzelunternehmen und Personengesellschaft in die Kapitalgesellschaft aus dem berechtigten Wunsch zu entstehen, die Haftung zu begrenzen (Was ja dann nicht gelingt, wenn für Kredite auch eine persönliche Schuldanererkennung verlangt wird.). Zu bedenken ist aber, daß es eine Gestaltungsfreiheit nicht ohne Haftung geben kann. (Was passiert, wenn die Gestaltung und Haftung getrennt werden, sieht man ja bei notleidenden Landesbanken.) Neue Formen müssen vom Recht her gesehen ermöglicht werden. Aber auch Unternehmensbeteiligungen durch Mitarbeiter sind stärker anzustreben. (→ Arbeitsgemeinschaft Partnerschaftlicher Unternehmen) Mittelständische Unternehmen sollten die Teilnahme ihrer Mitarbeiter an Tagungen und andern Lernorten fördern, wo diese Themen verhandelt werden. „Freiheit und Gleichheit in einer Bürgergesellschaft ohne Reichtum und Armut“. Diese Tagung konnte nicht durchgeführt werden, weil es zu wenig Anmeldungen gab, dabei wäre sie eine solche zum Thema „Stärkung des Mittelstandes“ gewesen. Siehe Link zum Programm: <http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/MundenerGesprache/mundenergesprache.html> Dann muß die Rechtsform der Genossenschaft wieder stärker auf ihre Tauglichkeit auch im Produktionsbereich untersucht werden. Im Kreditbereich, bei Absatz und beim Bezug von Waren sind Genossenschaften heute selbstverständlich und es würde Stimmeinbrüche bei Wahl bedeuten, wenn die CDU versuchen würde, diese Genossenschaften madig zu machen. Aber als Produktionsgenossenschaft wurde diese Rechtsform in Zeiten der alten BRD mit CDU-Herrschaft als etwas Sozialistisches gehalten, wenn nicht offen bekämpft, so doch ausgebremst. Vom Marxisums (Eigentum = Ausbeutung) hergesehen, machte die Unterstellung einen gewissen Sinn, aber wenn man begriffen hat, daß die Ausbeutung in der Zirkulationsphäre erfolgt, dann wäre die Unterstellung Unsinn. Das begreifen oft nicht mal kluge Köpfe. Menschen, die sich erstens nicht trauen, alleine den ganzen Bürokratismus²⁹, den heute das Unternehmersein begleitet, zu bewältigen und zweitens sich nicht der oft zu beobachtenden Selbstzerfleischung / Selbstaufopferung des Einzelunternehmers aussetzen wollen, müssen die

29 Manchmal denke ich, daß nach dem Fall des Eisernen Vorhanges die Planokraten von Moskau nach Brüssel umgesiedelt wurden. Ich war zwischendurch in einer Bootswerft, der Betreiber war gerade auf ein Intensivseminar zur Vermittlung der CE-Norm für Boote. Zwei Ordner voll Unterlagen hatte er für die Nutzung zu Hause mitnehmen müssen. Er sagte, er hätte nur wenig davon verstanden. Er weiß aber schon aus Erfahrung, daß die Zertifizierung seine Werft erheblich belasten, ohne daß er oder seine Kunden einen Nutzen davon hätten. Größere Werften mit einer Serienproduktion können die Kosten wegstecken oder ihren Käufern aufdrücken. Aber Handwerkliche Unternehmen kann dieser Bürokratismus in den Konkurs treiben.

Möglichkeit erhalten, die Ängste und Risiken in einer frei gewählten Solidargemeinschaft zu bewältigen. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, sind Produktionsgenossenschaften häufig an einer Unterfinanzierung aufgrund zu geringer Gewinnzuführung für die Investitionen gescheitert. Meiner Meinung nach liegt das daran, daß der Gesetzgeber insofern eine falsche Weiche gestellt hat, indem beim Ausscheiden des Genossen (des Gesellschafters), aus der Genossenschaft er seinen Genossenschaftsanteil nur mit dem Nennwert ausbezahlt bekommt. In dem Genossenschaftsanteil stecken aber bei erfolgreichem Verlauf, auch nicht ausgezahlte Löhne. Und wer will denn schon freiwillig auf Lohnanteile verzichten? Folglich wird die laufende Ausschüttung zu hoch vorgenommen. Die Bremse liegt hier nicht in der demokratischen Lenkung des Unternehmens, sondern in einem fehlerhaften Paragraphen. Zu dem Thema findet man bestimmte Material vom Institut für Genossenschaftswesen der Universität Münster.

<http://www.wiwi.uni-muenster.de/06/nd/>

Weiter ist zu realisieren, daß Kindergärten, Schulen, Institutionen der Berufsbildung, Hochschulen und Krankenhäusern auf keinem Fall Renditeobjekte, aber sicher autonome ökonomische Einheiten zu werden haben, genauso wie der Bäcker, die Autowerkstatt oder Zulieferer für die Industrie. Die ganze Politik ist heute mit ihren Subventionen, Interventionen, ihren Unterlassungen, da wo staatliche Regeln notwendig wären, ein Saboteur der Idee von der Gesellschaft der Freien. Ich kann nicht erkennen, ob der Mittelstand auf dem Weg in die Freiheit (Oppenheimer) oder auf dem Weg zur Knechtschaft (Friedrich August Hayek) ist. Das einzelne selbständige Mitglied des Mittelstandes muß sich entscheiden, entweder er treibt oder er wird getrieben, er ist entweder der Hammer (der formt) oder der Amboß (auf dem seine Verhältnisse von anderen geschmiedet werden).

Geh! Gehorche meinen Winken,
Nutze deine jungen Tage,
Lerne zeitig klüger sein:
Auf des Glückes großer Waage
Steht die Zunge selten ein;
Du mußt steigen oder sinken,
Du mußt herrschen und gewinnen,
Oder dienen und verlieren,
Leiden oder triumphieren,
Amboß oder Hammer sein.

Johann Wolfgang von Goethe

Zusammenschlüsse und Kooperationen auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene sind da sinnvoll, wo der Einzelne überfordert ist. Aber nicht jede Vereinigung wirkt in der versproche-

nen oder persönlich erwarteten Richtung. Wer als Unternehmer heute blind glaubt, seine Partei oder sein Verband würde es schon für ihn richten, verhält sich wie ein Unternehmer, der dem provisionsabhängigen Vertreter die Entscheidung für seine Investitionen überläßt.

Kristian Teetz berichtet in der Hannoverschen Allgemeine Zeitung vom 28. 10. 10 unter dem Titel „Der Staatsdenker“ über einen Vortrag des Philosophen Richard Precht. Ich zitiere einen Ausschnitt:

„Da muss man kein großer Prophet sein, um vorherzusagen, dass diese Demokratie in zehn Jahren eine andere sein wird.“ Wir leben, so Prechts Gegenwartsanalyse, in einer Umbruchzeit, und „in solchen Phasen haben die Menschen immer Angst“. Das sei 1933 so gewesen, 1968 und 1989/90 auch. „Nun stellt sich die Frage, ob das Land eine rückwärtsgewandte Antwort findet und auf Leute wie Sarrazin hört oder eine moderne.“

Precht plädiert natürlich für das Moderne, für Bürgerbeteiligung, für Volksentscheide. „Die bürgerlichen Mittelschichten sind die Träger der bürgerlichen Moral.“ ... Bund, Länder und Kommunen sind nahezu Pleite. Der Staat kann in naher Zukunft die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr finanzieren. Wachstum wird es in dem gewohnten Maße nicht mehr geben, also stellt sich die Frage: „Wie organisieren wir eine Gesellschaft ohne Wachstum?“ Überall sei in Zukunft der Bürger gefragt.

Gesellschaftliche Umbrüche gibt es immer dann, wenn die alten Strukturen und Institutionen auf Dauer nicht mehr leisten, was sie geben sollen, nämlich dem Menschen als Einzel- oder Gruppenwesen zu dienen, zu schützen, Freiräume offen zu halten und ihnen eine soziale Wärme geben. Die von Precht aufgezählten Umbrüche zeigen, daß es ohne klare Vorstellungen von einer humanen Gesellschaft keinen Umbruch mit dem Ergebnis der besseren Institutionen und Strukturen gibt. In allen drei Umbruchphasen gab es ein Versagen im Sinne der mangelnden Aufklärung der Arbeitnehmer, Unternehmer und Nichterwerbstätigen über die Gestaltungsmöglichkeiten für eine moderne Gesellschaft. Der Umbruch 1933 hat uns in die Barberei geführt. Der Umbruch 1968 lief ins Leere und verführte die darüber Verzweifelten in den Terrorismus. Der Umbruch 1989/90 führte uns vom Geist des Grundgesetzes aus gesehen und nach Kriterien einer Demokratie, nach denen das

Volk der Verfassungsgeber ist und nicht eine nicht legitimierte Vertretung, in einen verfassungslosen Zustand³⁰. Ich sehe bei der Art des Agierens der politischen Klasse und bei dem mangelnden Aufklärungsvermögen der intellektuellen Elite keine Chance, daß der sich anmeldende neue Umbruch zu einem positiven Aufbruch werden kann. Wir Deutschen sind offensichtlich dazu verdammt, unsere guten Möglichkeiten selber zu sabotieren. TA

Nachträge

1.) Theoretische Ableitung durch Nachrichten bestätigt

Am 18. November 2010, auf der Fahrt zwischen dem Termin beim Zahnarzt und dem Reifenhändler, hörte ich im Deutschlandfunk übersetzte Stellungnahmen von Chinesinnen zu den Preissteigerungen in China.

Danach ist meine theoretische Ableitung, daß China bei einer dauernden Unterbewertung seiner Währung eine Inflation auslösen muß, in der Praxis schon eingetreten. Den *Rénmínbì* „Volkswährung“ mit den Geldeinheiten Yuan, Jiao und Fen mit Preiskontrollen zu retten, ist ein Holzweg, das heißt, er führt nicht in die Währungsstabilität. Deutschland hat diese Methode in der Herrschaftszeit der Nationalsozialisten mit großem Mißerfolg versucht.

Ich habe die Aussagen der Sendung im Netz nicht gefunden, dafür aber eine von gestern.

Chinas Regierung bereitet Preiskontrollen vor

Die chinesische Regierung will der Inflation mit Preiskontrollen begegnen. Übertrieben schnelle Preissteigerungen müssten gedrosselt werden, sagte Ministerpräsident Wen Jiabao nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua. - In China sind vor allem Lebensmittel in den vergangenen zwölf Monaten teurer geworden. Das trifft insbesondere hunderte Millionen arme Chinesen, die einen Großteil ihres Geldes für Nahrung ausgeben müssen.

Deutschlandfunk 17. 11. 2010

<http://www.dradio.de/nachrichten/20101117090000/>

30 Zu beachten ist, daß sich in jedem Herrschaftssystem - egal ob demokratisch, von Gottesgnaden oder autoritär installiert – Rechtstechniker einfinden, die das als Rechtens erklären, was die Herrschenden für richtig halten.

WELT Online vom 18. 11. 2010 meldet unter der Schlagzeile:

Inflationsangst: China kontrolliert Preise u.a. folgendes:

Peking - Ein kompliziert geschriebenes Schriftzeichen verbreitet in China Ängste. Das Zeichen "Zhang" bedeutet "anschwellen". Zusammen mit dem Wort "Jia" (Preis) steht es für den Begriff Inflation. Im Internet wurde "Zhang" bereits zum Wort des Jahres 2010 gekürt. In der ersten Abstimmung klickten es 80 000 von 100 000 Teilnehmern an. China Daily zitierte einen Blogger, er habe es gewählt, "weil mich der überall spürbare Preisanstieg in Panik versetzt."

http://www.welt.de/print/die_welt/finanzen/article11014589/Inflationsangst-China-kontrolliert-Preise.html

2.) Zins und Versicherungswirtschaft

Nach der obigen Meldung kamen Nachrichten zur Versicherungswirtschaft, die ich wegen des Straßenverkehrs nicht aufmerksam verfolgen konnte. Es ging aber um nachfolgenden Komplex:

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) spricht am Donnerstag (18.11.10) auf der Jahrestagung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in Berlin. Merkel hat Verständnis für den Ruf der deutschen Versicherer nach einer Begrenzung der Regulierung geäußert. Auf der Jahrestagung der Branche sagte Merkel am Donnerstag in Berlin: "Ihre Sorgen und Probleme stoßen bei uns auf offene Ohren."

Merkel sprach sich erneut dafür aus, private Gläubiger in Zukunft an der Restrukturierung von Staatsschulden zu beteiligen. Es könne nicht sein, dass die Steuerzahler für die Risiken geradestehen müssten und dass die Marktakteure dies nicht mittragen wollten. Die Kanzlerin räumte ein, dass die Finanzmarktakteure diese Position nicht unterstützten. Es "findet ein gewisser Kampf statt" über die Frage, "welche Macht bekommen die Finanzmärkte und welche Gestaltungsmöglichkeiten bekommt die Politik", sagte Merkel.

Im DLF hieß es dann noch sinngemäß vom Radio- oder Versicherungssprecher:

Die Versicherungswirtschaft hoffe, daß nach der Bewältigung der Krise die Zinsen bald wieder stiegen, damit sie bessere Erträge erwirtschaften könne.

Wer verstanden hat, was ich auf diesen Seiten vorgetragen habe, kann verstehen, wenn ich sage, daß in der wiedergegebenen Aussage das Wort „erwirtschaften“ durch „erpresen“ er-

setzt werden müßte. Daß auch bei Versicherungen die Erträge höher liegen müssen als ihre Aufwendungen (Kosten) ist selbstverständlich. Die Prämien müssen entsprechend der Risiken kalkuliert werden. Was mich an solchen Berichten stört, ist der fehlende Hinweis, daß bei der Erwähnung der Zins-Erträge der Kapitalsammelstellen *Lebensversicherung* - die ja nur zum Teil an die Versicherten weitergeleitet werden – die Verluste aller Verbraucher nicht erwähnt werden. Wenn entsprechend den Regeln von Angebot und Nachfrage das Zinsniveau gegen Null gedrückt wird (werden könnte) und somit die reale Kaufkraft der Verbraucher über 30% ihres Nettoeinkommens gesteigert würde (werden könnte), dann könnte er ein Vielfaches der Versicherungssumme in der betreffenden Laufzeit ansparen. Selbst die Absicherung jenes Risikos, das darin besteht, daß der Sparer durch Invalidität etc. nicht mehr sparen könnte, würde ohne den Zinsfaktor die Prämien schrumpfen lassen.

3.) Staatsverschuldung und Währungskrise

Zwischenzeitlich habe ich häufiger wieder gehört und gelesen, daß ein Zusammenhang zwischen Staatsverschuldung und Währungsstabilität bestünde. Davon ist man ja auch im Maastricht-Vertrag ausgegangen (daher die Verschuldungsgrenze für die Mitgliedsstaaten). Ich denke, hier liegt ein Fehlschluß vor. Stimmt der Zusammenhang³¹, daß sich die Preisniveaustabilität aus dem Gleichgewicht zwischen Warenvolumen und der Menge des im Umlauf befindlichen Geldes (mal Umschlaghäufigkeit) ergibt, dann kann keine direkte Ursache für eine Währungsinstabilität bestehen, weil ein Staatsbankrott, genauso wenig wie der Konkurs eines großen Konzerns diesen Zusammenhang berührt. Wenn ein Konzern Pleite macht, würde das in Teilmärkten Irritationen auslösen. Es würden auch Konkurse bei Zulieferern zu verzeichnen sein, wenn diese auf erheblichen Forderungen sitzen bleiben. Auch gäbe es vorübergehend eine höhere Arbeitslosenquote. Aber auf ein reduziertes Warenangebot könnte die Notenbank mit einer Reduzierung des Geldvolumens reagieren. Die Währung wäre nicht betroffen.³² Genauso wäre es auch bei einem Staatsbankrott ohne oder in dem Euro-Verbund. Beim Staatsbankrott liegen aber Besonderheiten vor. Wer wäre in einem solchen Fall Konkursverwalter? Müßte alles Staatseigentum versteigert werden, um die Forderungen der Konkursgläubiger zu befriedigen? Wären auch Ansprüche aus Pensionsforderung etc. davon betroffen? Das sind

31 Würde die Aussage nicht stimmen, gäbe es keinen Grund, Geldfälscher zu verfolgen und den Finanzministern den Zugang zur Notenpresse zu verwehren.

32 Wenn dann bei Verhandlungen über Hilfsmaßnahmen für Geschäftsbanken mit Schieflage (z.B. in Irland) das Wort „systemrelevant“ in den Ring geworfen wird, sollte erst einmal untersucht werden, ob dieser Hinweis von Leuten kommt, die eigenes Geld oder ihren Einfluß zu Lasten der Allgemeinheit sicher wollen. Auch dem einfachen Sparer kann zugemutet werden, daß er sich eine Einlagensicherung durch seine Bank nachweisen läßt. Es ist eine politische Zumutung, wenn immer die „kleinen Leute“ ins Spiel gebracht werden, wenn das Geld der „großen Leute“ gerettet werden soll.

Probleme, die einen Staatsbankrott nicht erstrebenswert machen. Wenn der betroffene Staat aber dadurch seine Kreditwürdigkeit verlöre, wäre das ein gutes Ergebnis, denn dann müßte er seine Ausgaben direkt durch Steuern finanzieren. Der Staat könnte den Bürgern nicht mehr vormachen, er hätte etwas zum Verschenken. Im Netz gibt es viele Beiträge zum Staatsbankrott.

Unter *eigentümlich frei* heißt es:

Historisch gesehen sind Staatspleiten nichts außergewöhnliches. Zu allen Zeiten und unter allen Verfassungen und Herrschaftssystemen haben Regierungen ihre Zahlungen an die Gläubiger ausgesetzt oder Geld entwertet, um die Bürde der aufgenommenen Schulden zu verringern oder ganz abzustreifen, wenn es ihnen politisch opportun erschien.

<http://ef-magazin.de/2010/05/07/2094-staatsbankrott-ist-nicht-aussergewoehnlich-aderlass-schlechte-muenzen-und-kanonenboote>

Ich habe es nicht überprüft, aber ich vermute mal (und hoffentlich richtig), das die Vertragspartner des Euro-Verbundes, die nationalen Notenbanken als Mitglieder / Gesellschafter der Europäischen Zentralbank gegen Erpressungen durch ihre Landesregierungen abgesichert haben. Das gleiche gilt für Gefälligkeiten der Nationalbanken gegenüber ihrer Landesregierung. Wenn trotzdem ein Zusammenhang zwischen Währungsstabilität und Staatsverschuldung besteht, dann ist es ein indirekter. Dieser Zusammenhang hätte schon lange aufgelöst sein können, aber sowohl unsere Bundesregierung, der Bundestag (egal wie die Mehrheiten sind) und auch die Wirtschaftswissenschaft wehren sich mit aller zur Verfügung stehenden ideologischer Munition dagegen. Der indirekte Zusammenhang besteht nämlich darin, daß Gerüchte, Ängste und auch konkrete Erfahrungen mit Ausfällen bei Forderungen, die auf Geld lauten, sich panikartig (oder bewußt gefördert) so stark ausbreiten können, daß der Umlauf des Geldes stark beeinträchtigt ist oder gar zusammenbricht.

Vollbeschäftigung ohne Konjunkturschwankungen können wir nur haben, wenn alles Einkommen auch tatsächlich wieder zur Nachfrage wird. Das Geld, das die Nachfrage repräsentiert, kann die Nachfragefunktion nur ausüben, wenn es fließt, also im Kreislauf bleibt. Nur ein fließendes Geld, das in seinem Fluß nicht unterbrochen werden kann, kann im Güteraustausch ein neutrales Geld sein. Neutral heißt hier, daß das Geld auch dann Nachfrage hält, wenn es nur einen geringen, keinen oder einen geringen negativen Zinsertrag (je nach Marktlage auf dem Kreditmarkt) hat. Es geht hier also um die Umlaufsicherung des Geldes, die auch eine Voraussetzung für eine rationale Arbeit der Notenbank ist, weil nur bei vorhandener Kontrolle des Geldumlaufes eine richtige Geldmengensteuerung erfolgen kann. (Heute wissen die Notenbanken zwar, wie viel Geld sie in den Umlauf gebracht haben, sie wissen aber nicht wie viel

davon tatsächlich umläuft. Und wenn ich hier von Geld spreche, dann ist das Bargeld gemeint. Darauf kommt es nämlich an. Der indirekte Zusammenhang zwischen der Zahlungsfähigkeit eines Staates und der Stabilität einer Währung wäre auch aufgelöst, denn die Umlaufsicherung des Geldes würde sowohl die Angstflucht in private und institutionelle Horte wie auch in die spekulative Zurückhaltung verhindern oder wenigstens auf ein Maß begrenzen, daß keine wesentlichen Störungen hervorrufen kann.

4.) Wechselkurs und Anpassungsfähigkeiten der Volkswirtschaften

Die Behauptung der Euro-Gegner (oder Befürworter der Euro-Spaltung), der einheitliche Euro für die unterschiedlich entwickelten Volkswirtschaften hätte diesen die Möglichkeit der Angleichung oder des Ausgleichs über die Wechselkurse genommen, will mir nicht einleuchten.

Nur ein Land das fixierte Wechselkurse einführt oder hat, kann mit dem Wechselkurs den Import und Export manipulieren. Es würden hier aber die gleichen Probleme auftauchen, wie wir sie heute mit China erleben oder wie wir sie selber zu Zeiten des fixierten DM-Wechselkurs erlebt haben. Bei flexiblen Wechselkursen und ohne Devisenmarktinterventionen der Zentralbanken können die Wechselkurse aber nicht weit von den Kaufkraftparitäten der betreffenden Währungen abweichen. Wenn dann festgestellt wird, daß das Austauschverhältnis bei 1 : 2, 2 : 5 - oder irgend ein anderes – liegt, dann hat das doch für keine Seite einen Vor- oder Nachteil. Es besagt nur, daß das Verhältnis der Geldmenge zum Gütervolumen in dem einen Land ein anders ist als in dem Vergleichsland. Wenn sich nun zwei oder zwei Dutzend Länder darauf einigen, einheitlich das Verhältnis von Gütermenge zum Geld einzustellen, ihre alten Einheiten einzuziehen und die neue Geldeinheit unter neuem Namen in allen beteiligten Ländern laufen zu lassen, kann ich darin keinen Nachteil für irgendein Land erkennen. Nur ein Land, das sich erlaubt, betrügerisch Vorteile aus seiner Währung zu ziehen, hat bei Verlust der Nationalwährung einen Nachteil. Nachteile und Vorteile für bestimmte Länder können bei einer Gemeinschaftswährung dann entstehen, wenn das Geld nicht konstant und überall fließt und wenn die Zentralbankgewinne aus der Geldschöpfung und dem Notenbankgeschäft nicht gerecht verteilt werden. Aber das wäre ein neues Thema. Aber hier zum Schluß noch einmal:

Ohne Umlaufsicherung des Geldes,

- werden wir keine Dauerkonjunktur mit Vollbeschäftigung bekommen,

- werden wir keine Wertbeständigkeit des Geldes erleben,
- gibt es keine leistungsgerechte Einkommens- und Vermögensverteilung
- bleiben die ökologischen Belange nachrangig und
- wird uns die Angst vor der Staatspleite im Nacken sitzen bleiben.

5.1) Kann die CDU noch verhindern, daß sie eine bedeutungslose Schrumpfpartei wird?

„Im grünen Bereich“ Unter dem Titel berichtet Daniel Alexander Schacht in der hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 22. 11. 10 u.a.

Vor allem der Castor-Protest zeugt von Argwohn gegen etablierte Entscheidungsprozeduren, und die neuen Rekordmarken in Gorleben zeigen auch, dass es wachsenden Zulauf für außerparlamentarische Formen politischer Teilhabe gibt. Ralf Fücks, Chef der grünen Heinrich-Böll-Stiftung, konstatiert „ein wachsendes Bedürfnis nach Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft“. Der Politologe Claus Leggewie spricht von einer „Sehnsucht nach Transformation“. Und der Parteienforscher Franz Walter konstatiert, dass das Grünen-Umfeld dafür so gut aufgestellt sei wie kein Milieu sonst in Deutschland.

Schacht schreibt auch, daß die Grünen alles andere bewerkstelligen als den Ausverkauf von Bürgerlichkeit. Ob die Aussage auf ein gutes politisches Zeichen hindeutet, weiß ich gar nicht. Man könnte auch sagen: Die Rebellen sind brav geworden, sie haben die Latzhose gegen den Frack ihrer Väter ausgetauscht, weil sie bemüht sind, ihre Väter möglichst genau zu imitieren. Wenn man zum Frack gekommen ist, dann kann es auch mal ein gepflegtes Essen sein und nicht immer Müsli. (Für die grünen Frauen fällt mir kein Beispiel ein, weil Frauen sich ja immer in der Erscheinung wandeln.) Aber das sind Nebensächlichkeiten. Es ist einfach so, daß diejenigen, die gegen gesellschaftliche Zustände rebellieren, nicht unter der gleichen Fahne in gleicher Formation marschieren können als diejenigen, die die Zustände zu vertreten haben und (politisch) zu bekämpfen sind. Meine Erinnerung an die Gründungszeit der Grünen ist so, daß doch die CDU, SPD und die FDP die Grünen gerne hätten verbieten lassen, wenn sie nur dazu die verfassungsmäßige Kurve bekommen hätten. Und die Redakteure der HAZ

haben sich damals bestimmt eine Klammer auf die Nase gesetzt und Schutzhandschuhe angezogen, wenn es sich nicht vermeiden ließ, einen Satz über die GRÜNEN (vorher über die Grüne Liste Umweltschutz) zu schreiben.

Die „Sehnsucht nach Transformation“ war auch schon 1968 vorhanden, sie war auch 10 Jahre später vorhanden und die Triebkraft zur Gründung des grünen Aufbruchs. Der Aufbruch von 1968 ist größtenteils versandet, hat sich beim Marsch durch die Institutionen in Karriere gewandelt und ein Rest ist bekanntlich im Terror gelandet.

Es ist für mich mehr als fraglich, ob die Bündnisgrünen – auch bei steigendem Zuspruch - die nicht nur sehnsüchtig erwartete sondern auch die notwendig Transformation anschieben können. Sicher bin ich mir aber, daß mit ihren jetzigen Inhalten weder die CDU, noch die SPD und schon lange nicht FDP die erwartete und notwendige Transformation unserer Gesellschaft vorgebracht werden kann. Die Linken halten ihren Anspruch auf dieses Können so hoch, wie die Grünen in ihrer Anfangszeit, fahren aber mit ihrem Zug auf einem Gleis, das nicht in eine bessere Zukunft führt, sondern in die mehr als betrübliche Vergangenheit.

Was viele – besonders jene in Amt und Würden, die sich aufopfern für das Wohl der Allgemeinheit, ihren eigenen Vorteil dabei aber nicht vergessen – nicht verstehen wollen, ist daß jeder Aufstand, jede Bewegung und jede Sehnsucht nach gesellschaftlichen Veränderungen seine Ursache in dem Bestehenden hat, daß als unzulänglich, ungerecht, unfrei usw. erlebt wird. Auch der Terrorismus keimt auf dem Feld der Unzufriedenheit und wird von der Sehnsucht nach Gerechtigkeit gedüngt und begossen. Waffen und Gefängnis können den Terrorismus für eine Weile in die Erschöpfung treiben aber nicht überwinden.

In meinem Text vom Februar 1978 (Text Nr. 1.2) mit dem Titel

PLÄDOYER

für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN
der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD
im allgemeinen und in der FDP im besonderen

habe ich Ralf Dahrendorf zitiert, der in „Die Zeit“ Nr. 35/77 unter anderem schrieb:

Der sozialliberale Konsens bröckelt an seinen Rändern, ist indes keineswegs passé: Das biedere Dreigestirn Schmidt - Genscher - Kohl könnte in einer Regierung sitzen, jedenfalls was politische Programme betrifft. Die neuen Herausforderungen kommen von den Rändern dieser Position. Das ist das hervorstechende Merkmal der neuen politischen Szene: Nicht nur die Idee der Modernität, sondern eine ganze politische Ideenwelt ist erschöpft - sozialliberal, sozialdemokratisch, soziale Marktwirtschaft. ...

Die neuen Kräfte an den Rändern sind vergleichsweise schwach an politischer Unterstützung; sie sind zugleich stark an Ideen in einer ansonsten erschöpften Welt. Sie und die Reaktion auf sie bestimmen die politische Zukunft.

Um die politische Phantasie anzuregen, können wir uns unter den geschilderten Umständen schwerlich auf die politischen Parteien verlassen. Was wir brauchen, ist eine öffentliche Diskussion politischer Möglichkeiten...

1984 sagte Rudolf Bahro auf der Bundesdelegiertenkongreß der GRÜNEN im Dezember 1984:

Die Grünen sind am Rande, an der Grenze dieser Gesellschaft entstanden. Sie haben etwas zu tun sowohl mit deren Ausgrenzungsmechanismen als auch mit deren Zerfall, der dazu führt, daß Menschen auch ohne direkte Intention der Macht aus dem System herausfallen und in den wichtigsten Fällen - von sich aus aussteigen, tendenziell um vor den Toren etwas Neues anzufangen.

Im weiteren Redetext heißt es dann:

Zunächst würde ich eine weitere halbe Stunde über das Verhältnis zwischen Ökopax-Bewegung und Faschismus sprechen, aber anders, als Ihr es riskiert. Formell, strukturell gesehen, stehen sich nämlich Bewegung, Staat und Gesellschaft heute ganz ähnlich gegenüber wie in der Republik von Weimar, und die Grünen steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Naziartei. Um diesmal gut herauszukommen, nämlich damit die Volkserhebung gewaltfrei wird, dürfen die Grünen nicht verloren gehen.³³

Bahro hat sich dann noch leidenschaftlich dagegen ausgesprochen, daß die Grünen mit der

33 Wegen einer ähnlichen Äußerung hatten „besonders liebe“ Parteifreunde meinen Parteiausschluß beantragt, dem von der Landesschiedskommission stattgegeben wurde. Kurz vor den Äußerungen von Bahro im HCC wurde mein Widerspruch in der Kelleretage von der Bundesschiedskommission zu meinen Gunsten entschieden. In der Presse war ich vorher aber schon als „Ultrarechter“ gehandelt worden, ohne daß mit mir ein Pressevertreter gesprochen hatte. Siehe Text 8.2

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/82_PARTEIAUSSCHLUSSVERF.PDF

SPD koalieren, nicht weil er die Sozialdemokraten für schlechte Menschen hielt, sondern weil das mit dieser Partei verbundene Denken zur Verwässerung aller guten grünen Vorsätze und Ideen führe.

Die Frage ist doch, warum konnte das demokratische Regierungssystem - welches wir für das beste (oder am wenigsten schlechte) halten - weder zu Weimar Zeiten noch vor und nach der Vereinigung der deutschen Teilrepubliken die gesellschaftlichen Zustände nicht so entwickeln, daß eine Sehnsucht nach Änderung und Auflehnung gar nicht erst entsteht.

Auch daß die grüne Partei eine „linke“ Partei wurde, hat wesentliche Gründe in der CDU-Politik. Einmal durch die Fünfprozentklausel bei den Wahlen, die mit der Gefährdung der Demokratie begründet wurde und wird, aber im Klartext eine wettbewerbsfeindliche Konkurrenzabwehr darstellt. Die Grünen mußten, um diese Konkurrenzabwehrschranke zu überwinden - für alle Personen, die zu den etablierten Parteien in Opposition standen (bis auf die ganz rechten), das Tor weit aufmachen. Zum anderen kann man den Marxisten, die dann kamen, ihren Marxismus nicht vorwerfen. In unserer Republik, wo sichtbar die Marktwirtschaft schon zum Kapitalismus verkommen war, haben sich die Marktwirtschaftler – besonders wenn der Kapitalertrag auch in ihre eigene Tasche floß – sich im Schweigen, Verharmlosen und Verdrehen geübt. Junge Menschen – bei denen das Gerechtigkeitsgefühl besonders ausgeprägt ist – wären doch zu tadeln, wenn sie das einzige Lösungsangebot - von dem sie in den Hochschulen und von Intellektuellen erfahren konnten - nicht angenommen hätten. Wer hat denn schon mal einen christlichen Prediger gehört, dem es widerwärtig ist, wenn seine Zuhörer seinen Worten Glauben schenken. Das betrübliche für die CDU ist, daß sie nicht zu Recht beanspruchen kann, eine Partei der Marktwirtschaft zu sein. Und auch ihre „Christlichkeit“ wird ihnen von anderen mit Berechtigung streitig gemacht.

Mein Eindruck ist, daß man der CDU auch nicht zubilligen kann, daß sie die Partei mit der größten Kompetenz in Wirtschaftsfragen ist. Sicher, die CDU hat unter ihren Mitgliedern mehr Unternehmer und Manager als die anderen Parteien und diese Mitglieder haben sicher in der Mehrheit bewiesen, daß sie mit ihren Unternehmen unter kapitalistischen Bedingungen erfolgreich waren oder sind. Aber das ist noch kein Ausweis dafür, daß eine genügend große Zahl von Mitgliedern der CDU das 1 x 1 der Marktwirtschaft beherrscht. Das, was die CDU an Wirtschaftspolitik treibt, ist nackter, willkürlicher, systemloser Staatsinterventionismus, austauschbar mit dem der SPD und wo das gute Ergebnis ein Glücksfall ist. Die FDP lohnt es in diesem Zusammenhang fast nicht zu erwähnen. Es sind liebe, nette oder auch garstige Leu-

te - wie in anderen Parteien auch. Ihre Schwäche ist, daß sie glauben, eine Regierungsbeteiligung wäre schon ein Nachweis ihrer Liberalität.

Wenn die Sehnsucht nach Transformation (und seien es nur dahinter liegende Ängste, die die Menschen loswerden wollen) von der Politik nicht befriedigt werden (können), dann landet eine Gesellschaft in der Katastrophe, weil sie in dem gesellschaftlichen Stillstand landet, die dem dann aufgeschobenen gesellschaftlichen Anpassungsprozeß morgen noch mehr Schubkraft gibt. Das Risiko, das sich dann ein Heilsführer einstellt, dem gefolgt wird, ist dann aber wesentlich größer. Ich schätze unser Problem ist, daß bei der gegebenen Selektion für das politische Personal sich in allen Parteien jene durchsetzen, die wenigstens ein zippelchen Macht und nicht die Lösung von Problemen wollen. Dieses Macht- und auch Karrierestreben muß sich dann aber den grundgesetzwidrigen Fraktionszwängen unterordnen, um eine Chance zum Erfolg zu bekommen. Dieser Vorgang erzeugt dann in den Parlamenten Blöcke von Abgeordneten mit frisierten Gedanken. Es ist ein Widerspruch zur Lebenswirklichkeit und macht den freien und unabhängigen Parlamentarier zur Lachnummer (So meine Deutung.).

Das „wachsende Bedürfnis nach Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft“ kann nicht dadurch befriedigt werden, daß eine Herrschaftsgruppe eine Lösung anbietet, der alle zu folgen haben, sondern nur durch eine dezentrale Ordnung, die offen ist für viele Lösungen. Eine dezentrale Ordnung kann durchaus einen zentralen Gedanken – z.B. der Freiheit oder Gerechtigkeit – folgen, meidet aber möglichst alles, was die Bürger zu Untertanen oder Stimmvieh macht. Die vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft wäre eine solche Ordnung. Diese Ordnung ist aber nicht zum Nulltarif zu haben. Ich kann mir zur Zeit nicht vorstellen, daß die CDU dazu einen Beitrag leisten kann und will, weil sie doch die Gelegenheit dazu schon 60 Jahre vermieden hat. Ihr geschichtliches Schicksal wir ein Prozeß des Schrumpfens sein.

5.2) Ist Hans-Olaf Henkel ein Geburtshelfer einer Transformation?

Und was ist mit Hans-Olaf Henkel, ist er eine Person, die den gesellschaftlichen Transformationsprozeß befördern kann? Die Öffentlichkeit bescheinigt ihm, daß er ein erfolgreicher Manager und Verbandsführer war. Ich habe keinen Anlaß daran zu zweifeln. Meinen Respekt hat er. Eine partielle Übereinstimmung seiner Beurteilung von Gefahren und Chancen für unsere Gesellschaft mit meiner glaube ich wahrzunehmen. Seine dezent zum Ausdruck gebrachte Eitel-

keit ist kein Störfaktor. Wer muß nicht mit seine Eitelkeit zügeln?. Seine Meinungsunabhängigkeit gefällt mir. Im Kapitalismus konnte er sich behaupten. Und nun kommt das Aber. Kann er auch helfen den Kapitalismus in eine Marktwirtschaft zu transformieren? Ich weiß es nicht. Ich weiß nicht einmal, ob er sich schon mit einem solchen Gedanken auseinandergesetzt hat und ihn für akzeptabel hält

6.) Putin möchte den Euro nicht teilen, sondern auf Rußland ausweiten

In der Wochenendausgabe vom 27./28. November 2010 vermeldet die HAZ unter den Schlagzeilen „Ackermann will den Euro auch für Russland“ und „Putins Vision vom neuen Europa – Ein Euro-Raum von Wladiwostok bis Lissabon – Rußlands Ministerpräsident überrascht Berlin“ Es ist eine entgegen gesetzte Empfehlung von jener, die Hans-Olaf Henkel gibt, die ja auf Teilung des jetzigen Euro-Raumes abzielt. Die Idee Putins ist nicht realistischer und verrückter als die ursprüngliche Ausgangsidee, die Nationalwährungen zu Gunsten des Euro aufzugeben. Aber bevor das Währungsgebiet geteilt oder erweitert wird, müssen erst einmal die Probleme geklärt werden³⁴, die wir heute (immer noch) mit der Währung haben. Ob danach eine Einheitswährung oder ein System regionaler und nationale Währungen mit einer übergeordneten weltoffenen, gemeinsamen Währung die bessere Lösung ist, braucht man dann nicht aus dem Kaffeesatz herauslesen. Nur eines ist klar: Europa wird im Osten keinen wirklichen Frieden finden, wenn es Rußland nicht mit einbezieht. Silvio Gesell hat schon Anfang des vorigen Jahrhunderts gesagt, daß Europa sich selbst in die Luft sprengen würde, wenn es seine Währungsprobleme nicht in den Griff bekäme. Schon zwei Mal ist das mit Weltkrieg I und II geschehen. Ob es ein drittes Mal geschieht, ist dann nicht das Ergebnis unbeeinflubarer Schicksalsmächte, sondern der Mangel an Konzentration auf die Kernfragen unserer Gesellschaft und des Zusammenhalts der Völker.

Ich wollte an dieser Stelle noch ein Zitat von Gesell zum Thema "offenes Europa" einfügen. Ich habe es nicht gefunden aber ein anderes: Zuerst ein Hinweis von Werner Onken aus der Einführung in den achten Band der Gesammelten Werke Gesells:

... im März 1916 erschienenen Ausgabe des "Physiokrat" in seinem Aufsatz "Die Weltkraftzentrale VIER und ihre Verfassung". Neben den Weltmächten England, Amerika und Rußland stellte er sich als eine vierte "Kraftzentrale" eine auf bedingungslosem Freihandel, einem naturgemäß geordneten Geldwesen und der Anerkennung bürgerlicher Freiheitsrechte beruhende Födera-

34 bzw. Es müßten erst einmal die lange vorhandenen Erklärungen für Währungsprobleme zur Kenntnis genommen und geprüft werden. Offensichtlich herrscht bisher die Maxime: Lieber Krieg als Klarheit!

tion der einzelnen kontinentaleuropäischen Staaten ohne eine Zentralregierung vor. Der Eintritt in diesen Staatenbund und der Austritt aus ihm sollten auf Freiwilligkeit beruhen. Jeder einzelne Staat sollte in dieser europäischen Föderation Souveränität und seine "... volle Individualität erhalten und entwickeln."

Jetzt die Schlußsätze aus "Die Weltkraftzentrale VIER und ihre Verfassung"

Ich habe mich darauf beschränken müssen, das Größte von dem, was man den genannten drei Hauptanziehungskräften VIER'S entgegenzuhalten pflegt, zu widerlegen. Starke, urgewaltige Kraft liegt im Freihandel, im gemeinsamen Papiergeld,³⁵ und im gemeinsamen Bürgerrecht. Unzerreißbare Kräfte. Vieles wird diesen Kräften noch eine gemeinsame Sprache zutragen, die wir uns allerdings als frei von allen rassischen, völkischen, geschichtlichen, geographischen Akzenten denken müssen. Eine Kunstsprache. Notwendig ist sie nicht absolut, doch würde sie die Kraftdividende VIER'S um viele Prozente vermehren. Und aus VIER wollen wir ja nichts anderes, als möglichst viel Kraft herauspressen.

35 Es hat ungeheuer vieler Anstrengungen und viel Leid in vielen Völkern gekostet um den Wahn loszuwerden, eine Währung müsse aus Gold bestehen oder mit Gold gedeckt sein. Nur weil man die Prinzipien der Papierwährung in Form der Indexwährung nicht zur Kenntnis nehmen will, gewinnt die Propaganda für eine erneute Goldwährung wieder an Boden.